

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis für einen Monat einschließlich Bringerlohn 6.— Mk., bei Selbstabholung 5.50 Mk. Durch die Post bezogen vierteljährlich 18.— Mk., für einen Monat 6.— Mk. — Preis der Einzelnummer 20 Pf. — Telefon für Kontor und Expedition: 3721 und 4596. — Postfachkonto Nr. 53477

Redaktion: Leipzig, Tauchaer Str. 10/21
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telephon 13693. — **Verlag in Leipzig,**
Tauchaer Straße 10/21. — Telephon 4596

Inseratenpreis: Die 7 gespaltene Kolonelleise ober deren Raum 1.00 Mk., bei Platzvorkauf 2.30 Mk.; Familienanzeigen, die 7 gespaltene Zeile 1.70 Mk. Reklame-Kolonelleise 7.50 Mk. — Telephon für die Inseraten-Abteilung 2721
Schluß der Inseraten-Annahme für die fällige Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich, nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Auoträger, Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen.

Die internationale Konferenz in Wien.

(Drahtmeldung unseres Berichterstatters.)

Wien, 25. Februar.

Nachdem am Freitagvormittag die Kommissionen getagt waren, wurde am Nachmittag die Debatte über die Methoden und Organisationen des Klassenkampfes fortgesetzt. Biskineu (Rumänien): Die Teilung der Klassenkampfmethoden für Osten und Westen ist unzulässig. In Rumänien ist eine Situation denkbar, wo der Bolschewismus möglich wird. Wir lehnen ihn ab, weil er verderblich ist, ebenso weisen wir aber den Reformismus ab. Wir wollen eine kraftvolle revolutionäre Arbeit. Dikmann: Wir sagen den sozialistischen Parteien aller Länder: hier ist die Plattform, auf der die sozialistische Einigung möglich ist. Die Erreichung der politischen Macht muß die Erringung der wirtschaftlichen Macht folgen. Dazu brauchen wir die Gewerkschaften. In ihnen wächst die Erkenntnis von der Notwendigkeit und Möglichkeit der Verwirklichung des Sozialismus. Das zeigen die Beschlüsse des Londoner Gewerkschaftskongresses; wie dieser soll auch diese Konferenz ein Werk der proletarischen Sammlung sein. Katin (Vestland): Die russischen Erfahrungen zeigen, daß es keine allgemein gültigen Methoden gibt. In der Arbeiterfrage teilen wir den Standpunkt der Österreicher. Die Kritik der russischen Methoden ist unerlässlich. Je mehr wir ins Land sind, den revolutionären Kampf mit den Massen zu führen, desto eher werden wir die bolschewistischen Methoden überwinden.

Adler gibt den Bericht der Kommission zu diesem Punkt. In den Reihen ist nichts Wesentliches geändert worden. Die englischen Genossen sind zwar einverstanden, daß man in anderen Ländern die Frage Demokratie oder Diktatur offen läßt. Für England glauben sie jedoch, daß die Bourgeoisie den Weg der Demokratie nicht verlassen werde. Auch der Hinweis auf Irland mache sie nicht wankend. Wie nehmen das zur Kenntnis, entscheiden wird die Geschichte. Der Delegierte der linken Sozialrevolutionäre Russlands, Schreiber, stellt den Antrag, das „letzte“ als die einzige Form der Diktatur des Proletariats anzuerkennen. Die Kommission ließ die Ansbänder Fassung bestehen, weil in verschiedenen Ländern verschiedene Formen denkbar sind. Beim Punkt 8 ist ein Schlüssel durch eine Einigung ausgedrückt worden, daß die Einschränkung der Autonomie der Parteien durch Beschlüsse der Internationalen Arbeitsgemeinschaft eine selbstgewollte ist. Wie ganz anders es im kommunistischen Lager steht, zeigt die eben eingetragene Berliner Meldung, daß aus der deutschen kommunistischen Zentrale Leo, Jettin, Däumig, Brag ausgeschieden seien. (Stürmischer ironischer Beifall.) Die neuen Vorstehenden seien Brandler, Stoeker, dessen politische Potenzen in Wien kennen zu lernen Gelegenheit hatten. (Große Heiterkeit.)

Ueber das Organisationsstatut wird nach Beratung morgen beschloffen werden. Ingerdem schlägt die Kommission eine Resolution vor, nach der die Internationale Sozialisten-Konferenz in Wien alle Arbeiter zur Einigkeit der sozialistischen Bewegung in den einzelnen Ländern aufruft und sie auffordert, in der Internationale auf der Grundlage der gefassten Beschlüsse und Resolutionen mit allem Nachdruck für die Verwirklichung dieser Einigkeit zu arbeiten. Sie fordert die Sozialisten aller Länder auf, ihre Bemühungen zu unterstützen, indem sie sich in tatkräftigster Weise um die Herstellung der revolutionären proletarischen Einheitsfront gegen den Kapitalismus und Imperialismus sowohl in ihrem eigenen Lande als auch im Schoß der internationalen proletarischen Klassenorganisation bemühen. Die Verhandlung wird dann am Sonnabend früh verlegt. Adler brandmarkt unter lebhaftem Beifall die Vagenberichte der Berliner Roten Kahne über die Verhandlungen mit Trotski wegen des Anschlusses an die 2. Internationale.

Das Drängen der Deutschnationalen nach der „Einheitsfront“.

Berlin, 26. Februar. Der Hauptvorstand, die Reichstagsfraktion und die Landtagsfraktion der Deutschnationalen Volkspartei haben gestern in gemeinsamer Sitzung sich mit der Anregung der Deutschen Volkspartei befaßt, die Verhandlungen über die neue Kabinetsbildung mit Rücksicht auf London zu vertagen. Es wurde einstimmig eine Antwort-beschlossen, in der die Deutschnationale Volkspartei den alsbaldigen Eintritt in die Besprechungen vorschlägt, weil sie die in den Londoner Besprechungen liegende Gefahr für so unmittelbar drohend ansieht, daß die zu treffenden Vorkehrungen für die angestrebte nationale Einheitsfront nicht länger aufgeschoben werden können. Die Reichstagsfraktion der Deutschnationalen Partei hat gestern beschlossen, bei der Regierungsbildung dem Grundsatze der Homogenität zwischen den Regierungen im Reich und in Preußen zuzustimmen.

Keine Zurückziehung der amerikanischen Besatzungstruppen?

U. Paris, 26. Februar. Wie die Chicago Tribune aus Washington meldet, hat das amerikanische Kriegsdepartement das in Belgien verbreitete Gerücht demontiert, wonach Amerika seine Truppen am Rhein abzurufen würde. Die Lage der amerikanischen Besatzungstruppen habe sich nicht verändert und die amerikanische Regierung denke nicht daran, sie zurückzuziehen.

Rückgabe des beschlagnahmten deutschen Eigentums in Amerika?

Berlin, 26. Februar. (Eigene Drahtmeldung der L. B.)

Dem Eisen- und Stahlwerksverband in Eisfeld ist von zuverlässiger Seite aus New York berichtet worden, daß kein Zweifel darüber bestehe, daß in absehbarer Zeit das während des Krieges beschlagnahmte Eigentum von Amerika zurückgegeben werde.

Hauptmann v. Kessel wieder verhaftet.

Berlin, 26. Februar. (Eigene Drahtmeldung der L. B.)

Nachdem das Kammergericht den Amnestiebeschluß des Landgerichtes aufgehoben hat, ist Hauptmann von Kessel im Laufe des gestrigen Tages verhaftet und in das Untersuchungsgefängnis eingeliefert worden. Das Verfahren soll mit größter Beschleunigung durchgeführt werden.

Ausperrung auf der Vulkanwerft.

Stettin, 26. Februar. (M. T. B.) Die Vulkanwerft ist gestern geschlossen und die ganze Arbeiterschaft ausgesperrt worden. Der Grund zu dieser Maßnahme ist die passive Resistenz der Schiffbauer, die sich gegen die Ernennung eines Vorarbeiters zum Meister richtete, der dem Hirsch-Dunderschen Verband angehört. Es kam wegen dieses Vorfalls wiederholt zu Schlägereien. Die Werft bleibt bis zur Wiederherstellung normaler Verhältnisse geschlossen.

Demonstrationen kaiserlicher Wehrmänner.

U. Wien, 26. Februar. Im Anschluß an die in Wien tagende internationale Sozialistenkonferenz hielten die sozialistischen Wehrmänner in Wien eine Versammlung. Die Mannschaften, etwa 2000, zogen dann mit Musik und Fahnen nach dem Arsenalfeld. Hier sprachen die Führer der Sozialdemokraten Dr. Adler, Dr. Deutsch und eine Reihe fremder Delegierter. Zur gleichen Stunde veranstalteten die kommunistischen Soldaten eine Gegenkundgebung für Lenin und Trotski.

Völkerbund und Abrüstung.

Paris, 25. Februar. (Havas.) Nach dem Bericht Jean Bourgeois über die Rüstungen der einmütig angenommen wurde, traf der Völkerbundrat eine Entscheidung, die u. a. folgende Punkte enthält: 1. Der Völkerbundrat fordert die Signatarmächte auf, die Vereinbarungen über den Verzicht von Waffen zu bekräftigen. 2. Er beauftragt eine internationale Machi, die Maßnahmen betreffs des Handels mit Waffen und Munition anzuwenden. 3. Er beauftragt den ständigen Beratungsausschuh von Genf mit der Prüfung der privaten Herstellung von Munition und Kriegsmaterial. 4. Er bildet einen Ausschuh mit dem Auftrage, dem Räte alle Entwürfe in der Frage der Herabsetzung der Rüstungen zu unterbreiten. Dieser Ausschuh wird 22 Mitglieder umfassen. 5. Der ständige Beratungsausschuh soll die Verfahren prüfen, die anzuwenden sind, um unter den Mitgliedern des Völkerbundes Nachrichten militärischen Charakters gegenseitig einer Prüfung zu unterziehen.

Berücksichtigung der Lage in Georgien.

Paris, 25. Februar. Nach einer Wätermeldung aus Konstantinopel haben die Kemalisten in die Angelegenheiten Georgiens eingegriffen. Sie haben der Regierung ein Ultimatum gestellt und die sofortige Räumung der beiden südlichen Distrikte Artvin und Ardana verlangt. Dieses Ultimatum verschärft die an und für sich schon schwierige Lage in Georgien.

Bereinfachung der Reichsverwaltung.

Berlin, 25. Februar. Das Reichskabinett hat die Einsetzung einer gemischten Kommission unter dem Vorsitz des Reichsministers des Innern, bestehend aus sechs Vertretern der Reichsregierung, sechs Vertretern des Reichsrats und sechs Vertretern des Reichstags, beschlossen, der die weitere Prüfung der zur Vereinfachung und Bereinfachung der Reichsverwaltung zu ergreifenden Maßnahmen obliegen soll. Die Kommission wird sich namentlich mit der Organisation der Behörden, dem Verhältnis zwischen Reichs- und Landesbehörden, der Zentralisation innerhalb der Reichsverwaltung und der Abgrenzung der Verwaltungsbezirke befassen.

Gelegenheitswurf über die Verlängerung der Entwaffnungsfrist.

Berlin, 26. Februar. Der gestern dem Reichstage zugegangene Gelegenheitswurf zur Verlängerung der Geltungsdauer des Entwaffnungsgelethes steht eine Verlängerung der Frist der Entwaffnung um vier Monate bis zum 4. Juli vor.

Dialektik der Dinge — Konfusion der Köpfe.

D. Jensen.

III.

„Wer Eisen hat, der hat auch Brot“
August Blanqui.

In diese in der Kommune von 1871 so beliebte Lösung des Führers der Rutschisten muß man denken, wenn man die kommunistischen Ausführungen über Sowjetrußland und die rote Armee liest. Sowjetrußland kann alles. Es hat nicht nur die Gegenrevolution niedergeworfen, sondern es kann auch, nach der Meinung der Anhänger der „revolutionären Offensive“, das Rüstsystem auf den Spitzen der Bajonette in die anderen Länder tragen, dort die Revolution militärisch begründen und das bewaffnete Proletariat der insurgierten Länder gegen die noch kapitalistischen Staaten führen. Dieser Offenstogedanke, den früher Kadel vertrat, hat zwar an Zugkraft verloren, seitdem er in Polen sein Fiasko erlebte. Gegen den Willen der militärischen Führer wurde bei dem Siegeszug der Roten Armee die Revolutionierung Polens versucht, und das Resultat zeigt sich im Rückschlag und in den ungünstigen Verhandlungen in Riga. Trotzdem ist dieser Gedanke noch lebendig und die Ostpolitik des Bolschewismus ist von ihm getragen, obgleich dort die Sowjetstaaten Armenien und Aserbeidschan nur russische Vasallenstaaten sind, denen eine Einreise aufgelehrt wurde. Mag im Osten durch das Bündnis der nationalen Bewegung mit Rußland ein vorübergehender Erfolg auf militärischem Gebiet gegen den englischen Imperialismus zu erzielen sein, so ist im Westen diese militärische Taktik einfach Wahnsinn. Der Krieg wird entschieden im Zeitalter der Maschine nicht durch Begeisterung und Mensch allein. Wenn die Soldaten der Kommune nach dem Ersah ihres Kriegesministers unbewaffnet in die Schlacht ziehen sollten, so war das schon damals eine heroische Dummheit. Nach dem Weltkrieg muß aber jedem einigermassen Vernünftigen klar sein, daß Deutschland, trotz Kohle und Eisen, einen Krieg gegen die Entente nicht führen kann. Schon die Hungerloskade würde es erdroffeln. Der Nationalhah in Frankreich würde neu aufstammen. Der Widerstand des englischen Proletariats gegen seine Regierung, die einen antibolschewistischen Krieg proklamieren würde, könnte auch nur gering sein. Die Spaltungstaktik der Kommunisten hat auch in den radikalen englischen Arbeiterkreisen die Sympathie für die 2. Internationale sehr herabgemindert. Das wurde erst kürzlich in der Humanité von einem linksstehenden englischen Genossen scharf betont.

Wie denkt man sich denn nun ein nichtmilitärisches Bündnis mit Rußland? Ein Warenaustausch ist ja auch durch eine lokale Handelspolitik zu erreichen. Er ist auch immer noch der deutschen U.S.P.D. befürwortet worden. Wie sind erst kürzlich im Reichstag für die Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen mit Sowjetrußland eingetreten. Ein Warenaustausch kann aber die Rote Deutschlands nicht sofort heben, da Rußland selbst wirtschaftlich völlig zerrüttet ist, wie ja von bolschewistischer Seite selbst zugegeben wird. Deutschland könnte allerdings beim Wiederaufbau der russischen Wirtschaft viel leisten, doch wird diese Hilfe erschwert durch die bolschewistischen Methoden der dauernden Beschimpfung des Proletariats. Die Weltrevolution will man durch Sendboten verbreiten, anstatt ihr in Rußland durch gesunde Wirtschaft ein wirkliches Fundament zu bereiten. Der Streik um die Gewerkschaften, die Krise der kommunistischen Partei, die Heber-entratie des Staatskapitalismus und vieles andre zeigen heute auch dem Blinden, wie recht jene Kritiker hatten, die von Anfang an das ökonomische Programm des Bolschewismus kritisierten. Es ist vieles so gekommen, wie Kautsky in seiner noch während des Krieges erschienenen Schrift: Die Diktatur des Proletariats vorhergesagt. Dabei steht dem Bolschewismus noch die Auseinanderziehung mit dem erstarkenden Bauerntum bevor, das billige Waren, aber hohe Getreidepreise verlangt.

Es ist klar, daß Sowjetrußland in seinem jetzigen Zustand nicht all jene Wunderdinge leisten kann, die die Propheten der Weltrevolution von ihm erhoffen. Die russische Revolution ist nur ein Faktor der Weltumwälzung, den wir berücksichtigen müssen, aber die weilschen Proletarier haben in der heutigen Weltlage im Kampf gegen den Imperialismus die größere Aufgabe zu erfüllen.

Die Taktik der russischen Kommunisten und ihrer Auslands-aktiven wirkt heute gegenrevolutionär und hat zum Ergebnis die Schwächung des revolutionären Proletariats und die Erschöpfung des russischen Goldvorrats. Die kommunistischen Parteien Westeuropas wurzeln eben nicht, wie Friesland sagt, in den Massen der Arbeiterklasse. Sie sind Sekten und Treibhauspflanzen. Sie sollen als Kanonenhutter jener Offensivtaktik dienen, deren Wahn sinn wir kennzeichnen.

Dieser Sachverhalt können die Kommunisten nicht zugeben. Sie reden immer vom Lügen und Betrügen, weil sie sich selbst und

andre betriebslos stehen. Wenn die Arbeit in der Wirtschaft
Entwicklung nicht befruchtet wird, so haben die Massen USA, und
andre Arbeitervertreter die Schuld, nicht aber die kommunistische
Zerlegenheit und die Revolutionarität.

Es wird dabei zum System, die eigene Schwäche durch das
Gerade von der Macht und der revolutionären Kraft des Proletariats
zu verdecken, sie zu überkompensieren. Das gilt nicht nur
für Deutschland, sondern für alle Länder, am meisten für die ökonomisch
wenig entwickelten, wie das Beispiel der Jugoslawischen
Partei beweist. Die marxistische Opposition in der kommunistischen
Partei Südslawiens hat in einem ausgezeichneten Manifest diese
Klassenpolitik kritisiert, was natürlich den Ausschluß der Opposition
zur Folge hatte. Es heißt in diesem Manifest u. a.:

„Am Moskauer Kongreß nahm als einziges Mitglied unserer
Partei Genosse Milic teil. Es ist uns nicht bekannt, daß die
Partei ihn nach Moskau delegiert hätte. Es wäre seine Pflicht
gewesen, wenn er schon sprechen wollte, das zu sagen, was wir hier
gefragt haben: zu erklären, daß das jugoslawische Proletariat, trotz
seiner revolutionären Stimmung infolge seiner Schwäche und der
Rückständigkeit seines Landes an einen bewaffneten Aufstand oder
an eine gewaltsame Eroberung der politischen Macht nicht einmal
zu denken wage. Diesen Zukunftsaufgaben ist unsere Arbeiter-
klasse bei weitem noch nicht gewachsen. Ihre Aufgaben sind heute
noch bescheiden. Daher dürfen die Genossen von uns nicht ver-
langen, was wir ihnen zu bieten nicht imstande sind. Statt eine
solche Antwort zu geben, tut Genosse Milic das Gegenteil. Er
gibt zur Antwort, daß die revolutionäre Tätigkeit unserer Partei
einer Steigerung nicht mehr fähig sei und daß die Revolution am
Balkan und in Rußland das alte Europa in Staub verwandeln
werde. Dabei gibt es heute in Europa — Griechenland ausgenommen —
kein Land mit einer schwächeren Arbeiterbewegung als bei uns. In
Europa gibt es kein Land, wo die Arbeiterbewegung so sehr unterdrückt
wäre wie die unsere. Jedes Land hat wenigstens, wenn die Parteien
gespalten sind, eine geeinigte Gewerkschaftsbewegung. Bei uns
sind auch die Gewerkschaften völlig zerrüttet. Und zu einem Zeitpunkt,
wo wir uns verzweifelt anstrengen müssen, um der brutalen Reaktion
Handwucheln, kommen jene unberechenbaren Versprechungen und
Versicherungen, jassen sinnlose Phrasen wie jene, daß wir Europa
in Staub und Asche verwandeln und es den Millionen organisierter
Arbeiter Europas schon zeigen werden, wie die Revolution gemacht
wird. Und im Zentralorgan, in der Arbeiter-Zeitung, in Belgrad
erscheint ein Artikel, in dem es heißt: Wir stimmen vollkommen
mit dem Genossen Milic überein.“

Man sieht, es ist überall dieselbe Schablone, im Osten wie im
Westen. Der gleiche Widerspruch von Tatsachen und Phrasen.
Will die Entente Deutschland balkanisieren, so geben sich die
Kommunisten die redliche Mühe, das gleiche mit der deutschen Arbeiter-
bewegung zu tun.

Indessen geht die kapitalistische Entwicklung ihren Weg, wenig
gehemmt durch das geschwächte Proletariat. Denn das ist das
Traurige bei der kommunistischen „Revolutionierung der Massen“,
daß die Massen die Kosten zu tragen haben.

Es genügt daher nicht, die Widersprüche der kommunistischen
Politik, die Hohlheit ihrer Phrasen den Massen zum Bewußtsein
zu bringen, sondern diese unablässige Kritik muß begleitet sein von
starker Aktivität der Partei, soweit das die ökonomischen und
politischen Verhältnisse zulassen. Es ist eines der schlimmsten Ver-
brechen der Bolschewiki, daß ihre Agitation jede revolutionäre
Politik in Verfall bringt, die Apathie der Masse stärkt und der
Kleinbürgerlichen Politik der Rechtssozialisten billige Vorwände
liefert.

Das muß uns ein Ansporn sein, unsere Politik auch scharf von
der der Sozialdemokraten abzugrenzen. Wir dürfen dem fehligen
Rationalismus nicht das geringste Zugeständnis machen, müssen
den Imperialismus der Entente und die Trübsinnigkeit im
eigenen Lande energisch bekämpfen und das Proletariat daran
gewöhnen, lange Kämpfe zäh und besonnen zu führen. Wir müssen
bei dem herrschenden politischen Analphabetentum die Arbeiter
wieder lehren, die Grundelemente der sozialistischen Erkenntnis
zu würdigen und mit diesem Alphabet die Lösungen der Politik
schreiben. Dann wird der Wunderglaube an die Kunen der Mos-
kauer Zaubersprüche schwinden. Die Mistik dieser Formeln muß
aber schonungslos entlarvt werden, wie Marx den Fetischcharakter
der Ware im Kapital enthüllte.

Diese Aufgabe ist undankbar, aber sie muß erfüllt werden,
wenn das deutsche Proletariat seinen Weg. Nur dann ist es fähig,
im Bunde mit der Arbeiterklasse der Welt jene Mission zu er-
füllen, von der die Kommunisten dauernd reden, ohne den Weg
zur Lösung zu zeigen. Wir werden aber die ungeheure Leistung,
war nicht im Automobiltempo, vollbringen, wenn wir die Dia-
lektik der Dinge zu erfassen suchen, um durch unsere Aktionen den
Gang der Entwicklung zu beschleunigen.

Dunkle Pläne?

Den alldeutschen Reaktionen haben die Preußenwahlen eine
bittere Enttäuschung gebracht. Ihre Hoffnung, die baltische
Ordnungszelle durch eine preussische zu verstärken und das übrige
Reich durch eine eiserne Klammer im Norden und Süden zu um-
fassen, ist schmählich zunichte geworden. Der Wahlausgang hat
gezeigt, daß die übergroße Mehrheit der Bevölkerung Preußens
nichts von der Rückkehr der guten alten monarchistischen Zeit
wollen will.

Auf parlamentarischen Wege ist also für sie nichts mehr zu
erhoffen, worauf auch die Erklärung der Deutschen Tageszeitung
hindeutet, daß „man mit einer mechanischen Anwendung des
parlamentarischen Prinzips in Preußen nicht zum Ziele“, näm-
lich der Schaffung einer starken Regierung der Sachlichkeit und
Ordnung“ kommen könne. Aber die Alldeutschen haben bekannt-
lich auch andre Prinzipien parat und es fährt sich bald der Tag
da sie mit diesem ihrem außerparlamentarischen Prinzip ihre
starke Regierung der Sachlichkeit und Ordnung aufzurichten ge-
dachten. Es häufen sich die Anzeichen, daß sie heute ähnliche Ge-
lüste tragen.

Am Berliner Stimmes-Diogen, der Deutschen Allgemeinen Zei-
tung, steht eine „Verständlichkeit, die in unserem Wirtschaftsleben
eine hervorragende Stellung einnimmt“, also in sehr unmittel-
barer Umgebung des Herrn Stimmes selbst stehen dürfte, einen
Mahnruf aus, in dem sie darauf hinweist,
daß angesichts der bevorstehenden Verhandlungen in London sich
mancher Kreise des deutschen Volkes eine Erregung bemächtigt
hat, die eine Möglichkeit unüberlegter Handlungen in sich birgt.
Diese Gefahr dürfte um so größer sein, als hinter einzelnen Hei-
spornen regelmäßig gewisse agents provocateurs zu stehen pflegen,
deren Wesen nur in der Unordnung blüht. Wir wissen, daß die
treibenden Kräfte weder eine politische Partei, noch eine bedeu-
tende Persönlichkeit, oder eine bestimmte Organisation hinter sich
haben, daß es sich vielmehr um einen nur kleinen Kreis politisch

unabhängiger Phantasten handelt, deren Aktion schon aus Mangel
an Massen an sich ohne praktische Bedeutung sein würde.

Zur gleichen Zeit erließ Außenminister Dr. Simons in seiner
Rede im Reichswirtschaftsrat eine deutliche Warnung an dieselbe
Partei und erklärte: „Diese Abenteuer wird sich keine Regierung
erlauben lassen. Ich werde das Meinige tun, jeden Versuch un-
nützlichlich wiederzuschlagen.“

Diese Andeutungen sind deutlich genug. Ob sie aber einen
tatsächlichen Hintergrund haben? Doch die Reaktion flieberhaft
läßt, bezweifeln wir keinen Augenblick. In Bayern werden alle
Stapel in Bewegung gesetzt, um die Entwaffnung zu hintertreiben
und die Ortschaften aufzurichten. Unser Münchner Partei-
blatt Der Kampf bringt in seiner gestrigen Nummer wieder inter-
essante Details über die Rüstungen zum Putz. Demnach sei der
heutigen internationale Justizminister Roth flieberhaft in diesem Sinne
beschäftigt.

Er schickt Neufassungsbefehle von entlassenen Reichswehrsoldaten
nach der Festung Meber-Schönenfeld, weil im Verein mit einer
hochschweizerischen Erhebung ein organisierter Bestrebungsversuch der
Gefangenen bevorstehe. In Wirklichkeit stehen die Dinge so, daß
die Mehrzahl der Aufseher und Wachtmannschaften nur eine ver-
schleierte Referatorgane darstellen.

Von diesem selben Justizminister behauptet übrigens der
demokratische Zeitungsdienst, daß er dem berühmten Rapp-
Kapitänleutnant Ehrhardt, der gegenwärtig flieberhaft verfolgt
wird, einen Unterjochpunkt gewährt habe — der Justizminister
einem Schwerebrecher!

Daß diese Nachricht von bayrischer amtlicher Stelle als falsch
bezeichnet wird, tut so wenig zur Sache, wie daß der Generalkom-
missar der Ortschaft, Forstrat Escherich, ein Rundschreiben zu er-
lassen gerufen hat, in dem es heißt:

Unser Blick ist es daher, die nach dem Wahlkampf erregten
Gemüter in vaterländischen Interesse zu einen und unsern Ein-
fluß dahin gelten zu machen daß nicht unbefohlene, kurzfristige
Phantasten durch unüberlegte Handlungen eine Lage herbeiführen,
die einen einheitlichen Entschluß des Volkes unmöglich machen
und der Gesamtheit unermesslichen Schaden zufügen würde.

Dennoch, trotz all dieser bedrohlichen Anzeichen ist es sehr
fraglich, ob die Reaktion heute schon die Stunde des Losschlagens
für gekommen sieht, ob sie sich für gerüstet genug fühlt, um einen
neuerlichen Mißerfolg wie den vor einem Jahre zu vermeiden.
Wie aber auch immer, die Arbeiterklasse muß auf der Hut sein,
muss vorbereitet sein, um den reaktionären Anschlag, der jeden
Tag kommen kann, durch einen kräftigen Gegenschlag zu vereiteln.

Die Londoner Konferenz.

Einstellung der Feindseligkeiten an der Orientfront?

Paris, 25. Februar. In dem amtlichen Bericht über die
heutige Vormittagsitzung der Londoner Konferenz heißt es, ange-
sichts der Meinungsverschiedenheiten, die sich hinsichtlich der Be-
völkerung von Ost-Thrazien und Smyrna in den griechischen
angehörigen Zonen gezeigt hätten, hätten die Alliierten sich
bereits erklärt, die Frage einer internationalen, von ihnen zu er-
nennenden Kommission zu unterbreiten, die an Ort und Stelle eine
rasche Untersuchung über die Vor- und Nachkriegsstatistiken an-
stellen soll. Beide Parteien sollen sich formell verpflichten, das
Ergebnis dieses Schiedsgerichts anzunehmen, sowie die übrigen
Vertragsklauseln, die ohne Abänderungen aufrechterhalten werden
sollen. Eine weitere Bedingung ist, daß die Feindseligkeiten sofort
eingestellt werden, daß die Kriegsgefangenen ausgetauscht werden,
und daß den Minderheiten in den griechischen und türkischen Ge-
bieten bis zum endgültigen Abschluß des Friedens Sicherheit
gegeben werden. Die beiden türkischen Delegationen und die
griechische Delegation erklärten sich damit einverstanden. Sie
haben sich verpflichtet: 1. Das Ergebnis eines solchen Schieds-
spruchs anzunehmen. 2. Die übrigen Bestimmungen des Vertrages
von Sevres unverändert anzunehmen. Infolge dieses Ueberein-
kommens werden die Feindseligkeiten an der gesamten Orient-
front eingestellt und die Gefangenen ausgetauscht werden.

Nach einer andern Meldung aus Paris hat der griechische
Ministerpräsident mitgeteilt, daß er erst mit seinen Kollegen in
Athen in Verbindung treten müsse. Die griechischen Delegierten
haben erklärt, es sei ihnen sehr unangenehm, daß sie gezwungen
würden, eine streitige Offensiv einzustellen. Man glaube aber
schon jetzt, daß auch die Griechen die Enquetekommission annehmen
würden.

Frankreichs Stellung zur Orientfrage.

London, 24. Februar. Wie der Londoner Berichterstatter des
Manchester Guardian von einem Mitglied der französischen Dele-
gation erzählt, hat die französische Delegation zur Orientkonferenz
vom Quai d'Orsay folgende Instruktionen erhalten: Die ethnog-
raphische Türkei muß nicht nur erhalten, sondern allgemein geför-
dert werden. Die Smyrna-Enklave ist der Bevölkerungszahl nach
(nach Ansicht der Franzosen) zweifellos nicht überwiegend griechisch.
Die Franzosen wollen, daß den Griechen ein beschränktes Smyrna
bleibt, daß die Türkei jedoch größere Suzeränitätsgewalt als der
Artikel 68 des Vertrages von Sevres vorsieht, erhält. Für Ar-
menien verlangen die Franzosen Unabhängigkeit innerhalb sehr
beschränkter Grenzen und Stellung unter die Autorität des Völker-
bundes, bis das Land in der Lage ist, einer Kaukasus-Konföder-
ation beizutreten. Zum Schutze Konstantinopels gegen die Mög-
lichkeit eines griechischen Ueberfalls wird vorgeschlagen, das türki-
sche Gebiet, wenn möglich, bis zur Enos-Widra-Linie auszu-
dehnen. Der übrige Teil Thraziens soll unter griechischer Herr-
schaft verbleiben, vorausgesetzt, daß die bulgarischen Interessen in
Dobrußa geschützt werden. Die der Türkei durch den Vertrag
auferlegten militärischen, administrativen und finanziellen Be-
schränkungen sollen soweit wie möglich erleichtert werden, damit
das patriotische Gefühl der Türken nicht verletzt und damit die
Auferstehung der Türkei gefördert werde.

„Am für jede Möglichkeit gerüstet zu sein...“

Paris, 25. Februar. Nach einer Meldung der Agence Havas
hat die Londoner Konferenz beschlossen, den Marschall Koch anzu-
fordern. Aus diesem Grunde hat Briand dem Marschall tele-
graphisch, sofort nach London zu kommen. Die Agence Havas
glaubt, diese Aufforderung sei dem Wunsch der Alliierten zuzu-
schreiben, für jede Möglichkeit gerüstet zu sein.

London, 24. Februar. Der Warschauer Korrespondent der
Times erklärt, die Eile und Energie, mit der die polnischen und
französischen Staatsmänner das Bündnis zwischen Polen und
Frankreich zuhande gebracht hätten, deutet darauf hin, daß Frank-
reich für die Londoner Konferenz den Bündnisvertrag bereithalten
wolle, so daß es die Möglichkeit habe, eine Konzentration polni-
scher Truppen 150 Meilen von Berlin vorzunehmen, falls Deutsch-
land sich nicht zurückziehe und Großbritannien eine resolute fran-
zösische Politik nicht unterstütze. Der Manchester Guardian erklärt,
man könne mit Sicherheit annehmen, daß das Bündnis gegen
Deutschland gerichtet sei.

Das Ergebnis der Beratung der deutschen Sachverständigen.

Berlin, 26. Februar. (U.) Offiziell wird mitgeteilt: Die
unter Vorsitz des Reichsministers des Auswärtigen, Dr. Simons, abge-
haltene Schlussberatung der Sachverständigen aus allen Gebieten
des berufstätigen Lebens kam zu dem einseitigen Ergebnis,

daß die Annahme der Pariser Forderungen aus wirtschaftlichen
und finanziellen Gründen unmöglich sei, und daß jeder Versuch,
eine Lösung auf der Grundlage der Pariser Beschlüsse zu finden,
zu einem Zusammenbruch der Weltwirtschaft führen muß. Eine von
den Sachverständigen unterzeichnete Denkschrift weist diese Unmög-
lichkeit im einzelnen nach. Die Sachverständigen erklärten, sich
dem Standpunkte der Reichsregierung, in den zu machenden Gegen-
vorschlägen bis an die Grenze der deutschen Leistungsfähigkeit zu
gehen, einstimmig einverstanden.

Berlin, 26. Februar. (U.) Gestern nachmittag hat unter Vor-
sitz des Reichspräsidenten Ebert eine Sitzung des Reichskabinetts
stattgefunden, in der Dr. Simons die unter seiner Leitung ausge-
arbeiteten Gegenvorschläge mitteilte. Es wurde über die end-
gültige Formulierung der deutschen Gegenvorschläge Beschluß ge-
faßt. Der Sitzung wohnten auch die Mitarbeiter des Ministers
des Auswärtigen bei, die ihn nach London begleiten werden.

Lloyd George

über die Wiedergutmachungskonferenz.

Berlin, 26. Februar. (Eigene Drahtmeldung der U. B.)
Nach einer Drahtmeldung der Wollfischen Zeitung soll Lloyd
George in einem Gespräch mit Delegierten geäußert haben,
daß die Wiedergutmachungskonferenz voraussichtlich
14 Tage dauern werde, weil er diesmal zu einem end-
gültigen Abschluß kommen wolle.

Der Schwarz-Prozess.

Bei der Vernehmung der Angeklagten sagte Sonnenfeld
(Vater) zu einzelnen Rechnungen über Mietautos, Militärmittel
u. a. aus, daß er von Scheidemann den Auftrag erhalten hatte,
Propaganda für die Sozialdemokratische Partei durch Flug-
blätterverteilung, Veranlassung von Umzügen nach amerika-
nischem Muster mittels Postautos u. a. zu machen. Von dem
Schwiegerjüngern Scheidemann habe er ausdrücklich den Auftrag
behalten, Militärautos auf Kosten der SPD zu beschaffen. Wie
der Angeklagte nachher erfahren habe, seien die Rechnungen nicht
von der SPD, sondern aus Reichsmitteln bezahlt worden.

Hierauf wird in die Beweisaufnahme eingetreten.
Als erster Zeuge erschien Georg Schwarz, der nach längerem
Für und Wider verurteilt wird. Er sagt ungefähr aus: Es
ist getrieben hier behauptet worden, daß in meiner Geschäfts-
führung Unordnung geherrscht habe und ich wichtige Papiere
offen habe liegen lassen. Diesen Behauptungen widerspreche ich.
Die Schriftstücke können nur mittels Nachschlüssel aus meinem
Schreibtisch entfernt worden sein. Ueber seine Beziehungen zu
Ernst Sonnenfeld (Vater) sagt Georg Schwarz, daß Ernst Sonnen-
feld von Raumermeister und Hente, denen er damals fortlaufend
größere Geldbeträge für die republikanische Schutztruppe im
Reichstag gegeben habe, angestellt worden sei. Sonnenfeld habe
auf ihn zunächst einen inkompatiblen Eindruck gemacht. Bei dem
Märzurlaub sei Schwarz von dem Reichswehrminister aufgefor-
dert worden, mit Geldmitteln auszuweichen. Er habe eine größere
runde Summe dafür hergegeben und als später wieder Geld für
die Besoldung fehlte und er nicht über genügend flüssiges Geld
verfüge, habe er vom Reichspräsidenten Ebert die Rücküberlat-
tung seiner Auslagen erbeten. Die verlangte Aufstellung sei
dann von Sonnenfeld aufgestellt worden. Das Geld habe Schwarz
sogar wieder für die Truppe verwendet. Auf die Bemerkung des
Vorherrschenden, daß Sonnenfeld außer seiner Besoldung noch 500 Mk.
Extrabehalt von Schwarz bezogen habe, erklärt der Zeuge, daß er
an eine ganze Reihe von Personen bezahlte Beträge gezahlt habe.
Die Feststellung des Vorherrschenden, daß auch der bei der Anleihen-
truppe tätige Beamte Mahwald, der mit der Rechnungsprüfung
beauftragt gewesen ist, von Schwarz Extrabehalte erhalten habe, gibt
der Zeuge zu, behauptet aber, daß Mahwald von Sonnenfeld an-
gestellt worden sei. Schwarz habe eben alles gegeben, was von ihm
verlangt worden sei. Von den Beträgen, die für die Propaganda-
tätigkeit der SPD ausgegeben worden sind, will Schwarz nichts
wissen. Er habe stets nur volle Beträge hergegeben, 100 000,
200 000, 500 000 Mk. Aber über die Verwendung der Gelder
habe er erst später bei der Rechnungsaufstellung erfahren.

Schwarz berichtet dann, daß ihm eine ganze Mappe mit Schrift-
stücken abhanden gekommen sei und daß sich in dieser Mappe u. a.
auch zwei von Scheidemann und Ebert unterzeichnete Bismarck-
plakate befunden hätten, die er sich als Revolutions-
andenken aufbewahren wollte. Der Zeuge gibt dann zu, daß diese
Schriftstücke nicht durch Entwendung, sondern auf rechtmäßige
Weise in den Besitz Sonnenfelds gekommen seien. Auf einige An-
fragen, die Sonnenfeld an Georg Schwarz richtet, erwidert dieser:
Ich will Ihnen mal etwas sagen. Es liegt mir nicht daran, daß
ich Sie hineinsetze. Es ist nicht richtig, daß ich Ihnen diese
Schriftstücke zur Beantwortung übergeben habe.

In der weiteren Vernehmung kommt dann wiederholt der
Briechwechsel zwischen Schwarz und Eickhorn zur Sprache. Von
einem mit „B.“ unterzeichneten Schriftstück, das sich auf die Be-
schaffung von Lebensmittel bezieht, behauptet Georg Schwarz,
daß es sich um eine Requisition handele. Die Unterschrift
laute nicht „B.“, sondern „A.“ und rühre von dem damals bei
der Reichstagsgruppe beschäftigten Reumann her. Hierauf be-
merkt der Angeklagte Hermann Sonnenfeld, daß der frühere
Reichstagsabgeordnete Davidschlag bereit sein würde, unter Eid zu
bekunden, daß Scheidemann seine Unterschrift zunächst anerkannt,
nachher aber abgelehnt habe. Zu den Rechnungen über Spid-
nalle, Spargelwürste, Ansette-Würste erklärt Schwarz, daß er diese
gar nicht kenne. Uebrigens sei er nicht nur Vertreter für das
Regiment „Reichstag“, sondern auch für die damals von Sparta-
listen einbeschlossene Reichsanstalt gewesen. Er habe damals
alles mögliche an Nahrungsmitteln aufgefunden. Alle diese Dinge
habe er für das Regiment „Reichstag“ liquidiert. Die von dem
Reichspräsidenten Ebert verlangte Spezialabrechnung habe er
dann nach einer Aufforderung von Ernst Sonnenfeld eingereicht.
Es sei ihm lediglich dabei darauf angekommen, seine Auslagen
rückerstattet zu erhalten. Die Frage von Ernst Sonnenfeld, ob am
Schreibtisch Eindrucksuren bemerkt worden seien, verneint
Georg Schwarz. Ernst Sonnenfeld verlangt dann noch die Ladung
eines Sachverständigen, der bekunden sollte, daß bei Schwarz ein
ordneter Geschäftsbetrieb nicht geherrscht habe. Weiter be-
zichtigt Sonnenfeld, daß es sich bei der Unterschrift Scheidemanns
um eine Fälschung handle.

Der nächste Zeuge ist Zahlmeister Birwik. Er sagt aus,
daß Sonnenfeld wiederholt habe durchblicken lassen, daß er Ma-
terial sammle gegen die sozialistische Regierung. Er habe ein-
mal geäußert: die Brüder verdienen schwer und bedienen sich
des Schwarz als Mittelsperson. In einem Telefongespräch im
Sommer 1919 habe Hermann Sonnenfeld dem Zeugen mitgeteilt,
daß er nun gegen Schwarz vorgehe und das gesamte Material der
Staatsanwaltschaft unterbreite. Die ganze Schiebergesellschaft,
die Regierung mit Scheidemann und Schwarz an der Spitze, müsse
verschwinden und dieser ganzen Salubritätsbande das Gesicht
geschunden werden. Sonnenfeld (Vater) bestreite dies. Sonnen-
feld fr. bezeichnet die Aussagen von Birwik als unerhört, denn
dieser habe sich bisher immer gegen Schwarz ausgesprochen. Auch
bei Birwik wird festgestellt, daß er, obwohl er eine amtliche Tä-
tigkeit ausübt, von Georg Schwarz 500 Mk. monatlich Sonder-
verzahlung erhalten habe. Birwik erklärt dies daher, daß er in
seiner freien Zeit die Kontrolle des Schwarz'schen Depots besorgt
habe. Im übrigen habe er damals von dieser Sonderverzahlung
nichts gewußt.

Nachdem noch der Pächtermeister Kranz vernommen worden
war, dessen Aussagen nichts Wesentliches erbrachten, wurde die
Verhandlung auf Donnerstag vertagt.

Der Anfang vom Ende.

Nachdem die rote Fahne gestern ganz verflüchtigt an einer vorhergehenden Stelle in Kleinsten Schrift vom Rücktritt ihrer beiden Parteivorsitzenden Levi und Däumig und ihrer wertvollsten Parteivorstandsmitglieder Mitteilung gemacht hat, hat sie sich doch heute zu einem Kulturfest an ihre Mitglieder aufgerufen. In dem sie erklärt, daß der Rücktritt der fünf Parteivorstandsmitglieder keinerlei grundsätzliche Differenzen, sondern nur tatsächliche Differenzen zur Ursache habe.

Unter Ansicht nach ist auch das nicht die wahre Ursache, sondern einzig und allein der Befehl des Allgewaltigen, der von Moskau die Fäden zieht. Man könnte wohlhabende oder fleißige Betrachtungen darüber anstellen, daß nach dem politischen Tode dessen, der uns den Rat gab, zur rechten Zeit in Schönheit zu sterben, nun auch jene über die straffe zentralistische Disziplin gestolpert sind, die sie uns, den Vertretern einer schlappen Parteiemokratie und -autonomie, als leuchtendes Vorbild entgegengehalten haben. Aber wir wollen uns damit begnügen, auf die Vorgänge im Lager der Kommunisten hinzuweisen als auf den schlagendsten Beweis, wie hinrissig und verderblich eine solche Taktik ist, wie sie nicht nur geeignet ist, breite Massen des Proletariats abzustoßen, sondern im eigenen Lager das Parteileben durch ununterbrochene „Säuberungen“ vollkommen lahmzulegen. Die kommunistische Partei ist überraschend schnell auf den Brandler und Stocker gekommen. Ob aber selbst die genug gesellige Kreaturen sein werden? Und werden sich die Levi und Däumig so lang- und langlos belächeln lassen? Und die wichtigste Frage: Wann werden die Arbeiter, die noch immer den Levi und Däumig — herstellt: heute schon den Brandler und Stocker; und morgen? — nachlaufen, zur Besinnung kommen?

Reaktionärer Vorstoß bei der Beratung des Wehrgesetzes.

Das Wehrkreiskommando zum Einheitsdienst berechtigt.

Der Ausschuss des Reichstags zur Beratung des Wehrgesetzes nahm Freitag seine Beratung auf. Ein Antrag Schöpf (in) will im § 1 zum Ausdruck gebracht haben, daß es sich bei der Reichswehr um eine republikanische Wehr handelt. Von der Rechten dagegen wird beantragt, daß es sich um eine Wehrmacht des Deutschen Reiches handelt, die selbstverständlich eine solche der Republik sei, solange eine solche bestehe. Dem sozialdemokratischen Antrag wird Johann mit 15 gegen 8 Stimmen der Rechten entgegengesetzt und im § 1 bestimmt: „Die Wehrmacht der deutschen Republik ist die Reichswehr.“

§ 11, der die Einrichtung von Landmannschaften zuläßt und bestimmt, daß der Landeskommandant in Bayern zugleich Befehlshaber des bayerischen Verbands ist, wird unverändert angenommen, nachdem Abg. Rosenfeld (USV.) sich gegen die Vorrechte Bayerns ausgesprochen hatte. Zu § 17 liegt ein Antrag Eisinger (Bayr. W.) vor, wonach im Falle besonderer öffentlicher Notstände und Unruhen das Wehrkreiskommando die höchsten Anordnungen über, ein event. Einmarsch der Wehrmacht treffen können soll. — Die Abg. Dr. Rosenfeld und Prof. Radbruch (Soz.) äußern Bedenken. Der Wehrminister spricht für den Antrag, der schließlich mit 12 gegen 8 Stimmen angenommen wird.

Die Erwerbslosenziffer schwillt unauflöslich an.

Berlin, 22. Februar. Trotz aller Gegenmaßnahmen hat die Erwerbslosenziffer im Monat Januar eine weitergehende bedeutende Zunahme erfahren. Die Zahl der männlichen Hauptunterstützungsempfänger allein ist von 335.000 auf 337.100, die Zahl der unterstützten Arbeiter von 410.000 auf 422.000 gestiegen. Im Zusammenhang mit dem Anwachsen der männlichen Erwerbslosen ist auch die Zahl der unterstützten Familienangehörigen erheblich, nämlich von 357.000 auf 366.000 gestiegen. Berücksichtigt man das infolge der Beschränkungen, die für die Gewährung der Erwerbslosenunterstützung bestehen, nach den bisherigen Schätzungen nur etwa die Hälfte der tatsächlichen Erwerbslosen die Unterstützung erhalten, so dürften zur Zeit etwa 2 Millionen Menschen in Deutschland das gewöhnliche Arbeitseinkommen entbehren. Daraus tritt die Zahl der Kurzarbeiter, d. h. der aus Mangel an Arbeitsgelegenheit nur partiell beschäftigten und entlohnten Arbeiter, die nach den vorliegenden Teilkonstaten auf die doppelte Zahl der Erwerbslosen geschätzt werden muß. Es muß also angenommen werden, daß etwa 10 Prozent der deutschen Gesamtbevölkerung vollständig oder zu einem wesentlichen Teil von der Arbeitslosigkeit betroffen sind.

Es muß betont werden, daß an dem unauflöslichen Anwachsen der Arbeitslosigkeit der Kohlenmangel nur zum geringsten Teil schuld ist. Der Hauptschuldige ist die kapitalistische Profitgier, die einen Betrieb nach dem andern stillen läßt, wenn der Profit bedroht ist. Das trübseligste Beispiel dafür ist in der Kalibauindustrie zu beobachten, wo bereits auf 30 Werken Entlassungen in größerem Umfang vorgenommen, auf den meisten Werken Betriebsarbeiten eingestellt wurden und die Stilllegung weiterer Betriebe für die nächste Zeit in Aussicht steht.

Gleichzeitige Beratung der Etats für 1920 und 1921.

Berlin, 23. Februar. Der Reichstag hat heute den Bescheid, daß die geschäftliche Behandlung des Etats für 1920 und für das Jahr 1921 zusammen erfolgen soll, und die Differenzpunkte, die sich aus den Etats der verschiedenen Jahre ergeben, in einem Nachtragetat herausgehoben und gesondert behandelt werden sollen. So würde es sich, nach Meinung des Reichstages, ermöglichen lassen, die Etats vor den Osterferien, die am 19. März beginnen sollen, zu erledigen.

Verhinderung eines Mordprozesses in Oberschlesien.

Breslau, 24. Februar. (T.-U.) Am 24. Februar sollte vor dem Schwurgericht in Beuthen der Prozeß gegen den einen der vier Mörder des Begründers der Zeitung Wola Ludo, Theophil Kupla, beginnen. Am 22. Februar ließ der oberste Justizbeamte der Interalliierten Kommission in Döbeln den Beuthener Oberstaatsanwalt mit den Prozesakten zu sich rufen und eröffnete ihm, daß die Akten erst geprüft werden müßten, da der Verdacht bestünde, daß die deutsche Justiz den Prozeß politisch ausnützen werde. Es mußte erst die Entscheidung des Generals Le Rond abgewartet werden. Falls der Prozeß stattfinden könne, würden die Akten zurückgegeben, andernfalls werde die Interalliierte Kommission die achtzig Zeugen und Sachverständigen telegraphisch abbestellen. Der Oberstaatsanwalt protestierte energisch gegen den Verbot, der von der Interalliierten Kommission gegen die deutsche Justizbehörde erhoben wurde und erklärte, die Akten nur der Gewalt weichen auszuliefern. Die Interalliierte Kommission hat darauf die Zeugen tatsächlich abbestellt und somit den Prozeß verhindert. Der Gerichtshof wird eine Erklärung über die Aktenforderung abgeben und den Prozeß notgedrungen vertagen.

Beuthen (D.-Sch.), 24. Februar. Morgens 5 Uhr holten ein französischer Offizier und mehrere Soldaten den des Mordes an Theophil Kupla angeklagten Schlosser Metzger aus dem Gefängnis. Hierdurch ist der Angeklagte der deutschen Gerichtsbarkeit entzogen worden. Die Gerichtsbehörde protestiert energisch gegen dieses Vorgehen und behält sich vor, ihre Stellungnahme demnächst der Öffentlichkeit zu unterbreiten.

Die englische Regierung verteidigt ihre Gewaltmaßnahmen gegen Irland.

Im englischen Unterhaus wurde die Adressdebatte durch einen von Kapitän Wedgwood Benn eingebrachten Änderungsantrag, in dem die Politik der Regierung in Irland gerügt wird, wieder aufgenommen. Wenn man die Regierung aus der Verantwortung in Irland vor. Wenn die augenblickliche Politik der Regierung in Irland fortwähre, so sei das britische Reich in der ersten Gefahr einer Spaltung. Der Staatssekretär für Irland, Sir Hamar Greenwood, beschwerte sich darüber, daß von liberaler Seite in die französische Presse eine Mitteilung gelangt worden sei, in der eine Darstellung der in Irland durch die Streitkräfte der Krone begangenen Repressalien gegeben worden sei. Durch solche Mittel würde die liberale Propaganda die Stellung der gegenwärtigen Regierung zu untergraben; sie scheue sich nicht, das Ansehen Englands im Ausland zu beludeln. Wenn einige der vorgebrachten Beschuldigungen gegen die Streitkräfte der Krone sich als wahr erweisen sollten, so würde die Regierung nicht zögern, die Schuldigen zu bestrafen. Die Repressalien seien in Übereinstimmung mit den Regeln des Kriegsrechts erfolgt. Im übrigen bessere sich die Lage in Irland. Die Mordmorde in Irland würden aufhören, wenn sich das Unterhaus energischer zeige. Wenn gegen die Mordmörder nichts getan werde, so werde dies zum Ruin des englischen Reichs und der Zivilisation führen. Die englische Regierung habe nur die Wahl zwischen zwei Mitteln gehabt: zu kapitulieren oder die Mordmörder zu bestrafen; sie habe das zweite Mittel gewählt. Lord Robert Curzon, der jetzt der Opposition angehört, erinnerte an die Eingriffe in Cork und erklärte, wenn derartige Handlungen in den Kolonien anstatt in England vorgekommen wären, so wäre eine Untersuchung eingeleitet worden. Rechner forderte von der Regierung, sie solle damit aufhören, zu verdeden, was sich tatsächlich in Irland ereignet habe, und verlangt die Ernennung einer Untersuchungskommission für die Angelegenheiten in Irland.

London, 23. Februar. Im Oberhaus eröffnete der Erzbischof von Canterbury die Debatte über die Lage in Irland. Er sprach sein Erstaunen darüber aus, daß wirkliche Vergeltungsmaßnahmen durch die Hilfskräfte der Krone, unter denen keine genügende Mannszucht herrsche, durchgeführt worden seien. Ein durch derartige Maßnahmen erzielter Frieden sei ohne Wert. Der Lordkanzler erwiderte, die Lehren der Vergeltung würden nicht erziehlich, die in Irland bestehenden Uebel zu beseitigen.

Der polnisch-litauische Streit vor dem Völkerbundsrat.

Paris, 24. Februar. Der Völkerbundsrat prüfte heute vormittag die polnisch-litauische Streitfrage. Ein darauf bezüglicher Bericht läßt erkennen, daß die beiden Parteien sich bereit erklären, eine Volksbefragung anzunehmen, um über die Zuteilung des Wilnaer Gebiets unter den vom Rat festgesetzten Bedingungen zu entscheiden. Der Rat beschloß, die vom Völkerbunde in der Gegenwart geschickte Kommission anzuhören. Oberst Harbinger, der Führer dieser Kommission, erläuterte den von der Kommission aufgestellten Arbeitsplan zur Durchführung der Volksbefragung. Da die Ausführungen in der Vormittags Sitzung nicht beendet waren, konnte der Rat nicht, wie vereinbart, den litauischen und den polnischen Vertreter anhören.

Das Budget des Völkerbundes.

Bern, 23. Februar. Das Budget des Völkerbundes für 1921, das von der Völkerbundsversammlung genehmigt wurde, weist Ausgabenposten von 21.250.000 Goldfranken auf, die zur Deckung der gesamten Organisationskosten ausreichen sollen. Durch eine Note vom 1. Februar sind die 48 Mitglieder des Völkerbundes über die von ihnen zu bezahlenden Beiträge unterrichtet worden. Finnland, das erst kürzlich aufgenommen wurde, hat als erste Macht die Note beantwortet und mitgeteilt, daß es dem Sekretariat seinen Beitrag in Höhe von 80.000 amerikanischen Dollar zur Verfügung stellt.

Ein Vertrag zwischen der Sowjet-Ukraine und Georgien.

O. E. Helsingfors, 24. Februar. Die Moskauer Zeitungen veröffentlichten den Text eines Vertrages, der zwischen der Sowjet-Ukraine und Georgien abgeschlossen worden ist. Beide Staaten erkennen die Unabhängigkeit und Souveränität des Vertragspartners an und verpflichten sich, keine fremden Truppen, mit Ausnahme von Truppen befreundeter Staaten, auf ihrem Territorium zu dulden. Organisationen, die sich als Regierung eines der vertragsschließenden Staaten oder eines Teiles derselben ausgeben, sollen von dem andern Staat auf seinem Boden nicht geduldet werden. Der Vertrag enthält die weiteren Bestimmungen über das Optionsrecht und eine beiderseitige Annahme für politische Verbrechen. Nach der Ratifikation des Vertrages sollen Verhandlungen über den Abschluß eines Handelsabkommens eröffnet werden.

Eine deutsche Wolga-Republik.

Wie der Rigaer Rundschau aus Moskau gemeldet wird, hat die Sowjetregierung ein Dekret über die Begründung einer autonomen Verwaltung der deutschen Arbeiterkommune an der Wolga erlassen. Diese deutsche Republik soll im Zentralen Reichsstadt — ihren Sitz haben; sie liegt in Gouvernement Samara und hat 300.000 Einwohner — deutsche Kolonisten. Das Leben nimmt hier einen einigermassen normalen Verlauf. Die dort bestehenden Sowjets schließen den bolschewistischen Organisationen nur dem Namen nach. In Reichsstadt wurde unlangst eine Radio-Station aufgestellt; der Telefonverkehr und die elektrische Beleuchtung funktionieren normal, die Fabriken arbeiten. Mit Sowjetrußland ist Handelsverkehr im Gange. In Reichsstadt erscheint eine Zeitung unter dem Titel Nachrichten des Gebietskomitees der Räte, der Kommunistenpartei und der Arbeiterkomitees der Wolgabewohner.

Deutschland.

Eine Kulturabgabe zur Sicherstellung der Schriftsteller.

In der letzten Sitzung des Unterausschusses des Reichswirtschaftsrats zur wirtschaftlichen Förderung der geistigen Arbeit kam der Plan einer durch Reichsgesetz einzuführenden Kulturabgabe zur Behandlung. Der Berichterstatter Dr. Kösch führte aus, daß durch diesen Plan eine dauernde Sicherstellung der künstlerischen Arbeit bezweckt sei. Das bestehende Urheberrecht verlagert bei der gegenwärtigen Notlage vollkommen. Heute stehen wir vor einem Verfall des privatwirtschaftlichen Verlagswesens, weil bei der heutigen kolossalen Preissteigerung im Verlags-, Verbreitungs- und Ausführungsweisen kein Unternehmer ein künstlerisch wertvolles oder geistig bedeutendes Werk ohne finanziellen Zuschuß des Autors herausbringen kann. Nur marktgemäße Massenware kann er ohne Risiko übernehmen. Eine Kulturabgabe von 10 Prozent von den durch das Urheberrecht nicht geschützten Werken müsse erhoben werden, die in eine allgemeine Kulturfürsorge fließen. Der Ertrag soll von einem Selbstverwaltungskörper für folgende Zwecke verteilt werden: 1. Unterstützung verdienter, bedürftiger Autoren; 2. Veröffentlichung wertvoller neuer Werke; 3. Verbreitung solcher Werke in den weitesten Bevölkerungskreisen zu billigen Preisen. Auf die noch geschützten Werke ist ebenfalls eine Kulturabgabe zu erheben, die ungeteilt dem Autor oder seinen Erben zuzuleiten sind. Um eine unnütze Belastung der Bevölkerung durch die Kulturabgabe zu vermeiden, muß 1. eine Umgestaltung der Lustbarkeitssteuer und

2. eine Reform des Sortimentshandels eintreten, dem heute der größte Anteil an einem Werke zufällt, während sich Autor, Verleger und Drucker in den Rest teilen müssen. Der Plan, wie Herr Dr. Kösch ihn gezeichnet hat, wird von einer engeren Urheberrechts-Kommission ausgearbeitet werden.

Maßnahmen Hamburgs zur Milderung der Wohnungsnot.

Hamburg, 17. Februar. In der gestrigen Sitzung der Hamburger Bürgerstiftung wurden 200 Millionen Mark bewilligt, mit denen durch Staatsbauten die Wohnungsnot gemildert werden soll. Ferner wurden für Privatbauten Kostenzuschüsse genehmigt. Das Beamtensoldengesetz wurde in zweiter Lesung endgültig angenommen. Bei dem Antrag zur Bewilligung von Mitteln für eine Behörde für die öffentliche Jugendfürsorge erhoben die Kommunisten Einspruch und es kam zu ernstlichen Verhandlungen.

Aufhebung der Zwangsberufshilfe für Leber. Die Verordnung über die Entlohnung und vorläufige Sicherstellung von Häuten und Fellen sowie Leber vom 2. Juli 1919 wird nach einer Bekanntmachung im Reichsanzeiger aufgehoben.

Braunschweig beantragt das Reichsverwaltungsgericht. Die braunschweigische Landesversammlung hat einen Dringlichkeitsantrag angenommen, das Staatsministerium zu ersuchen, bei den zuständigen Reichsinstanzen schleunigst mit allen Mitteln dahin zu wirken, daß das nach der Reichsverfassung zu errichtende Reichsverwaltungsgericht seinen Sitz in der Stadt Braunschweig erhält.

Vertilgung der Stammtafeln. Wie die Deutsche Tageszeitung aus Ludwigshafen erfährt werden in den nächsten Tagen Entlohnungskommissionen mehrere Städte der neutralen Zone beauftragt, um die Vertilgung der Stammtafeln in den ehemaligen Bezirkskommandos nachzudrüfen.

Kein nationaler Trauertag. Die Reichsregierung hat ihren Entwurf über die Festlegung des 6. März als nationalen Trauertages zurückgezogen, nachdem im Reichsrat seitens der Mehrheit der Länder erhebliche Bedenken gegen die Wahl dieses Tages erhoben und gleichzeitig empfohlen worden war, die Trauer mit Schlussbestimmungen gegen die Abhaltung geräuschvoller und unheimlicher Veranstaltungen zu umgeben.

Selbstmord eines sozialdemokratischen Parteisekretärs. Der Parteisekretär der sozialdemokratischen Partei, Erik Kano aus Charlottenburg, hat Selbstmord verübt, nachdem er bedeutende Parteigelder veruntreut hatte. Kano soll auch in seiner Eigenschaft als Arbeiterleiter Unterstellungen verübt haben.

Verhaftung deutschnationaler im besetzten Gebiet. Nach einer Meldung der Frankfurter Zeitung nahm die französische Behörde in Wiesbaden in verschiedenen Orten des Rheinlandes Führer der deutschnationalen Partei, weil sie dort Flugblätter mit Abbildungen des Strohbürger Minkers und Darstellungen der Dörflichkeit in den Befreiungskriegen verbreitet hatten. Zwei Führer der deutschnationalen Partei wurden vorübergehend festgenommen, weil sie für die Ausföhrungen Streikmännern in einem Vortrag über den Reichsleiter Frieden verantwortlich gemacht wurden. Streikmann ist rechtmäßig ins unbesetzte Gebiet abgereist.

Gefälschte Legitimationskarten für die Abwicklung in Obersachsen. Die Kriminalpolizei in Döbeln hat eine Fälscherzentrale für Legitimationskarten aufgedeckt. Als Haupt der Gesellschaft wurde der Photograph Köstl festgenommen. In seinem Besitz befanden sich zwölf gefälschte Legitimationskarten, die mit dem Stempel „Vollzeiterwaltung Döbeln“ versehen waren. Köstl verkaufte die gefälschten Karten an polnische Kreisle, die sie für die Sowjowka Polsta aufkauften. Seine Frau, in deren Besitz sich ebenfalls eine Anzahl gefälschter Legitimationskarten befanden, wurde ebenfalls verhaftet.

Kleine Auslandsnachrichten.

Die montenegrinische Frage noch nicht entschieden.

Der italienische Außenminister Graf Sforza erklärte vor seiner Abreise nach London der parlamentarischen Kommission für auswärtige Angelegenheiten Bericht über den Vertrag von Scutari. Er teilte mit, daß Benjatos auf keinen Fall an der Londoner Konferenz teilnehmen werde. In der montenegrinischen Frage habe sich Italien bisher noch nicht verpfichtet, während Frankreich und England ihre diplomatische Vertretung in Montenegro aufgehoben hätten. Der republikanische Abgeordnete Chieles brachte einen Antrag ein, die montenegrinische Frage der Prüfung des Völkerbundes zu unterbreiten. Die sozialistischen Mitglieder lehnten eine Unterbreitung dieses Antrages ab.

Beilegung der schwedischen Regierungskrise. Der schwedische König hat das Rücktrittsgesuch des Ministerpräsidenten de Geer und des Finanzministers Laum genehmigt. Zum Ministerpräsidenten ist der Landeshausmann v. Söder und zum Finanzminister der Direktor Beskow ernannt worden. Die übrigen Kabinetmitglieder haben sich auf Wunsch des Königs bereit erklärt, in ihren Ämtern zu bleiben.

Das Kabinett Hardinas. Nach einer Radiomeldung aus Washington ist das Kabinett Hardinas leicht gebildet worden. Es leht sich wie folgt zusammen: Staatssekretär Charles Hughes, Schatzsekretär Andrew William Wilson, Krieg John W. B. Akerbau Henry Wallace, Justiz Henry D. Agerter, Inneres Albert Hall, Post William Davis, Marine Edwin L. Canby, Arbeit James John Davis, Handel Hoover.

Um das englisch-russische Handelsabkommen. Nach einer Havasmeldung aus London erfährt Daily Herald aus Christiania, Islanderinnen habe eine Note an Lord George geandt, in der er eine Antwort auf seine Note vom 1. Februar verlangt. In dieser Note habe Islanderinnen der englischen Regierung die Grundbedingungen mitgeteilt, von denen die Wiederaufnahme der Handelsbeziehungen abhängt.

Ueberfall auf Kroatische Truppen. Nach in Riga eingetroffenen Meldungen aus Moskau haben Kroaten den Eisenbahnzug Trohlo auf der Linie nach Orenburg überfallen. Mehrere Eisenbahnbeamten wurden verwundet.

Griechenland erkennt die Unabhängigkeit Albanens an. Die Vertreter der griechischen Regierung in Epirus haben in einer Besprechung mit den albanischen Führern in Koriza mitgeteilt, daß Griechenland sich entschlossen habe, die Unabhängigkeit Albanens anzuerkennen.

Radoslawow wegen Hinterziehung geurteilt. Der frühere bulgarische Ministerpräsident Radoslawow ist vom Staatsgerichtshof der Ritherrschschaft bei der Hinterziehung von mehreren Millionen Franken während des Krieges für schuldig befunden worden.

Aufhebung des Bankgesetzes in Italien. Der italienische Finanzminister hat angeordnet, daß die Banken den Finanzintendanturen die Verzeichnisse ihrer Kontenhaber bekanntzugeben haben, um die Vermögen zur Besteuerung heranzuziehen zu können.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Heinrich Fleißner in Leipzig.
Verantwortlich für den Inseratenteil: Friedrich Willer, Vorstadt Leipzig.
Druck u. Verlag: Leipziger Buchdruckerei Wittenbergische, Leipzig.

• Sie sind krank •

Ihr Körper gleicht einer Lokomotive ohne Kohlen. Führen Sie Ihrem Körper die fehlenden Blutstoffe zu durch eine Kur mit **Capholactin** (miltch-phosphorsaures Kaliumphosphat). Besorgen Sie Ihren Arzt, 252 Tabletten für 4 Wochen, sollten nur M. 18.— für Kinder M. 12.— in allen Apotheken.

Zurück zur Arbeit! Wie Sie Ihren Zuder los und wieder arbeitsfähig werden, teile ich unentgeltlich jedem Kranken mit. **Fr. Löw, Walldorf M. 242** bei Frankfurt a. M.

Diese Nummer umfaßt 2 Seiten.

Ohne Fleisch doch kräftige Suppen und schmackhafte Gemüse

zuzubereiten, ermöglicht auf einfache und sparsame Weise

die altbewährte **MAGGI'S** Würze.



Sande Zigaretten

bekanntester aller Güte



General-Vertreter für Leipzig:
A. Grube
Antonie-Schiller-
Straße 7.

Colonialspart 20
Sachsenblume 25
Eno, Großerwoog .. 30
Atossa (Blech-
pack.) Frithjof 40

Kammgarn-Strickwolle Damen- und Kinder-Strümpfe

Man verlange Preisliste kostenlos.
Gebr. Barenholz
Filiale Leipzig, Yorkstrasse 28.

Zur Messe in Leipzig:
Messhaus Schneider, Stand 78, pt.
Wir bitten um Besuch.

Achtung, Oberschlesier! Ein Teil benötigt Passierscheine!

- 1) In Oberschlesien geborene und dort bis 1. Oktober 1920 wohnhaft gewesene Stimmberechtigte (Kategorie A) und außerhalb Oberschlesiens geborene Abstammungsberechtigte, die seit 1. Januar 1904 oder seit einem früheren Zeitpunkt bis 1. Oktober 1920 dort ununterbrochen gewohnt haben und nach dem 1. Oktober 1920 aus dem Abstammungsgebiete verzogen sind (Kategorie C).
- 2) Alle Stimmberechtigten der Kategorie A, die noch heute im Abstammungsgebiet ihren ständigen Wohnsitz haben, zurzeit aber sich außerhalb des Abstammungsgebietes aufhalten (z. B. Studierende, Geschäftsreisende, Saisonarbeiter usw.) **müssen zur Einreise zu der Abstimmung Passierscheine haben,** die zugleich als Stimmliste dienen.

Diese Passierscheine werden nur auf schriftliches Gesuch nach vorgedrucktem Muster hin ausgegeben. Das Gesuch muß spätestens am 2. März 1921 beim paritätischen Ausschuss eingetroffen sein. — Formulare hierzu und Beratung erteilt

jede Ortsgruppe der
**Vereinigten Verbände
heimatstreuer Oberschlesier.**

Feingold



Tabak u. Zigarettenfabrik FEINGOLD Dresden A.M.

**Unübertroffen!
Mit Kork!**
30 ct

General-Vertreter: Gürmer & Alkan
Leipzig, Pfaffendorfer St. 56. Tel. 18294

Hühner-Futter 1.60 M.

das echte bayrische, wiederergrüht.
Mais la ... à 1.80 | Geflügelmaisch à 0.35
Maisschrot .. à 2.00 | Knochenschrot à 1.40
Preis bei 10 Pfd. im Zenitor billiger u. frei Haus *
Feist. Rödelstr. 12. Tel. 40993. Straßenb. 1 u. 8

Billige Bekleidungsgegenstände

wegen Lageräumung.
Die Heeresgerätestelle des Landwirtschaftlichen Kreisvereins Leipzig, Roscherstr. 13, II, verkauft von 9 bis 2 Uhr im ganzen und auch in einzelnen Stücken seine noch vorhandenen Bestände aus als: Gebr. Tuschlader (H. Nr.), gebr. Mäntel, alte Strickjaden, neue Einheits-Unterhöl., gebr. Haushandsch., auherd. Wagnereisen, Desenaure, Feldkassen, alte u. neue Kammern, Geschirrsätze, Papierrohstoffe, Speisekammer.

Prima weißes Mehl

verkehrsfreies Maisprodukt
von feinsten Qualität
1 Pfund nur 2.75 Mk.

Ferner:
Maisgrieß (weiß) 2.75
Maispulver 3.50
Reisstärke 8.00
Rohr Kakao 16.25

Für Koch- u. Backzwecke
bestens geeignet.

Max Werner Tel. 6463
reg. 1873
Albertstraße 52
am Floßplatz

Billige böhmische Bettfedern!



1 Pfund graue gute Halb-
schleifedern 12 Mark, halb-
weiße, bessere Schleifedern
15 Mark; 1 Pfund weiße,
flaumige, geschlossene 20 Mark,
25 Mark, 30 Mark; laimeweiße,
feinste, geschlossene Halbflaum
35 Mark, 40 Mark. — Versand
postfrei gegen Nachnahme von
10 Pfund an franko. Umtausch gestattet ob. Geld retour.
Ausführliche Preisliste gratis.

S. Benisch in Detschenitz Nr. 870, Böhmen.

⚒ Gächsische Brikett-Verkaufsgesellschaft ⚒

Hermann Mack & Co.

Telephon 11156

Georgiring 3

Telephon 11156

|| Koks — Briketts — Kohlen — Holz ||

für Hausbrand, Fabriken und Gewerbe

Unsere Niederlagen mit Anschlußgleisen und die direkte Werks-
verbindung bürgen für die prompte Belieferung der neuen Kohlenkarten!

Die Karten sind anzumelden:

Hauptkontor Georgiring 3, Telephon 11156.

Ferner in unseren Niederlagen:

Bayrischer Bahnhof, Pöhniger Straße 13a, Tel. 31559. Eilenburger Bahnhof, Poststr. 16, Tel. 10937.

Stötteritzer Bahnhof, Stötteritzer Straße 111, Tel. 13694. Sellerhausen, Bennigsenstraße 7, Tel. 10937.

Dresdner Bahnhof (Benno Grimm), Tauchaer Straße 41, Tel. 2749, Pächter: Paul Oswald Müller.

Plagwitzer Bahnhof, Elisabethallee 46, Telephon 40836, Pächter: Arthur Lehmann.

Schönefeld, Pögnersstraße 14, Telephon 5576, Pächter: Georg Fuchsloch.

Leipziger Angelegenheiten.

Freitag, 26. Februar

Parteiangelegenheiten.

Dehsh-Gaußh. Dienstag, den 1. März, abends 8 Uhr, im Restaurant zur Post, Dehsh: Wichtige Vorstand- und Funktionärsitzung. Vollzähliges Erscheinen unbedingt notwendig.

Thonberg-Neureuditz (Diskussionsabend). Dienstag, den 1. März, abends 7 Uhr, im Restaurant Alte Nr. 1: Vortrag der Genossin Reis über: Die Frauen in der großen Französischen Revolution.

Leipzig-Möckern. Montag, den 28. Februar, abends 1/8 Uhr im Carolabad: Funktionärsitzung. Alle Funktionäre, Beisitzer und Kommissionsmitglieder müssen erscheinen. D. B.

Gohlis-Möckern. Frauenabend, am Montag, dem 28. Februar, abends 8 Uhr, im Nidau-Kaufhaus.

L. Döhl. Heute abend 1/8 Uhr: Wichtige Funktionärsitzung im Park.

Markranstädt. Montag, den 28. Februar, abends 8 Uhr, in der Turnhalle: Wichtige Sitzung aller Parteifunktionäre sowie der Stadtverordnetenfraktion und der U.S.P.-Funktionäre des Gewerkschaftsverbands.

U.S.P. Postbeamte treffen sich Montag, den 28. Februar, abends 8 Uhr, im Volkshaus, 1. Etage, Kl. 31. Berechnung und Neuempfang der Beamtenbrochure. Zutritt nur gegen Parteibuch.

Allgemeines Arbeiter-Bildungsinstitut. Montag, den 28. Februar, abends 7 Uhr: Ausschusssitzung in der Geschäftsstelle.

Neue Kurse für die Arbeiterschaft.

Die Vortragsreihe: Ursprung und Entwicklung der menschlichen Geisteskultur, behandelt von Privatdozent Dr. Erbes, nimmt Dienstag, 1. März, abends pünktlich 7 Uhr im großen Hörsaal des Zoologischen Instituts, Laßstraße 35, ihren Anfang und wird fortgesetzt: Dienstag, 8. März, Freitag, den 11. März, Dienstag, 15. März, Freitag, 18. März, Dienstag, den 22. März. Diese sechs Vorträge umfassen folgende Gebiete: 1. Die Anfänge der menschlichen Gesellschaft. 2. Die Entwicklung der menschlichen Gesellschaft. 3. Ursprung und Urformen der Religion. 4. Die Höherentwicklung der Religion. 5. Anfänge von Sprache und Schrift. 6. Entstehung und Bedeutung der Kunst. Unterstützt werden die Vorträge durch eine Reihe von Lichtbildern. Die Besucher der Bezirksstudie vom Genossen Herre werden besonders auf diese Vortragsreihe hingewiesen, da sich hier Gelegenheit bietet, die erworbenen Kenntnisse zu vertiefen. Es ist zu erwarten, daß der reichlich 300 Personen fassende Hörsaal bis auf den letzten Platz gefüllt wird. Die Teilnehmerkarte kostet 4 M.

Ein unsern Frauen und unserer Jugend nahegelegenes Gebiet behandelt Dr. Solowitsch in seiner Vortragsreihe: Hygiene des Alltags. Dieser Kursus beginnt Dienstag, den 1. März, abends 8 Uhr im Gartencafé des Volkshauses und wird fortgesetzt: Dienstag, den 8., 15., 22. und 29. März. Die Themen der fünf Vorträge lauten: 1. Normalhygiene. 2. Hygienische Vorschriften bei ansteckenden Krankheiten. 3. Geschlechtskrankheiten. 4. Tuberkulose. 5. Vererbung von Krankheiten. Durch Lichtbilder erhalten auch diese Vorträge besonderen Wert. Die Teilnehmerkarte hierzu kostet 3 M.

Die Karten zu diesen zwei Vortragsreihen sind in allen Filialen der Leipziger Volkszeitung zu haben. Arbeitslose erhalten in der Geschäftsstelle des Arbeiterbildungsinstituts gegen Vorlegung ihres Ausweises Freikarten.

Sonnabend, den 26. Februar, abends 8 Uhr, im Hörsaal V der Frauenhochschule, Königsstraße 20: Fortsetzung der Vortragsreihe: Die Entwicklungsgeschichte der Religion. Redner Genossin G. Engelbert Graf. Teilnehmerkarten am Saaleingang noch erhältlich.

Die vom Genossen Herre in den Bezirken begonnenen Kurse über: Die ökonomische Entwicklung, werden in zwei allgemeinen Vorträgen am Montag, dem 7. und Mittwoch, dem 9. März, abends 8 Uhr, im Gesellschaftssaal des Volkshauses fortgeführt und beendet.

Allgemeines Arbeiterbildungsinstitut für Leipzig.

Sport und Börse...

Zwei Tage nach den Preußen-Wahlen.

Es ist Abend.

In einer der belebtesten Straßenecken ruft ein Zeitungsverkäufer die Abendnummer eines kapitalistischen Blattes aus.

Obwohl das Ergebnis der Wahl auf der ersten Seite abgedruckt ist, interessiert sich das Publikum nicht für diese Ziffern.

Die Zeitung wird nicht gekauft.

Man ist gar nicht mehr neugierig, wie die Wahl im einzelnen ausgefallen ist.

Am Montagfrüh oder am Abend vielleicht hat man sich das Resultat der Wahl angesehen. Einen Tag später ist man bereits für andre Dinge interessiert.

Die Politik steht niedrig im Kurse.

Das merkt auch der Verkäufer der Zeitung. Er benutzt die Wahl nicht als Lockmittel, sondern ruft mit seiner schwachen Stimme ab und zu: „Sport und Börse, Sport und Börse!“

Trotzdem finden sich keine Käufer.

Auf und ab wandert der Mann. Immer wieder ertönt seine Stimme: Sport und Börse...

Die Passanten eilen vorüber, ohne auch nur einen Blick auf die Zeitung zu werfen.

Die Politik steht niedrig im Kurse.

Was soll sich auch die Bourgeoisie um sie kümmern. Sie ist im Besitz aller wirtschaftlichen Machtmittel.

Die Arbeiterschaft ist zurückgedrängt; sie bekämpft sich gegenständig. Da hat der Kapitalist freie Bahn. Er kann ungehindert per Profitjagd nachgehen, sich für Spiel, Weib und sonstige freizeitspielerische Sachen interessieren. Er hat es dazu. Aus den Arbeiterknospen wird immer noch viel herausgeholt. Die Proletarier bilden keine geschlossene Macht. Er braucht sie nicht zu fürchten.

Sport und Börse, Sport und Börse... Stundenlang geht der Mann auf und ab. Eine mühselige und wenig einträgliche Arbeit. Doch die Not ist groß. Zu Hause werden die paar Pfennige Verdienst dringend gebraucht. Deshalb... „Sport und Börse, Sport und Börse...“

Draußen aber sitzen im Café reiche Nichtstuer. Sie geben in einer Stunde für Lokereien weit mehr aus, als zahlreichen armen Familien täglich für des Lebens Notdurft zur Verfügung steht. Und sie hören nicht die dünne Stimme: „Sport und Börse, Sport und Börse.“

Die kommunistische Zelle im Stadtparlament.

Erst hat sich niemand um die kommunistische Zelle im Stadtparlament gekümmert. Sie war auch so bescheiden, sagte kein Wort, gab keine Anregung, keine Kritik, weder im Plenum noch in irgendeinem Ausschuss. Die Zelle blieb sich eben treu, denn sie hatte auch als U.S.P.-Mitglied vorgegeben, niemals eine Anregung zu geben oder Kritik zu üben. Im Dezember wußten selbst die kommunistischen Zeitungsschreiber des Leipziger Kommunistenorgans noch nichts von ihrer kommunistischen Zelle, schrieb doch damals, als die kommunistische Zelle ihre erste Lebensäußerung kundgab, der Ableger vom Döllschen Volkshaus: „Eine Stadtverordnete der U.S.P. erklärte grundsätzlich, für die Zusatzsteuer nicht stimmen zu können.“ Der kommunalpolitische Konfirmande, der in der kommunistischen Zeitung krauses Zeug über Kommunalpolitik schreibt, ließ seine kommunistische Zellen im Verborgenen grünen, er erwähnte sie nicht mehr, und das war gut so.

Inzwischen haben aber die Kommunisten doch entdeckt, daß man der kommunistischen Zelle wenigstens Anträge in die Tasche stopfen kann, die sie nachher in der Volksversammlung stellen muß. So war es am Mittwoch, wo Frau Schumann zur Erhöhung der Theater Eintrittspreise den Antrag stellte, der am Tage vorher im Roten Kurier verlangt worden war. Die Unabhängigen haben den Antrag unterstützt, damit er wenigstens mit zur Beratung kommen konnte. Damit müssen sogar die Kommunisten einverstanden sein, aber sie müssen doch auch etwas an der Haltung der Unabhängigen kritisieren, sonst hätten sie ja keine Lebensberechtigung. Deshalb schreibt der kommunalpolitische Konfirmande des Roten Kuriers in seiner Verlegenheit:

Einschränkung des Theaterbetriebs, Entlassung von Personal, Einschränkung des Freikartensystems und Erhöhung der Preise, um den Zuschuß zu verringern, das ist des unabhängigen Fraktionsredners ganze Weisheit. Stadtp. Liebmann (U.S.P.) bekennt sich endlich darauf, daß er zur Vertretung von Arbeiterinteressen im Stadtparlament sitzt und beantragt, den Antrag der Genossin Schumann dem zuständigen Ausschuss zu überweisen, und die Erhöhung der Eintrittspreise nicht auf den 3. Rang des Neuen und Alten Theaters auszudehnen.

Die ganze Weisheit des kommunistischen Antrags ist: Erhöhung der Eintrittspreise für Plätze unter 15 M. um 30 Prozent und über 15 M. um 50 Prozent.

Die Unabhängigen beantragten, wenigstens die niedrigsten Eintrittspreise vollständig von der Preisobergrenze freizulassen, die Kommunisten wollten auch diese um 30 Prozent erhöhen. Der Antrag der Unabhängigen wurde auch angenommen, aber trotzdem tut der Rote Kurier so, als ob der kommunistische Antrag für die Arbeiter glänzender wäre. Das ist eben echt kommunistisch.

Aber nicht nur die Kommunisten, sondern auch die Rechtssozialisten benutzen die kommunistische Zelle. Die Freie Presse schreibt:

Bekümmert war das Auftreten der Kommunistin Frau Schumann, die einen in seinem ersten Teil unmöglichen, in seinem zweiten Teil aber überflüssigen Antrag einbrachte. Zunächst blieb der Antrag ohne Unterstützung. Da packte aber die Unabhängigen die Konkurrenzangst und Herr Liebmann machte laut bei seinen Freunden Propaganda für die Unterstützung und beantragte nachher, den kommunistischen Antrag im gemischten Theaterausschuss ehrenvoll zu bestätigen. So geschah es denn auch. Was so eine kleine Kommunistin nicht alles zuwege bringt.

Die Rechter haben es sich in der Theaterfrage noch leichter gemacht als die Kommunisten, sie haben sich gründlich ausgekostet, womit sie auch das Recht vermischt haben, sich über Anträge lustig zu machen. Die U.S.P. geht auch in der Kommunalpolitik ihren geraden Weg, ohne sich von dem Gefäß von links oder rechts betreten zu lassen.

Erinnerungsblatt zur Lebenswehle 1921.

Das Allgemeine Arbeiterbildungsinstitut für Leipzig hat für die diesjährige Lebens- oder Jugendwehle ein besonderes Erinnerungsblatt herstellen lassen. Das allen Organisationen, die eine solche unserer Weltanschauung entsprechende Feier vorsehen haben, der Beachtung zu empfehlen ist. Die Zeichnung, von einem bekannten Künstler gefertigt, stellt zwei junge Menschenkinder dar, die aus einer engen Felsenklüftung tretend ins weite, sonnenereleuchtete Land schauen. Freudig breitet der Jüngling die Arme aus, vor sich sieht er das Land seiner Zukunft, seiner Träume, während das Mädchen, überrascht und halb befangen, den Blick aufnimmt. Das Blatt wird in zwei Farben gedruckt und gibt treffend den Geist unserer Lebenswehle wider. Am Fuß trägt es die stolzen Worte, das Bekenntnis, das jedem jungen Menschen auf den Weg ins Leben mitgegeben werden sollte:

Wir wollen Främme sein, Welt zu befrein, Wir wollen höchstes Recht, nicht Herrn und Knecht. Wir wollen unser Leben an das Eine geben: Jedem soll ganzes Menschsein werden, auf Erden!

Um dem Blatt sein persönliches Gepräge zu geben, ist weiter aufgedruckt: Zur Erinnerung an die Lebenswehle 1921 überreicht an.....

Alle Organisationen, die dieses Erinnerungsblatt zu ihrer Jugend- oder Lebenswehle verwenden wollen, erhalten es zum Selbstkostenpreis von 2.50 M. pro Stück. Anfragen und Bestellungen sind an das Allgemeine Arbeiterbildungsinstitut für Leipzig, Braustraße 17, zu richten.

Aus den Ratsbeschlüssen.

Die Erhöhung der Theater Eintrittspreise. Die Stadtverordneten haben in ihrer Sitzung vom 23. d. M. der vom Räte beantragten Erhöhung der Theater Eintrittspreise zugestimmt mit der Änderung, daß der 3. Rang im Neuen und Alten Theater von der Preisobergrenze ausgeschlossen bleiben soll. Diesem Änderungsantrag wurde, obwohl nach der Berechnung der Theaterintendant die Freilassung der beiden 3. Ränge von der Preisobergrenze einen Ausfall von rund 120 000 M. zur Folge haben wird, beigetreten, da keine Aussicht besteht, daß die Stadtverordneten ihre Änderungsanträge fallen lassen werden.

Der Vorlage wegen Uebernahme der Mädchenhorte in städtische Verwaltung vom 1. April d. J. ab wurde beigetreten. Einverstandnis wurde damit erklärt, daß die städtische Miet- und Pachtwertsteuer für das Rechnungsjahr 1921/22 in einer Summe am 30. April 1921 erhoben wird.

Ruheordnung. Den Beschlüssen der Stadtverordneten zur neuen Ruheordnung für die städtischen Arbeiter wurde beigetreten.

Genehmigt wurde die Erhöhung der Gebühr für telefonische Bestellung der Droschken und der Bahnhofsdroschkengebühr von 60 Pfg. auf 1 M.

Keine höheren Straßenbahn-Fahrtpreise während der Messe. Mit Rücksicht darauf, daß der während der letzten Messen erhobene Fahrpreiszuschlag von 20 Pfg. für Benutzung der Mehrzweckwagen und von 1 M. für alle Fahrten nach 11 Uhr abends großen Unwillen bei den Messebesuchern hervorgerufen hat, wurde entsprechend dem Beschlusse des gemischten Straßenbahnausschusses beschlossen, die Sonderzuschläge von der kommenden Messe ab aufzuheben. Infolge des Wegfalls vor allem des Nachzuschlags wird es indessen nicht mehr möglich sein, den mit erheblichen Mehrkosten verbundenen Nachtbetrieb der Straßenbahn während der Messe in dem bisherigen Umfang aufrechtzuerhalten. Es wird deshalb künftig der Nachtbetrieb während der Messe um 12 Uhr nachts eingestellt werden.

Sie schwimmen im Gelde.

Die Thüringer Wollgarntspinnerei Aktiengesellschaft in Leipzig hat im letzten Geschäftsjahr trotz hoher Millioneingewinne gemacht, daß sie große Mühe gehabt hat, den Riesengewinn überhaupt unterzubringen. So hat die Verwaltung aus „Erneuerungsgründen“ einen Betrag von 6 000 000 Mark zurückgestellt und zur Stärkung der Reserven einen außerordentlichen Reservefonds von 3 000 000 M. gebildet. Das sind allein neun Millionen Mark Gewinn aus einem Geschäftsjahr, die lediglich „zurückgestellt“ worden sind. Nach Vorwahrnehmung dieser Beträge, sowie nach Berücksichtigung der Unkosten usw. von insgesamt 17 900 285 M. (i. B. 3 675 909 M.), jeiner nach 846 589 M. (123 462 M.) Abschreibungen wird ein Reingewinn von 11 719 835 M. (1 924 236 M.) verteilt. Es sollen 25 Proz. (i. B. 24 Proz.) Dividende und 25 Proz. (12 Proz.) Bonus verteilt, dem Pensions- und Unterhaltungsfonds 1 850 000 M. (0 M.) und dem Fürsorgefonds 1 000 000 M. (0 M.) zugewiesen werden, wonach 2 860 835 M. (79 226 M.) als Vortrag bleiben.

Die Aktiengesellschaft hätte also 100 Prozent Dividende verteilen können, wenn sie ihren Gewinn völlig ausgeschüttet hätte. Die Aktionäre erhalten jetzt 50 Prozent. Da suchen die Steuerbehörden dem Arbeiter jeden Pfennig zu besteuern, und sterben die Kapitalisten Millionengewinne in einem Jahre bergem. Wir haben wohl — Besteuern, aber sie stehen auf dem Papier. Die Kapitalisten setzen alles in Bewegung, um die Entziehung dieser Steuern zu verhindern. Die Verwaltung der Wollgarntspinnerei Aktiengesellschaft erklärt übrigens, das günstige Ergebnis sei wesentlich mit auf die Verarbeitung noch alter billiger einstehender Wollen zurückzuführen. Solche Konjunkturgewinne, die eine direkte Prellung der Verbraucher bedeuten, müßten reiflos weggesteuert werden.

Kriegsopfer, die Augen auf!

Sonntag, den 27. Februar, finden große Protestversammlungen mit Demonstrationen statt. Durch sie wollen die gelamten Kriegsopfer, sowie alle Renteneinfänger und Lungentranken beweisen, daß sie mit den bestehenden Versorgungsangelegenheiten vollständig unzufrieden sind. Bestimmte Führer des Einheitsverbandes waren die Kriegsopfer und rufen ihnen, sich nicht daran zu beteiligen. Sie seien, daß durch eine Demonstration nichts zu erreichen sei. Ja, noch mehr, sie meinen, die Kriegsopfer könnten Ausschreitungen begehen. Damit reißen sich diese Herren Führer die Wäste selbst vom Geißel. Sie erklären sich dadurch einverstanden mit jenen fürzerlischen Reichstagsabgeordneten, die in einer der letzten Sitzungen sagten: „Die Kriegsbeschädigtenorganisationen sind mit dem neuen Versorgungsgebot zufrieden, nur der Internationale Bund laboriert das Geles, indem er es nicht anerkennt.“ Darum Kriegsopfer! Zeigt euren Führern, daß ihr nicht einverstanden seid mit jenem Schandgebot. Beteiligt euch alle an der Demonstration, gleich wo und ob ihr organisiert seid. Zeigt jenen Führern, daß ihr auch ohne sie fähig seid, würdig, ruhig und doch wichtig zu demonstrieren. Hier gilt es nicht um Organisations- und Parteifragen, sondern um euer Leben auf der Straße zu selgen. Jeder Proletarier macht sich mit zum Verräter, der dem Protest fernbleibt.

Der Zentralverband der Arbeits-Unvaliden und Witwen Deutschlands macht hiermit nochmals alle Genossen aufmerksam, sich an dem Sonntag vom Internationalen Bund der Kriegsopfer geplanten Demonstration zu beteiligen. Unterstützt die am 20. Februar im Volkshaus angenommene Resolution nicht nur durch Worte, sondern auch durch die Tat. Das Gland der Kriegsopfer ist auch unser Gland. Deshalb erscheint in Massen. Sonntag, vormittags 10 Uhr, Volkshaus.

Zum Streit zwischen Leipziger Tageblatt und Leipziger Allgemeine Zeitung (früher Dorfanziger) erwähnen wir noch folgende Tatsachen: Das Leipziger Tageblatt erscheint in „erster Morgenausgabe“, „zweiter Morgenausgabe“, „erster Abendausgabe“ und „zweiter Abendausgabe“. Das soll den Anschein erwecken, als ob die Leser immer nur das neueste vom Tage bekommen. In Wirklichkeit werden immer zwei Ausgaben zusammen gedruckt. Die einzige zweifelhafte Beilage erhält einfach die Bezeichnung „zweite Morgenausgabe“. Würde die Zeitung umfangreicher sein, so würde vielleicht eine zweite und dritte Beilage die Bezeichnung dritte bzw. vierte Morgenausgabe bekommen.

Die Leipziger Allgemeine Zeitung nennt sich fortgesetzt „Leipziger zweitgrößte Tages- und Morgenzeitung“. Diese Bezeichnung ist falsch. Von den in Leipzig erscheinenden Tageszeitungen haben zwei, darunter die Leipziger Volkszeitung, eine höhere Abonnentenzahl als die Allgemeine. Diese Zeitung hat auch kaum ein Recht, sich Leipziger Tageszeitung zu nennen. Sie erscheint wohl in Leipzig, wird aber hier fast gar nicht gelesen. Ihre Abonnenten sitzen auf den Dörfern, die nicht mehr zur Umgebung Leipzigs gehören. Sie ist und bleibt, trotz Titeländerung, der Dorfanziger.

Arbeiter-Rückfahrkarten. Am 1. März d. J. treten bei der Reichseisenbahn neue Bestimmungen über Arbeiter-Rückfahrkarten in Kraft. Während solche Karten bisher nur an Personen ausgeben werden durften, die mit mechanischen oder Handarbeiten beschäftigt sind (Arbeiter im engeren Sinne), sind künftig alle gegen Gehalt oder Lohn beschäftigte Personen (also auch Beamte und Angestellte), ferner Beamtenwärter, Lehrlinge und andre zur Berufsausbildung beschäftigte Personen zum Lösen der Arbeiter-Rückfahrkarten berechtigt. Die Arbeiter-Rückfahrkarten sind nicht für Ausflüge usw. bestimmt; sie sollen vielmehr denjenigen Arbeitern, die infolge auswärtiger Beschäftigung die Woche über von ihrem ständigen Wohnort abwesend sind, den Besuch ihrer Familien an den Sonn- und Festtagen erleichtern. Mit den Arbeiter-Rückfahrkarten ist eine beträchtliche Ermäßigung des Fahrpreises verbunden. Die Karten werden aber nur für die vierte Klasse ausgeben, auf Entfernungen von 21 bis in der Regel 100 Kilometer. Sie gelten nur zur Fahrt zwischen dem Wohnort und dem Arbeitssort und zwar zur Fahrt vom Arbeitssort nach dem Wohnort nur am Tage vor einem Sonn- oder Festtag oder an diesen Tagen selbst und zur Fahrt vom Wohnort nach dem Arbeitssort nur am Tage nach einem Sonn- oder Festtag oder an diesem Tage selbst. Die Karten gelten sieben Tage. Wer am Sonnabend oder Sonntag am Arbeitssort eine Arbeiter-Rückfahrkarte löst, muß daher schon am nächsten Montag vom Wohnort zurückfahren, wer aber am Sonntag am Wohnort eine solche Karte entnimmt, kann mit dieser Karte am folgenden Sonnabend vom Arbeitssort zurückfahren; wenn er die Karte am Wohnort erst am Montag gelöst hat, gilt sie zur Rückfahrt am nächsten Sonnabend oder Sonntag, aber nicht an den dazwischenliegenden Tagen. Erhältlich sind die Arbeiter-Rückfahrkarten sowohl am Wohnort als auch am Arbeitssort. Beim Lösen der Karten ist ein Ausweis nach vorgeschriebenem Muster vorzulegen. Der Arbeitgeber hat darin zu bestätigen, daß der Arbeiter bei ihm beschäftigt ist, und die Gemeinde (Ortspolizei-behörde am Wohnort des Arbeiters, das dieser dort ständig wohnt. Es darf immer nur ein Arbeitssort angegeben werden, auch muß der Ausweis vom Arbeiter eigenhändig unterschrieben sein. Vordrucke zu den Ausweisen sind an den Fahrkartenschaltern zum Preise von 10 Pfg. erhältlich. Die bisher vorgeschriebenen gewöhnlichen Ausweise werden am 28. Februar 1921 ungültig.

Elternabend, 28. Volkshaus, Montag, den 28. Februar, abends 7 Uhr im Schulsaal; 1. Jahresbericht des Elternrats, 2. Monatsberichterstattung; Der Winter als Rüstzeit und Arzt (Herr Leuber). — 40. Volkshaus, Sonntagabend, den 28. Februar, abends 7 Uhr, im Saale der ehemaligen Ratskuchenschule; 1. Kinderlieder und Kindertänze, 2. Vortrag: Ein gutes Buch was Kinder ihr Buch! (Lehrer Juleger). Besondere Hinweis auf Bücher zu Konfirmationspredigten. Die gleichzeitig stattfindende Ausstellung neuer Jugendbücher ist auch am 27. Februar von 7-11 Uhr geöffnet.

Anmeldungen zur Jugendweiche. Die Eltern der 1., 2., 3., 4. und 5. Volksschule, die ihre Kinder nicht an der Konfirmation teilnehmen lassen, können die Anmeldungen zur Jugendweiche bei nachstehenden Elternräten bewirken: Frh. Kretschmer, Körnerstraße 61, 1.; Friedr. Arnold, Eidonkenstraße 20, S. 1.; Paul Noh, Teicher Straße 30, S. 1.

Sonderzüge zur Leipziger Messe. Sonderzüge zur Messe gehen Anfang März von Berlin 7.30 vorm. am 3., 12., 8.30 vorm. am 5., 12., von Frankfurt 11.00 vorm. am 3., 5., von Breslau 11.15 vorm. am 4., 5., von Hamburg 10.10 vorm. am 3., 5., und 11., 9.13 vorm. und 12.52 am 5., von München 7.15 vorm. am 3., von Nürnberg 9.50 am 3., von Stuttgart 3.55 nachm. am 4., 5., von Düsseldorf 7.05 am 3. und 8.00 vorm. am 4., von Duisburg 10.10 nachm. am 5., 6.

Das Feldwirtschaftsmuseum ist vom 3. März ab für 14 Tage werktäglich von 10 bis 7 Uhr, Sonntags von 11 bis 7 Uhr geöffnet, um der werktätigen Bevölkerung, die ein großes Interesse an dem Institut hat, Gelegenheit zu geben, es auch an den Nachmittagsstunden zu besuchen.

Deutscher-amerikanische Millionenabstufung über Kupferlieferungen. Wie die Neuporter Vertretung des Leipziger Messamts mitteilt, hat die Kupfer-Ausfuhrergesellschaft in Neuport einen Vertrag mit Deutschland auf Lieferung von Kupfer im Werte von 42 Millionen Dollar abgeschlossen, und zwar zum Preise von 13 Cents für das englische Pfund.

Aus russischer Gefangenschaft nach sechs Jahren aus Sibirien gesund in Südtirol angekommen ist ein Chemiker, der die letzten zwei Jahre als Chef in der Antographischen Abteilung in der Staatsdruckerei beschäftigt war. Er sollte sich noch auf längere Zeit verpflichten, als Staatsbeamter dort zu bleiben. Doch er entfernte sich heimlich. Seine Angehörigen hatten seit drei Jahren kein Schreiben von ihm erhalten. Bei den schlechten Verkehrsverhältnissen in Sibirien kann es noch lange Zeit dauern, ehe die letzten Deutschen in ihre Heimat zurückkommen.

Selbstmorde. In Leipzig haben im Oktober, November und Dezember 1920 61 Personen, 34 Männer und 27 Frauen, Selbstmord verübt.

Achtung, Arbeitslose, Kurzarbeiter! Ab Dienstag, den 1. März, findet Verkauf von Prima Buchenholz, Ofenlauge geschnitten, an Arbeitslose und Kurzarbeiter statt. Als Ausweis dient für Arbeitslose die Stempelfarte, Kurzarbeiter haben sich vom Arbeitsrat einen Ausweis ausstellen zu lassen. Verkauf durchgehend, auch Sonnabends, von 8 bis 3 Uhr. Erwerbsloserrat.

Achtung, Erwerbslose! Es steht uns noch ein Posten Schweinefleisch zur Verfügung. Die Ausgabe erfolgt ab Montag, den 28. Februar, im Schlachthof, Schumann 11. Als Ausweis sind Stempelfarte und Hauspartikarte vorzulegen. Lebige erhalten ein Pfund, Becherlente zwei Pfund. Montag, 28. Februar: A-E; Dienstag, 1. März: F-K; Mittwoch 2. März: L-P; Donnerstag, 3. März: Q-S; Freitag, 4. März: T-V; Sonnabend, 5. März: U-Z. Der Preis wird in den Nachweisen und am Schlachthof bekanntgegeben. Ausgabe von 8 bis 3 Uhr, Sonnabends von 9 bis 12 Uhr. Arbeitsloserrat.

Ausgabe von Bezugsarten an Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebene. Diejenigen Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen, die noch nicht im Besitze einer braunen, blauen, weißen, roten, grünen, gelben oder grauen Bezugsarte des Ortsamtes für Kriegserlöse sind, können sich jetzt noch solche ausstellen lassen. Die Ausstellung der Karten erfolgt Große Fleischerg. 14, II. Stock, Zimmer Nr. 1. Buchstaben A-G am Montag, dem 28. Februar 1921, Buchstaben H-M am Dienstag, dem 1. März 1921 und Buchstaben N-Z Mittwoch, dem 2. März 1921. Mitzubringen ist Rentenbescheid, Hauspartikarte, Wohnungsmeldschein und außerdem eine Verdienstabrechnung vom Monat Januar.

Esperanto-Ausführung eröffnet die Ortsgruppe Leipzig des Deutschen Arbeiter-Esperantobundes Montag bis Freitag kommender Woche in 11 Schulen Leipzigs und Umgegend Näheres siehe Inserat in dieser Zeitung.

Lebensmittellieferanten für Montag, den 28. Februar.

Für Haushaltungen.
Anmeldung. Reis: abzugeben Marken C 4 Sonderlebensmittellieferanten für über 65 Jahre alte Versorgungsberechtigte, Hilfskarte 8 1/3 P Lebensmittellieferanten für Kinder bis zu 2 Jahren, Hilfskarte 8 N 18 8 Lebensmittellieferanten für Schwangere, Stillende usw., Hilfskarte B 1 gelbe Milchkarte für über 2-4 Jahre alte Kinder, Hilfskarte E 1 rote Milchkarte für über 4-6 Jahre alte Kinder.
Nährmittel für Kinder bis zu 2 Jahren: abzugeben M 6, N 6, Z 6 der Lebensmittellieferanten S 1/3.
Nährmittel für Schwangere: abzugeben 8 N 6 der Sonderlebensmittellieferanten für Schwangere, Stillende usw.
Teigwaren: abzugeben Marken 14 R Lebensmittellieferanten Reihe R (250 Gramm).
Ausgabe. Butter: Bekter Tag — bestellt mit Marke Q der Landesfettkarte Reihe A (50 Gramm).
Kohlenarten für Behörden usw. im Kohlenamt Hartorfstraße 3, II. Obergesch., 8-1 Uhr: Buchstabe Scha-Schn.

Allgemeines Arbeiterbildungsinstitut.

Neues Theater. Donnerstag, 17. März, abends 7 Uhr: Carmen. Oper in 4 Akten. Buch nach P. Merimee als gleichnamiger Novelle von F. Meilhac und L. Halévy. Musik von Georges Bizet.
Doppelpläne 19.20 Mk., Einfache Plätze 9.60 Mk., III. Rang (Mitte) 4.20 Mk., III. Rang (Seite) 2.40 Mk.
Altes Theater. Sonntag, 6. März, nachm. 3 Uhr und Sonntag, 27. März, nachm. 2 Uhr: Ysana in 11 Akten. Schauspiel in 5 Akten von Bernard Shaw. Deutsch von Steudrich Trebitsch.
Doppelpläne 5.- Mk., Einfache Plätze 2.50 Mk., III. Rang, 50 Pfa.
Montag, 28. März, nachm. 2 Uhr: Unbestimmt.
Doppelpläne 5.- Mk., Einfache Plätze 2.50 Mk., III. Rang 50 Pfa.
Karten sind nur bei den Gewerkschaften und Ortsvereinen zu haben. Die Theaterkommission.

Veranstaltungen der Sozialistischen Proletariatsjugend Groß-Leipzig.

Mitteilungen der Kreisleitung. Montag, abends 7 Uhr, allgemeine Vorstandssitzung im Volkshaus, Kolonnade. Tagesordnung: 1. Bericht der Kreisleitung, 2. Aussprache, 3. Osteragitation, 4. Verschiedenes. Jede Ortsgruppe muß vollständig vertreten sein.
Heute Sonntagabend, abends 6 Uhr, Kreisleitungssitzung im Bureau. Wichtige Tagesordnung.
Sonntagabend, den 5. März, im Heim der Ortsgruppe Mödern, Fortsetzung des Süßler-Kursus.
Mitteilungen des Kreisassessors. Zeitung Nr. 1 kann abgeholt werden. Sorgf. für baldige Abrechnung.
Mt.-Leipzig. Sonntag: Spaziergang zum Ruchenichsmaus nach Crostwitz. Abmarsch 1/2 Uhr vom Heim. Dienstag: Bezirksversammlung. Freitag: Seltene Vorlesungen. — U. Connemig. Sonntag: Lieberlingsabend, anschließend Abendpastorierung. Dienstag: Besuch der Mitgliederversammlung des Ortsvereins der U.S.D. Donnerstag: Vortrag über Entwicklungsgeschichte in der Natur. 2. Abend. — Böhlly-Chrenberg. Sonntag: Heim-

abend. Donnerstag: Vortrag. — U. Wohro. Sonntag, 1/2 Uhr: Treffen am Helm zum Ruchenichsmaus. Mittwoch: Vortrag über Jugend und Sozialismus. Rel. Frh. Kühn. — U. Entsch. Sonntag: Heimabend. Mittwoch: Vortrag des Genossen Klotz. Freitag: Beginn des Kursus Herr über Entwicklung in der Natur. — U. Großschöcher. Mittwoch: Bezirksversammlung. — U. Kleinig. Mittwoch: Bezirksversammlung im Heim der Ortsgruppe Großschöcher. — Lieberling. Donnerstag: Vortrag des Gen. Ehrhardt über Soziales Wandern. — U. Lindenau. Sonntag: Literarischer Abend. Dienstag: 2. Abend des Kursus Herr über die Entwicklung in der Natur. Donnerstag: Bezirksversammlung. — U. Modau. Sonntag, nachm. 4-6 Uhr: Märchenvorlesung für Kinder von 9 Jahren an. Ab 6 Uhr Heimabend. Mittwoch: Diskussion über den stattgefundenen Vortrag. Genossen und Genossinnen, agitiert für unsere Kindergruppe. — U. Mödern. Sonntag: Nachmittagsspaziergang. Abmarsch 1/2 Uhr. Abends gesellschaftliches Beisammensein. Donnerstag: Fragezeitel-Diskussion. — U. Ost. Sonntag: Heimabend. Mittwoch: Fragezeitel-Diskussion. — U. Paunsdorf. Sonntag: Halbtagspartie. Treffen um 1 Uhr an der Schule. Abmarsch 1/2 Uhr. Mittwoch: Lieberlingsabend. Zutritt nur gegen Mitteilungsblatt. — U. Blagwitz-Schleußig. Sonntag: Heimabend. Mittwoch: Lieberlingsabend. Lieberlicher und frohen Mut mitbringen. — U. Schnefeld. Sonntag: Spielen auf der Tunnelwiese. Donnerstag: Vortrag über: Ein Gang durch die Schiffswerften. — S. S. Sonntag: Tageswanderung nach dem Landberg. Treffpunkt früh 8 Uhr am Bahnhof. Ab 8 Uhr Heimabend. Dienstag: Vorstandssitzung. Mittwoch: Versammlung. — U. Stüteritz. Sonntag: Bunter Abend. Donnerstag: Bezirksmitgliederversammlung in Thonberg. Erscheinen aller ist Pflicht. Wichtige Tagesordnung. — U. Stütz. Sonntag: Besuch des Kursus. Treffen Punkt 7 Uhr am Helm. Sonntag, nachmittags 2 Uhr: Spielen auf der Wiese. Donnerstag: Vortrag. Anfang 7 Uhr. — U. Thonberg. Sonntag: Brudervereinsbesuch nach Grimma. Treffen 1/2 Uhr an der Kirche. Zahlreiches Erscheinen erwünscht. Stimmung und Geld nicht vergessen. Mittwoch: Vortrag über die Entstehung des Buches. Referent Genosse Kern.

Am 18. Februar 1921 fand in Chemnitz die Bezirkskonferenz unserer Organisation statt. Die Tagung verlief überaus interessant und in kommender Woche wird in allen Bezirken der Bericht über diese Konferenz sowie, soweit dieser noch nicht gegeben ist, ein Bericht über die Verhandlungen in Berlin gegeben. Die Bezirksversammlungen finden statt für den Bezirk Zentrum: Dienstag, abends 7 1/2 Uhr, im Heim der Ortsgruppe Mt.-Leipzig. Bezirk Ost: Mittwoch, abends 7 1/2 Uhr, in der Grünen Aue, Bernhardsstraße. Bezirk Süd: Mittwoch, abends 7 1/2 Uhr, im Heim der Ortsgruppe Connemig, Schule in der Profisheider Straße. Bezirk Nordosten: Donnerstag, abends 7 1/2 Uhr, im Heim der Ortsgruppe Schnefeld, Dimpfstraße 16. Bezirk Südosten: Donnerstag, abends 7 1/2 Uhr, im Heim der Ortsgruppe Thonberg. Bezirk Norden: Freitag, abends 7 1/2 Uhr, im Heim der Ortsgruppe Wahren, Schule. Jedes Mitglied muß erscheinen.

Aus der Umgebung.

Bezirksverband Grimma.
In der Woche vom 29. Februar bis 6. März 1921 erhalten Versorgungsberechtigte 20 Gramm Butter für 1.50 Mk. auf den Abschnitt 4 der Butterkarte.

Verteilung von amerikanischem Weizenmehl.
In der Zeit vom 1.-4. März 1921 werden auf Abschnitt 1 (1. März) der vom 14. Februar bis 13. März 1921 gestellten Brotkarte 250 Gramm amerikanisches Weizenmehl zum Preise von 3.30 Mk. ausgegeben.

Die Verkaufsstellen haben spätestens bis zum 8. März d. J. eine Abrechnung über die erfolgte Verteilung mit den eingenommenen Abrechnungen (1. März) und unter gleichzeitiger Angabe der noch vorhandenen Bestände an die Getreidegeschäftsstelle Grimma — Schäfershaus — einzureichen, widrigenfalls eine Zuweisung von Mehl für die nächste Verteilung nicht erfolgen kann.

r. Kämmerer, Gemeinderatsitzung. Die Schul- und Kirchenrechnung für 1919 bis 31. März 1920 wurde vorgelegt. Die Ausgaben für die Schule betragen in dieser Zeit 75.680 Mk., davon entfallen auf Brandis 51.066.29 Mk., Kämmerer 17.022.10 Mk., Rittergut 7.591.61 Mk. Die Ausgaben für die Kirche betragen 12.381.87 Mk., anteiliger Betrag Brandis 8348.07 Mk., Kämmerer 2782.69 Mk., Rittergut 1251.11 Mk. Das Gehalt der Gemeinde Wöhler auf Zurückzahlung von Armenunterstützung wurde nicht anerkannt. Der Übernahme der Krankenschwester auf die Gemeinden mit dem auf die Gemeinde entfallenden anteiligen Betrag wurde zugestimmt, zugleich wurde beschlossen, 200 Mk. zum Ankauf von Wäsche für Kinderbewahranstalten zur Verfügung zu stellen. Zur Abstimmung über den Anschluss an die Stadt Brandis wurde von den Arbeitervertretern erklärt, daß sie aus sozialistischen Gründen für den Anschluss an Brandis stimmen werden, trotzdem bei der Abstimmung die Mehrzahl der Gemeindeglieder allerdings infolge nicht einmündiger Beeinflussung gegen Brandis gestimmt haben. Herr Baumeister Dohler wunderte sich, daß die Arbeitervertreter eine andere Stellung einnehmen und ihre Taktik geändert haben. Ihm wurde von den Arbeitervertretern erwidert, daß sie ihre Taktik von den bürgerlichen Parteien nicht vorzeichnen lassen und daß sie ihre Stellungnahme ändern, sobald es im Interesse der Arbeiterschaft notwendig ist. Bei der Abstimmung wurden 6 Stimmen gegen den Anschluss an Brandis, 4 Stimmen für den Anschluss an Brandis abgegeben. 1 Stimmgelb war unbeschrieben von einem Arbeitervertreter irtümlicherweise abgegeben worden. Dieser erklärte jedoch, daß es ein Versehen seinerseits ist und er für Anschluss an Brandis eintritt. Nach der Abstimmung erklärten die Arbeitervertreter, wenn auch der Anschluss abgelehnt ist, sie ununterbrochen in Wort und Schrift für den Anschluss nach Brandis arbeiten werden.

4. Beschl. Aus dem Gemeinderat. Gegen das Baugesuch S. werden keine Bedenken erhoben. Die Amtshauptmannschaft Grimma zitiert an, jetzt von der Einführung der Grundwertsteuer abzusehen, da die Regelung auf landesgesetzlichem Wege in Aussicht steht. Es wird einstimmig beschlossen, auf der Einführung zu bestehen und die Behörde dementsprechend zu benachrichtigen. Das Baumaterial zum Wegebau soll aus den hiesigen Betrieben bezogen werden. Die Regenabflüsse werden sofort vorgenommen und nach Möglichkeit Arbeitslose damit beschäftigt. Die Kartoffelversorgung verläuft fast ganz, nach vielen Bemühungen ist es gelungen, 70-80 Zentner zu erlangen. Die Amtshauptmannschaft Grimma erklärt immer wieder, die Kartoffeln seien „frei“, obwohl diese im Herbst den Gemeinden den Ankauf von Kartoffeln untersagt hatte, sie möchte sich von der Schuld der vollständig verfehlten Maßnahmen befreien. Selbstverständlich tragen auch die Erzeuger durch ihre Hartnäckigkeit einen Teil Schuld. Die Leidtragenden sind die Verbraucher. — Die Vorarbeiten zur Erhebung der Grundwertsteuer werden dem Finanz- und dem Bauausschuß übertragen. Der Schulvorstand ersuchte um Vornahme einer Regelung wegen des dauernden Fortbleibens des Herrn W., der vom Gemeinderat in den Schulvorstand gewählt war, aus den Schulvorstandssitzungen. Herr W. erklärte, in Zukunft wieder in „Tätigkeit“ treten zu wollen. Eine Rückübernahme wäre konsequenter gewesen, als sich mit dieser kläffenden Erklärung zufriedenzugeben. Die Bedienung der Wasserempfanstung ist bei Abwesenheit des Wassermeisters recht zweifelhaft. Wie im Vorjahr, so verläuft auch jetzt die Wasserversorgung wieder. Obwohl der Stellvertreter erklärt, er könne nicht, so ist er doch zu einer weiteren Stellvertretung ausersehen. Wäre es nicht besser gewesen, auf die Suche nach einer geeigneten Kraft zu gehen? Der Allgemeinheit wäre das dienstlicher gewesen. Für die Beibehaltung des zweifelhaften Zustandes gebührt der Gemeindevorwaltung alles andre als Anerkennung. Es folgt eine vertrauliche Sitzung.

em. Haunhol. Stadtgemeinderatsitzung. Der Wunsch des Gemeinderats Borsdorf um Unterfertigung einer Eingabe wegen Beseitigung des Frühjahrsverkehrs mit Leipzig, wurde unterstützt und der Anschluß beschlossen. Der Beitritt zum Verkehrsverein Groß-Leipzig (Interessengemeinschaft der Leipziger Vororte) wurde beschlossen. Zum Gehalt der Gemeinde Lindhardt um Unterfertigung einer Eingabe für Fernhaltung der Lungenheilstätte wurde beschlossen, im Einvernehmen mit der Gemeinde Lindhardt Einspruch gegen die Eröffnung eines Siedehelms für Lungenkranke in Lindhardt zu erheben, andernfalls soll eine Eingabe an das Ministerium erfolgen. Gegen zwei Stimmen wurde der Beitritt zur öffentlichen Lebensversicherungsanstalt der Sparfassen im Freistaat Sachsen beschlossen. Der Bestellung von 100 Ztr. ungarischer Kartoffeln zum Preise von 31 Mk. frei Station Grimma wurde zugestimmt. Die Kartoffeln sollen zum Preise von 30 Mk. pro Zentner abgegeben werden. Es soll aber sofort an den Bezirksverband ein Gesuch eingereicht werden, daß dieser die nach zu liegenden verbilligten Kartoffeln — zu 20 Mk. pro Zentner — der Stadt nachliefern. Die dadurch gewonnene Summe soll den Abnehmern der Kartoffeln zugute kommen. Von einer Eingabe der Erwerbslosen Haunhofs über Entlassung auswärtiger Arbeiter bei den Notstandshäusern, Einstellung heiliger Arbeiter und Durchführung der Bestimmung über die Beschäftigung des Arbeitsnachweises bei freizubehaltenden Arbeitsstellen wird Kenntnis genommen. Stadtrat Thiemann gab Bericht von der Mitteilung des Arbeitsnachweises an sämtliche Gewerkschaften Haunhofs, weiter streifte er die Bestimmungen über Entlassung und Einstellung der Arbeiter. Es soll alles getan werden, um die heilsten Erwerbslosen bei den Notstandshäusern zu beschäftigen. Die Beschlüsse des Rechnungs- und Verfassungsausschusses vom 3. d. M. Nr. 1 bis 4 werden genehmigt. Nach umfassender Aussprache wird zu Punkt 5 des Ausschusses einstimmig beschlossen, die Wohnungsvergütungsteuer nach dem vorliegenden Entwurf mit dem vom Vorsitzenden vorgeschlagenen Zusatz in § 9, Absatz 1, einzuführen. Die Beschlüsse des Verfassungsausschusses vom 2. d. M. wurden genehmigt. Zu Punkt 8 des Ausschusses wird beschlossen, das Ortsgesetz über die Grundstücksentwässerung dahin abzuändern, daß Entwässerung innerhalb der Gebäude gefordert werden sollen, soweit die Rohrleitung die Umfassungen und Scheidewände verläßt. Abweisung der künftigen Verteilung des Brennholzes durch die hiesige Ostföhlenstelle. Der Stadtgemeinderat beschließt einstimmig, für die Zukunft die Verteilung des Brennholzes nicht mehr vorzunehmen. Hierauf fand nicht-öffentliche Sitzung statt.

an. Böhlly. Aus dem Gemeinderat. Zur Beratung stand der Haushaltsplan für das Jahr 1921/22. Dieser ergibt folgenden Gemeindefiskus: Bedarf 79.500 Mk., Deckungsmittel: a) aus Gemeindegeldern 6700 Mk., b) aus Staatsmitteln 42.000 Mk., dann noch der Bedarf der Schulklasse in vorausschätzlicher Höhe von 15.000 Mk., so daß ein Fehlbetrag von 45.800 Mk. verbleibt. Derselbe muß durch Grundsteuer aufgebracht werden, deren Höhe später festgestellt wird. — Durch die Verlegung des Haushaltungsbüros bis 31. März macht sich ein Nachtrag zur Hundesteuerordnung notwendig. Dazu wird beschlossen, für die Zeit vom 1. 1. bis 31. 3. 1921 zu erheben, so daß der gezeichnete Betrag für einen Hund pro Jahr 6 Mk. beträgt. — Die Einführung eines Regulatoriums für die Erhebung einer Plakalsteuer wird abgelehnt. — Das Ortsgesetz, welches die Tagelöhner und Reisefloster der Gemeindegeldern und Gemeinderatsmitglieder regelt, wird dahin abgeändert, daß dieselben bei Tagelöhner nach Leipzig 10 Mk., bei halben Tagen 6 Mk., außerdem die Bahnfahrt und der Lohnausfall als Entschädigung gezahlt werden soll. — Die Gehaltsregelung des Gemeindevorstandes und der Schulleute wird nach ihren Wünschen geregelt. — Zur Schätzung von Grundstücken bei eventuellem Verkauf wird ein Ausschuss gewählt. — Einer weiteren Zahlung von Grundsteuer in Höhe von 822.28 Mk. stimmt man zu. — Dem Verkauf des Ratlichen Grundstücks soll nun dann zugestimmt werden, wenn die Restkaufsumme von mindestens 5000 Mk. für deren am Orte befindliche blinde Tochter sichergestellt wird. — Nach dem Gutachten des Bauamtspräsidenten der Amtshauptmannschaft ist das Wohnhaus der Bauherrn Erben in einem solchen baulichen Zustand, daß eine Gefahr für die öffentliche Sicherheit besteht. Es soll sofort der Abbruch beantragt werden. Außerdem soll das Verkaufrecht für die dazu gehörigen Feldgrundstücke beantragt werden. — Von dem abziehenden Bescheid der Amtshauptmannschaft, die Ausstellung der Kohlenzettel in hiesiger Gemeinde betr. nimmt man Kenntnis und beschließt, Beschwerden bei der Kreis-hauptmannschaft einzulegen. Abgelehnt wird die vorgelagerte Rechnung der Ostföhlenstelle Böhlly-Ehrenberg. — Der Verkaufspreis für den Kubikmeter Sand aus der Gemeindegube wird auf 8 Mk. festgesetzt. — Die Vergebung der Gemeindefuhrten soll öffentlich geschehen.

Sächsische Angelegenheiten.

Aus dem Landtage.

Das Steuerrecht der Kirchengemeinden.

Der einzige Beratungsgegenstand behandelte der Landtag gestern eine Regierungsvorlage über das Kirchensteuerrecht. Obwohl in der Beratung des Reiches der Grundgedanke der Trennung von Kirche und Staat ausgesprochen ist, bezieht sich die unter dem überragenden Einfluß des Zentrums stehende Reichsregierung keineswegs, das Verhältnis zwischen Kirche und Staat endgültig zu regeln. Im Gegenteil. Man scheint in Berlin die Absicht zu haben, den Staat noch recht lange als milde Hand für die Kirche gelten lassen zu wollen, trotz aller Drängens der Einzelstaaten, die ein sehr starkes Interesse an der Beseitigung dieses Zustandes haben. Die Länder können sich deshalb vorläufig nur dadurch helfen, daß sie die bisherigen Rechte der Kirche einschränken, soweit es im Interesse der Reichsversammlung möglich ist.

Unter diesem Gesichtswinkel betrachtet, bedeutet die Regierungsvorlage immerhin einen Fortschritt, da sie einmal die Kirchengemeinden auf die Zuschläge zur Einkommens- und Zufahrtsteuer beschränkt, zum andern die Lasten für die Kirche ausschließlich denen auferlegt, die glauben, ohne kirchliche Institutionen nicht auskommen zu können, und das Gesamtschuldverhältnis der Ehegatten aufhebt.

Es versteht sich, daß diese Regelung bei den Vertretern der bürgerlichen Parteien keine Freude auslöst. Aber merkwürdiger müht es doch an, wenn ein Vertreter dieser Kreise, die bisher die Kirche stets zu politischen Zwecken mißbraucht haben, der Antikem vorwirft, daß für ihre Haltung nur politische Motive maßgebend seien, und vom Staate fordert, daß er die Kirche auch in Zukunft großzügig abfinde. Die Kirche war bisher nur in einem wirklich großzügigen Maße in der Ausplünderung der Volksmassen. Um so mehr Interesse hat die Allgemeinheit daran, daß der Staat bei der kommenden vermögensrechtlichen Auseinandersetzung der Kirche einen möglichst großen Teil dessen wieder abnimmt, was sie im vergangenen Jahrhundert unter äußerst bedenklichen Umständen zusammengegriffen hat.

Im Rechtsausschuß, dem die Vorlage zugewiesen wurde, wird darauf zu achten sein, daß die Verschlechterungsabsichten der Rechte energig und gründlich abgewiesen werden.

Amnestieantrag.

Der Rechtsausschuß des Landtages hat folgenden, von den Vertretern der USP. gestellten Antrag angenommen:
A. Die Regierung ist zu ersuchen, unverzüglich ein Amnestiegesetz vorzulegen,
1. das Strafrechtliche Personen gewährt, die bis zum 31. Dezember 1920 Hochverrat gegen den Freistaat Sachsen oder Verbrechen oder Vergehen in Beziehung auf die Ausübung staatsbürgerlicher Rechte begangen haben;

2. das Strafrecht für Handlungen gewährt, die bis zum gleichen Zeitpunkt im Zusammenhang mit solchen Straftaten oder mit den Kapp-Unruhen, oder mit den Unruhen unter dem Belagerungszustand im April 1919 oder mit den Unruhen in Chemnitz im August 1919, oder mit dem am 9. November 1919 zur Erzielung von Arbeitsruhe veranstalteten Demonstrationen begangen worden sind;

3. auf Grund dessen die von sächsischen Gerichten rechtskräftig erkannten Strafen, einschliesslich der Nebenstrafen, soweit Strafrecht gewährt wird, erlassen, und die bei sächsischen Behörden anhängigen oder noch anhängig werdenden Strafverfahren niedergeschlagen werden;

4. wonach die Vermerke über die erlassenen Strafen im Strafregister zu löschen sind.

B. Die Regierung ist zu ersuchen, bei Einzelbegnadigungen besonders die Delikte zu berücksichtigen, die unter dem Druck wirtschaftlicher Verhältnisse und gewerkschaftlicher Kämpfe zur Vornahme der Tat begangen worden sind.

Die bürgerlichen Parteien sprachen sich gegen jede Amnestie aus und verlangten, die Annahme mit allen Mitteln zu verhindern. Am kommenden Donnerstag wird die Angelegenheit im Plenum des Landtages erledigt. Da der geforderte Gesetzentwurf bereits im Justizministerium vorbereitet ist, kann damit gerechnet und muß nachdrücklich gefordert werden, daß die Amnestierung alsbald erfolgt.

Um die Leitung der höheren Schulen.

Der Vorstand des Bundes entschiedener Schulreformer wird uns geschrieben:

Bei einem Besuche, den der sächsische Kultusminister Fleißner am 8. Februar d. J. den beiden höheren Schulen Freibergs abstatte, führte er eine Aussprache des Lehrerkollegiums des Gymnasiums über die grundsätzliche Bedeutung der Schulleitungsfrage der höheren Schulen herbei. Dabei wurden von den entschiedenen Schulreformern des Gymnasiums vor allem folgende Gesichtspunkte in den Vordergrund gestellt: Das jetzige Verfahren der Besetzung erledigter Restorate wesentlich durch das Ministerium dazu die unbefristete Amtsdauer des Schulleiters usw. ist pädagogisch wie staatspolitisch schwer ansehbar. Während die Schulleitung der Volksschule gesetzlich bereits im Sinne des Volkstaates geregelt ist, machen sich in der Organisation der höheren Schulen allerhand Mängel der Oberrichtsstaates bemerkbar, die den in der Verfassung festgelegten Grundgedanken widersprechen. Dieser Sachverhalt und die Notwendigkeit der Erziehung der heranwachsenden Jugend gerade in den höheren Schulen zu vollwertigen Gliedern und Führern im Volkstaate fordert dringlich die Beseitigung dieser Mängel.

Diese Forderungen der entschiedenen Schulreformer bleiben innerhalb des Kollegiums naturgemäß nicht ohne starken Widerstand. Ferner betonte der mitanwesende Dezentrat, Gehilfenrat Hiesing, daß er die Schulleitungsfrage der höheren Schulen ganz anders beurteilt wissen wollte als diejenige der Volksschule. Der Minister dagegen stellte sich freundlich zu den Ausführungen der entschiedenen Schulreformer, wies aber darauf hin, daß es zur Durchführung solcher Ideen gewisser gesetzlicher Änderungen bedürfe.

Der Vorstand des Bundes entschiedener Schulreformer Sachsens hat auf Grund dieser Erörterungen dem Kultusministerium eine Einnabe überreicht mit der Bitte, die Schulleitung der höheren Schulen bis zum Erlaß eines entsprechenden Gesetzes etwa in dem Sinne vorläufig verordnungsmäßig zu regeln, daß künftig normalerweise der Schulleiter vom Lehrerkollegium mit befristeter Amtsdauer gewählt wird, daß aber auf besonderen Wunsch eines Lehrerkollegiums bis zur gesetzlichen Neuordnung auch nach der bisherigen Weise verfahren werden kann.

Neue Regierungsvorlagen in Sachsen.

Das sächsische Gesamtministerium hat in seiner letzten Sitzung beschlossene, folgende Gesetzentwürfe dem Landtag vorzulegen: 1. den Entwurf eines Staatsbankgesetzes; 2. den Entwurf eines Gesetzes über die Aufhebung der Schlachtsteuer sowie der Uebergangsabgabe von Zollvereinsländischem Fleischwerk und der Verbrauchsabgabe von Zollvereinsausländischem Fleischwerk; 3. den Entwurf eines Gesetzes über die Aufhebung der Anweisung an die Polizeibehörden zur Bekämpfung der Kontubinate; 4. den Entwurf eines Gesetzes zum Schutz des Manufakturens.

Der Niezenjehder Kojenthal in Untersuchungshaft.

Berlin. Der Dresdener Hofrat Kojenthal, der sich seit einiger Zeit in einem Berliner Sanatorium aufhielt, ist gestern nach Dresden in Untersuchungshaft gebracht worden.

Bevorstehende Milchpreiserhöhung?

Die Stadtkoronetten in Dresden hatten sich mit einem Dringlichkeitsantrage zu beschäftigen, der den Rat ersuchte sofort bei der Landesregierung dahin zu wirken, daß die geplante Erhöhung des Milchpreises um 80 bis 85 Pfg. pro Liter und die weitere Erhöhung der Preise für Butter, Quark und Käse nicht durchgeführt wird, daß die Großstädte besser mit Frischmilch beliefert, daß das Milch-Ablieferungsgeld der Landwirte nachgerückt und daß ferner scharfe Maßnahmen ergriffen werden, um den Milchhandel mit Milch und Butter zu unterbinden. Wie der Autographeller Genosse Köch mitteilte, wird schon in diesen Tagen über die Frage der Milchpreiserhöhung im Ministerium des Innern entschieden werden. Die Interessenten wollen sich mit einer Prozentsatz-Preiserhöhung noch nicht einmal zufrieden geben, sondern fordern 100 Prozent Aufschlag.

In der Debatte kam allgemein zum Ausdruck, daß gerade jetzt, wo für verschiedene Lebensmittel die Preise zu sinken beginnen, auch der Landwirt sich damit abfinden müsse, daß er keine Preise nicht weiter erhöhen darf. Nicht durch eine Preiserhöhung, sondern durch eine schärfere Erfassung ließen sich die Zulieferer in die Großstädte vermindern.

Der Antrag fand einstimmige Annahme.

Dresden. Der Gemeinderat von Chemnitz hat jetzt die Eingemeindung nach Dresden genehmigt. — Die Gemeinderäte von Cossebaude, Wohlitz und Oberwartha haben ebenfalls beschlossen, über eine Vereinigung dieser drei Gemeinden in Verhandlungen zu treten.

Chemnitz. Die letzten russischen Kriegsgefangenen aus dem Lager Ebersdorf bei Chemnitz sind am Freitag abtransportiert worden. Die Gefangenen, 200 Mann, marschierten zu Fuß nach dem Chemnitzer Hauptbahnhof. In dem Zuge wurden rote Fahnen mitgeführt. Die Abfahrt vom Hauptbahnhof erfolgte mit dem fahrplanmäßigen Personenzug über Riesa. Im Lager Ebersdorf befinden sich nun nur noch etwa 150 bis 200 Russen, die auf eigenen Wunsch in Deutschland bleiben wollen. Sie kommen deshalb am 28. Februar zunächst nach dem Lager Neuhammer in Schlesien.

Mittweida. Die 23jährige Tochter des Maurerehepaars Prabant in Mittweida wurde tot in ihrem Schlafzimmer aufgefunden. Jetzt ist der Vater und die Stiefmutter des Mädchens unter dem Verdacht des Mordes verhaftet worden.

Sachsen-Erfurt. Die erste Sitzung der neu gewählten Stadtkoronetten gestaltete sich bereits recht kürzisch. Das Stadtparlament zählt 12 Vertreter vom Bürgerbund, denen 6 Kommunisten und 6 Mehrheitsler gegenüberstehen. Bei der Wahl der Vorsitzenden gaben die Mehrheitsler unbeschriebene Stimmzettel ab, was den Jörn der Kommunisten erregte, da sie mit Hilfe der Mehrheitsler auf den Posten des 1. Vorsitzenden rekrutierten. Gewählt wurde als 1. Vorsitzender Fabrikbesitzer Fritz Reinhard vom Bürgerbund und als 2. Vorsitzender Expedient Emil Riebel (Kommunist). Es kam bereits zu einem scharfen Zusammenstoß zwischen Kommunisten und Mehrheitslern.

Annaberg. Ein schweres Vobseignungslid ereignete sich am Ende der Pöhlberg-Kobelsbahn bei Annaberg. Ein mit 6 Personen besetzter Vobseignungswagen nach Müritzenam vom Berge abgefahren und hatte die stark vereiste Fahrstraße benutzt. Die ganze Fahrt ging in rasendem Tempo von statten. Gegen Ende der Bahn fuhr der schwere Rennschlitten gegen einen Baum. Von sechs Mitfahrern wurden zwei Mädchen und ein junger Mann sehr schwer verletzt.

Sächsischer Landtag.

28. Sitzung.

Freitag, 25. Februar 1921.

Zur Beratung kommt die Vorlage über das Steuerrecht der öffentlich-rechtlichen Religionsgesellschaften. Kultusminister Fleißner bemerkt bei Begründung der Vorlage, daß sie einen kleinen Schritt auf dem Wege der Trennung von Kirche und Staat bedeute. Leider könnten die entscheidenden Maßnahmen noch immer nicht vorgeschlagen werden, weil die Grundzüge des Reiches noch nicht vorliegen. Es sei von Sachsen aus in Berlin wiederholt dringend gemacht worden. In der Vorlage komme der Grundgedanke zum Ausdruck, daß der Kirche auf einem ganz bestimmten Gebiet, nämlich dem des Steuerwesens, das Selbstverwaltungs- und Selbstbestimmungsrecht einzuräumen ist. Natürlich müsse dem Staat ein gewisses Aufsichtsrecht geblieben werden. Die Kirche habe gewollt, daß die alten Verhältnisse weiter bestehen sollten; daß sie also nicht nur das Einkommen ihrer Mitglieder besteuern könne, sondern auch Zuschläge zur Grundsteuer und zur Körperschaftsteuer erheben dürfe. Dies müsse die Regierung aber ablehnen. Nur diejenigen

solten besteuert werden, die Mitglieder der Religionsgesellschaften sind und ein mittelbares oder unmittelbares Interesse an den Einrichtungen der Kirche hätten. Mit der Einkommensteuer bliebe den Religionsgesellschaften noch ein weiterer Spielraum, um sich das zu verschaffen, was sie bräuchten.

Abg. Gäßner (Soz.): Wir sehen bekanntlich auf dem Standpunkt, daß die Kirche die von ihr benötigten Mittel selbst aufzubringen habe. Die Vorlage wird auch dazu beitragen, daß die noch schwankenden erkennen, daß sie einen scharfen Trennungsstrich zwischen sich und der Kirche ziehen müssen. Unfairheit besteht aber noch darüber, wer die Einschätzung vorzunehmen hat. Nach unsrer Ansicht darf man nicht die bürgerlichen Gemeinden damit belasten, sondern daß es sich um eine Sache der Religionsgesellschaften handelt.

Abg. Schreiber (Dnl. Rp.) erklärt, daß seine Freunde von der Vorlage nicht befriedigt seien. Wenn man die Kirche zum Selbstverwaltungskörper ausgestalten wolle, dann müsse man sie auch auf eine finanziell sichere Grundlage stellen. Das gelte aber durch die Vorlage nicht. Man nähme der Kirche einen Teil ihrer Rechte, die noch heute in der Verfassung anerkannt seien. Der Entwurf widerspreche dem Geiste der Verfassung. Zweck des Gesetzes sei, die kirchlich gestifteten Kreise der Bevölkerung zu veranlassen, der Kirche den Rücken zu kehren.

Abg. Drechsler (D. Rp.) hat an dem Gesetzentwurf auch vieles anzuführen. Vor allem sollte die Kirche das Recht haben, Zuschläge zur Grundsteuer, zur Grunderwerbsteuer und zur Körperschaftsteuer zu erheben.

Abg. Müller-Leipzig (USP.): Was von der Gegenseite beantragt worden ist, wird von uns gerade bestritten. Wir sind Gegner des bisherigen Verhältnisses zwischen Kirche und Staat und sind auch grundsätzlich dagegen, daß der Staat den Steuerhütel für die Kirche machen soll, der nur noch ein Teil der Staatsbürger angehört. Andererseits erkennen wir an, daß der Regierung auf Grund der religionsgesetzlichen Bestimmungen nichts anderes übrig bleibe, als diese Regelung vorzuschlagen. Daraus ergibt sich unsere Stellung zu der Vorlage. Wir begrüßen besonders, daß in § 2 das Steuerrecht der Religionsgesellschaften beschränkt ist. Die Steuerquellen des Staates dürfen durch Sondersteuern der Kirche nicht geschwächt werden. Wir werden im Ausschuss versuchen, noch Verbesserungen in unserer Sinne in die Vorlage einarbeiten zu lassen.

Abg. Franz (Komm.): Der Abg. Schreiber habe erklärt, die Kirche hänge finanziell in der Luft. Das ist, was wir wünschen. (Heiterkeit.) Man sollte den gesamten Grundbesitz der Kirche enteignen.

Abg. Wehrmann (Dem.): Mit dem Wegfall der kirchlichen Zuschläge zur Grundsteuer seien keine Freunde nicht einverstanden.

Abg. Hejstern (Zentr.) schließt sich dem Wunsche nach einer sachlichen Behandlung der Materie an und hält es für ganz selbstverständlich, daß die Religionsgesellschaften zur Abwehr der Kirchenaustrittsbewegung große Summen aufwenden.

Die Vorlage geht an den Rechtsausschuss. Nächste Sitzung: Dienstag, 1. Mr. Gesetzentwurf über die Besteuerung des Mindesteinkommens und kleinere Vorlagen.

Briefkasten der Redaktion.

J. S. G. 1. Leipzig kommt als Unterwohnungswohnung nicht in Frage, wohl aber Froburg. 2. Einen Rechtsanwalt können wir nicht nachweisen. Sie müssen in Leipzig klagen.

L. G. G. Rufen Sie die Gemeindebehörde an. Die muß in der Angelegenheit etwas tun. Einen neuen Ofen muß selbstverständlich die Hauswirtin setzen lassen.

W. B. 17. Die Verpflichtung zur Zahlung der Restprämie bleibt bestehen. Es handelt sich eben um einen Vertrag, der nicht einseitig gelöst werden kann. Geben Sie die Versicherung auf, so kann die Gesellschaft Ansprüche geltend machen. Ob sie es tun wird, können wir nicht wissen. — 1 Mr. Parteikasse.

S. G. 740. Weigern Sie sich, mehr Miete zu zahlen. Der Hauswirt ist gar nicht berechtigt, ohne Zustimmung des Mieteinnehmers die Miete zu erhöhen. Er muß daher dieses Amt anrufen. — 40 Pfg. Parteikasse.

P. S. Ihre Anfrage ist in Nr. 42 beantwortet. Lesen Sie die Zeitung.

S. 3. Hier sind auch Ausnahmen zulässig. Wenden Sie sich an den Denobilisationskommissar bei der Kreisauptmannschaft. — 1 Mr. Parteikasse.

H. A. 25. Sie müssen Ihre Anfrage an das Patentamt richten.

M. M. 12. 1. Ja. 2. Ja. 3. Ja, da es sich um rückständige Steuern handelt. — 1 Mr. Parteikasse.

Impfung. Es müßte doch zuerst festgestellt werden, ob die Impfung wirklich schuld daran ist.

WIRD

Eingetroffen!

Waggon Haushaltwaren

fabelhaft billig!

Echt Porzellan	Steingut	Glaswaren	Emaillewaren
<p>Echt Porzellan mit kleinen Fehlern</p> <p>Teller hoch, 15-16 cm 175</p> <p>Teller hoch, 17-18 cm 195</p> <p>Tassen mit Untertassen 175</p> <p>Obertassen hoch und hoch 95</p> <p>Restaurationsstassen in Untertassen 325</p> <p>Restaurationsstassen Obertassen, weiß 225</p> <p>Kaffeekannen für 6 und 12 Personen 975</p> <p>Portions-Kaffeekannen 395</p> <p>Milchgießer 80</p> <p>Zuckerdojen mit Deckel 225</p> <p>Schokoladendosen mit Deckel 675</p>	<p>Steingut</p> <p>Ehteller tief und hoch 195</p> <p>Ehteller tief und hoch, Holzbelegter 205</p> <p>Abendbrotsteller hoch, Holzbelegter 275</p> <p>Satz Schüsseln 1450</p> <p>Washgarnituren 5800</p> <p>Washbecken 2450</p> <p>Wasserkrüge 1950</p> <p>Washbecken weiß, Glasrand 975</p> <p>Nachtgeschirre 745</p> <p>Seifenschalen 145</p>	<p>Glaswaren</p> <p>Kompottschalen rund, Prehgias 245</p> <p>Kompottsteller Prehgias 125</p> <p>Weinrömer auf Boden, grüner Sub 675</p> <p>Rotweingläser 575</p> <p>Weingläser mit gravierten Wörtern 750</p> <p>Weingläser 495</p> <p>Likörgläser 185</p> <p>Wasserbecher 125</p> <p>Lee- u. Sektbecher mit Bach, Glas 275</p> <p>Wasserschale mit Glas, gebaute Form 875</p>	<p>Emaillewaren mit kleinen Fehlern</p> <p>Maschinentöpfe 425</p> <p>Maschinentöpfe mit Schmutz 450</p> <p>Wasserkessel 1350</p> <p>Schöpflöffel 305 295</p> <p>Schaumlöffel 675</p> <p>Kaffeekannen 675</p> <p>Kaffeestassen 675</p> <p>Menag.-Essenträger 1950</p> <p>Ehträger 950</p> <p>Schüsseln 295</p> <p>Schüsseln 525</p> <p>Teigschüsseln 2450</p> <p>Wasserkrüge 1075</p>
<p>Kaffeefervice 3450</p> <p>Frühstückservice 1450</p> <p>Kuchenteller mit Gefäßen 575</p> <p>Kinderbecher mit Aufsatz 95</p> <p>Marmeladendosen mit Deckel 545</p> <p>Küchegarnituren 19500</p>	<p>Verchiedenes</p> <p>Alum.-Schlüssel u. Gabel 95</p> <p>Alum.-Kaffeelöffel 55</p> <p>Alum.-Tischmesser 875</p> <p>Tischmesser 395</p> <p>Alum.-Tischbestecke 1075</p>	<p>Alum.-Fleischtopfe 6450</p> <p>Alum.-Maschinentöpfe 12000</p> <p>Diege-Badewannen 19500</p> <p>Eimer 1675</p> <p>Scheuerbürsten 195</p>	<p>Eimer 1450</p> <p>Washbecken 1075</p> <p>Nachtgeschirre 775</p> <p>Toilette-Eimer 2450</p> <p>Washgarnituren 2450</p>

Reine Kernseife 390

Verkauf im großen Pichthof und 2. Stod.

Das Seuchenlazarett.

Aus dem Manuskript des Romans Das Opfer. Von Albert Daudistel.

(Schluß.)

Die Nacht hindurch hatte der Regen auf dem Dach der Baracke IV stürmische Weibel getrimmelt. Erst die Morgen dämmerung brachte den Fieberschlappen die ersuchte Ruhe. Heinrich teilte die winzige Portion Morgensuppe aus. Im Schlaf war alle Hier und Qual geschwunden. Die Barackentür öffnete sich. "Militärgefangener Hölzel!" "Jawohl, Herr Feldwebel!" "Sie heilen sofort den Badesofen, aber sofort! Wenn das Bad fertig ist, machen Sie Meldung!" "Herr Feldwebel, es sind keine Kohlen da!" "Was! — Die haben Sie wohl alle für die Zugänge verpulvert!" "Nein, Herr Feldwebel, Zugänge baden nicht!" "Halten Sie's Maul, Sie dreißiger Militärgefangener! — Sie bekommen Kohlen von der Küche und dann machen Sie mit schleunigst das Bad!" Der Lazarettfeldwebel hatte sich wieder entfernt. Unter den Decken begann ein Räuspern. Und hastig griffen Hände nach den Schüsseln.

Der Badesofen brannte. Heinrich stand wieder am großen Tisch und rührte einen Eimer voll Boluspulver an. Dann stellte er auf die Stühle zwischen den Betten für jeden Patienten ein Glas mit dem Brei. Schmahen. Hohe Augen stieren verängstigt nach dem Eimer. "Nichts mehr drin, Kameraden!" "Damit sich die Hungerigen selbst überzeugen konnten, hob Heinrich den Eimer hoch und kühlte ihn um. Und ging aus der Baracke, um das Feuer im Badesofen zu löschen. Er hörte Strolchen und Schimpfen einiger Kranken: "Wenn Du mir nichts abgibst, melde ich, daß der tot ist!" "Wir teilen! — Hier! — Laß nichts verlaufen!" "Morgen aber muß er weg, der stinkt ja schon!" "Stinken?? — Haha — Berrückt — Bleibt liegen!" Heinrich tritt ein. Vollständige Ruhe.

Die Stunde des ärztlichen Rundgangs kam näher. Heinrich war fertig mit dem Auslegen der Baracke. Jetzt sammelte er in Eile die Eimnapfe und Gläser ein. Dabei warf er flüchtig jedem Kameraden einen Blick zu. "Ist der tot?"

In dem Bett, an welchem Heinrich stand, lag ein Gefangener auf dem Rücken und starrte mit geschlossenen Augen. Um den geöffneten Mund leckte noch frischer Bolusbrei. Heinrich befühlte die Stirn des Regungslosen: "Der muß im Augenblick gestorben sein!"

Dann packte er Kopf und Glas in seine Schürze und ging weiter. "Wann ist dieser gestorben? Der ist ja schon kalt!" Der Nebenliegende antwortete: "Keine Ahnung!" "Hat er denn heute Morgen noch gegessen?" "E selbstverständlich! Das siehst Du ja! Ist doch alles leer!" Heinrich schüttelte den Kopf. Die Napfe und Gläser in der einen Reihe waren eingesammelt. Sechs Erlöste streckten zufrieden ihre ausgemergelten Glieder. Der Krankenwärter rief durch die Türspalte: "Hein, man tau, de Wilt ist unnerwegs!"

Heinrichs ermatteter Körper begab sich in Hast nach der Reihe gegenüber. Jetzt kam er an die Betten derer, die er beaufsicht hatte. "Der Teufel! — Was stinkt hier so scheußlich?" Mit einem Griff riß er die Decke von dem verdächtigen Bett. Heinrichs Magen drängte sich nach dem Schlund. Schnell warf er die Decke über das Bett, griff das leere Geschirr und eilte aus dem Gang. Der Arzt kam, ging an der einen Reihe hinunter, an der andern wieder hinauf. Hinter ihm tappte der Krankenwärter. "Die sterben wohl um die Wette! Die sechs kommen sofort in den Schuppen! Haben Sie gehört?" "Jawohl, Herr Stabsarzt!" Der Sanitätsoffizier hatte die Baracke verlassen. Jetzt kam der Wärter auf Heinrich zu. "Erst noch mal in die Kammer tauchen, dann kommen die Toten weg!"

"Verdammter Mistbauer!! Wir stehen wohl in Deinen Augen unterm Vieh! Erst ist es meine Morgensuppe!" "Was? ... Du deifst och noch opmucken?! Ist will du helsen!" Mit dieser Drohung wollte der Krankenwärter nach dem Lazarettfeldwebel. Heinrich aber sahke ihm am Arm und zog ihn nach der vergessenen Leiche. In der Mitte der Baracke stand die Totenbahre. Heinrich bedte den faulenden Leichnam auf und streifte ihm die Wäsche von den Gliedern. Dann schüttete er einen Eimer Kreol über das von Verwesung angefressene Gerippe, hüllte es in ein Bettuch, griff ihm mit einem Arm unter den Rücken, mit dem andern unter die Beine und hob es hoch. Wie vom Teufel gepötscht schnellte der Nebenliegende auf, sahke die Leiche am Kopf, zerrte und schrie in tierischen Lauten. Dabei richtete er die aufgerissenen Augen nach Heinrich.

Heinrich taumelte zurück. Der Leichnam fiel aufs Lager, das der faulende Rot spritzte. Wahnsinn seigte aus dem Nebenliegenden: "Der?! — Der braucht nichts! Haaaaa!" Heinrich überließ es. Denn er sah den Hungertod aus dem Patienten lassen. Der Kranke sah wieder ruhig neben der Leiche. Heinrich versuchte nochmal den offensichtlich Toten, der die ganze Baracke verpestete, aufzuheben. Aber der Nebenliegende gebärdete sich wild. Heinrich gab sich um ihn zu beruhigen.

"Petermann?? — Petermann??" Der Angesprochene staunte: "Ja?" "Kennst Du mich?" "Wir stierze der Kranke auf Heinrich. "Na, sprich?" "Wa-a-a-a-as?" Heinrich neigte sich zu dem widerlich dunstenden Kameraden. "Wenn Du mir Antwort gibst, besorge ich Dir Suppe!" "Suppe?? — Ja, ja!" "Jetzt kennst Du mich wohl? Den Hölzel aus der XIII. Arbeitskompanie! Ja?" "Hölzel? — Ja ja! — Suppe! Suppe!" Der Hungerwahn sinnige weinte wie ein Kind. Unter Heinrichs Füßen bebte der Boden. "Petermann, sei ruhig! Es wird schon besser werden!" Die Augen des Gefangenen erhellten auf einmal Leben. Gleich aber stierte er wieder vor sich hin und murmelte: "Hein — rich!" Dann seufzte er tief auf und stiel hintenüber. — Bald lagen die Toten im Schuppen. Das Elend und die brutale Behandlung in dem Militärgel-

ungenlazarett trieb Heinrich zu dem Gedanken: Heraus aus dieser Hölle, koste es, was es wolle!

Aber zurück ins Gefangenlager wollte er auch nicht, denn ein gelieferte Ruhrkranke warnten ihn durch die Schilderung vor dem noch grauenhafter gewordenen Los im Lager.

Auch brachte er durch diese in Erfahrung, daß die Zahl der Militärgefangenen allein in Nordschleswig bis auf 45 Kriegsstärke Kompanien angewachsen sei.

Aus dieser einzigen Nachricht zog Heinrich den Schluß, wie es an der Front steht.

Er sah, daß der Rebellengeist in der Truppe zugenommen hatte. Das gab ihm Halt und Mut. Gern hätte er sich auch über die Lage im Reich informiert. Aber den Krankenwärttern war es, wie dem Wachpersonal im Gefangenlager strengstens verboten, den Militärgefangenen irgendwelche Nachrichten über die Welt außerhalb der Drahtzäunung zu geben. Heinrich sann nach, wie er sich aus dem Elend retten könne. Endlich hatte er sich einen Plan geschaffen.

Mitten in der täglichen Hast legte er sich ins Bett. Als der Krankenwärter ihn darüber erstaunt frag, antwortete Heinrich, er sehe auf einmal nichts mehr.

Freundliche und grobe Worte waren nun umsonst. Immer wieder drang der Totbau auf ihn ein.

Heinrich warf sich auf die andere Seite, zog die Decke über die Schulter und dachte. . .

Am folgenden Tage blieb der Arzt mit höchst mißtrauischer Miene vor Heinrichs Bett stehen.

"Was ist mit Ihnen los?" Gelassen antwortete Heinrich: "Seit ein paar Tagen ist vor meinen Augen alles verschwimmt. Gestern wurde dies schlimmer!"

"Auf welchem Auge haben Sie die Erscheinung?" "Auf beiden, Herr Stabsarzt!"

"Hm!" Der Arzt erhob nun die Faust, aus der sich zwei Finger streckten.

"Wieviel Finger sehen Sie?" "Keinen, Herr Stabsarzt!"

"Was, machen Sie mir bloß kein Wippchen vor! Sie Drückerberger!"

Heinrich warf ihm zurück: "Herr Stabsarzt, ich erkläre, wo ich hinhäue ist alles mit Nebel bedeckt!"

"Gut, dann bleiben Sie im Bett liegen, bis Sie faulen oder Ihre Augen besser werden!"

Zum Feldwebel und Krankenwärter gemendet fuhr er fort: "Sie lassen den Kopf täglich schmilzen, aber ordentlich, und passen auf, daß der Drückerberger auf keinen Fall das Bett verläßt. Zum Verriichten der Notdurft geben Sie ihm ein Strohbeden!"

Der Arzt ging. Heinrich merkte die Schwere des ausgenommenen Kampfes. Was ihn aber widerstandsfähig gegen die ärztlichen Schikanen machte, war der tiefe Haß gegen das Blutsystem, gegen die Vergewaltigung der Menschlichkeit.

In acht Decken gehüllt lag Heinrich und schweifte nach Befehl. Täglich wurde die Umgebung des Gefangenlazaretts horribler. Durch die geöffneten Fenster duftete Frühlingsluft. Drei Wochen schon lag Heinrich in seiner Tortur.

Der Sanitätsoffizier schüttelte den Kopf, denn solch' ausdauernde Willenskraft, wie sie Heinrich aufbrachte, war dem Gefangenarzt fremd.

"Ja, ist es mit Ihren Augen besser geworden?" "Nein, Herr Stabsarzt, schlimmer!"

"Dann wollen wir mal was anderes versuchen!" Nun bekam Heinrich Tropfen in die Augen. Diese aber bekräftigten nur den starken Willen: Aushalten!

Nach vierzehn Tagen erhielt Heinrich den Befehl, aufzustehen und seine Uniform zu holen.

Dann gab ihm der Lazarettfeldwebel bekannt, daß er vor einem Augenarzt in Schleswig gebracht werde.

In Heinrichs Herz klang der Frühling in mächtigen Akkorden als er durch den goldenen Malenmorgen, der in dem frühlingslichen Wald lag, nach der Stadt gebracht wurde.

Sein Blick aber blieb finster. —

Materialistische Geschichtsauffassung und geistige Kultur.

Einer der häufigsten Einwände gegen die materialistische Geschichtsauffassung lautet: Marx berücksichtigt nicht die Rolle des menschlichen Geistes, besonders die Wirklichkeit des schöpferischen Genies. Dies wird nicht nur von bürgerlichen Kritikern betont, sondern ist mir auch häufig von intelligenten Arbeitern entgegengehalten worden. Das erklärt sich durch eine zu schablonenhafte Auffassung der marxistischen Theorie, wozu allerdings manche populäre Darstellung der ökonomischen Geschichtsauffassung beitragen mag.

Marx behauptet, daß die Produktionsverhältnisse, die Erwerbung des materiellen Lebensunterhaltes, maßgebend sind für den "ideologischen Ueberbau". Damit wird aber nicht geleugnet, daß auch dieser Ueberbau auf die Produktionsverhältnisse zurückwirkt. Die ökonomischen Verhältnisse bestimmen nur "in letzter Instanz" auch die Entwicklung dieses Ueberbaues, das heißt die Form des Rechts der Religion, der Wissenschaft und Kunst. Dies bedeutet aber nicht, daß zum Beispiel die Wissenschaft nicht die Produktion beeinflusst. Wichtige naturwissenschaftliche Entdeckungen haben geradezu wirtschaftliche Revolutionen hervorgerufen. Diese Revolutionen aber konnten sich nur vollziehen, weil diese Entdeckungen in den vorgefundenen technischen und Produktionsverhältnissen unumwunden wirken mußten.

Der menschliche Geist spielt selbstverständlich auch bei der Erzeugung der materiellen Güter eine hervorragende Rolle. Er wird aber von Marx als ein Stiel Natur betrachtet und nicht als ein Gebilde aus einer andern Welt. Dieses Bewußtsein des Menschen seine Triebe und Gefühle, werden maßgebend bestimmt durch die Norm der Gesellschaft, in der er lebt.

Dies ist besonders deutlich in jener Epoche der Menschheitsgeschichte, in der es noch keine Klassen gab und in der die einzelnen Gebiete menschlicher Tätigkeit sich näher berührten. In dieser Zeit wurden gleichwohl nicht nur die wichtigsten technischen Erfindungen gemacht, auf denen noch heute unsere gesamte materielle Kultur in letzter Linie ruht (Werkzeug, Feuerentzündung usw.), sondern wir finden hier auch die Keime aller Religion, Wissenschaft und Kunst. Es schieben sich noch nicht sozial trennende Zwischenglieder in die Zusammenhänge von geistiger und materieller Kultur. Beide durchdringen sich inniger und ihre Wechselwirkung ist handgreiflich. Die Bedeutung der Sprache und Schrift für die Entwicklung der menschlichen Wirtschaft wie aller Zweige der Geisteskultur ist unbestreitbar. Die Schrift kann dazu dienen einen alten Kriegsgefangenen, eine priesterliche Zauberformel oder eine wichtige Erfahrung aus dem Gebiete der Produktion (eine Anweisung zur Bearbeitung des Metalls) den Nachkommen zu überliefern. Die Religion übt in den Abendtagen der Menschheit auf die Arbeit des Alltags, die Jagd und den Ackerbau großen Einfluß aus. Sie wandelt sich aber ständig mit der Veränderung der Produktionsverhältnisse. Der Animismus (Ähnen- und

Weserkultur) der Jäger wird bei den Ackerbauern zur Naturreligion und bleibt nur als Familienkult bestehen.

Bei diesen Betrachtungen fehlen die bedeutenden Persönlichkeiten, von denen uns die Geschichte nichts überliefert hat. Sicher gab es aber auch schon damals weltliche Unterschiede in der geistigen Begabung. Die Entwicklung wird häufig durch Entdeckungen einzelner gefördert worden sein. Diese einzelnen konnten aber immer nur fördernd oder hemmend wirken und nie eine neue Kulturperiode "schaffen". Das ändert sich auch nicht auf höheren Kulturstufen. Hier kann allerdings ein Genie den Formen des Denkens einer Klasse oder ganzen Kulturperiode seinen Stempel aufdrücken, indem es die Erkenntnis der Gesetzmäßigkeit in Natur und Gesellschaft bereichert. Aber auch das Genie steht auf den Schultern seiner Vorgänger und seine kühnsten Gedanken entspringen gesellschaftlichen Erfahrungen. Sie sind in ihrer Verwirklichung an bestimmte, allgemein gesellschaftliche Voraussetzungen gebunden.

Der Prozeß ist allerdings viel verwickelter, bewelst aber nichts gegen die materialistische Geschichtsauffassung. Zur Einflüchtung in das geschichtliche Denken ist allerdings die weniger geliebte Vorzeit der menschlichen Geschichte geeigneter. Völkerkunde und Völkergeschichte, vergleichende Religionsgeschichte, Märchen- und Sagenforschung, die Beobachtung lebender Naturvölker und vorgeschichtliche Ausgrabungen haben ein reiches Material zusammengetragen. Dieses Material hat die besonders von Engels in seinem "Ursprung der Familie" aufgestellten Behauptungen im einzelnen häufig berichtigt oder ergänzt. Die Zeitgedanken sind aber nicht erschüttert. Im Gegenteil, die Verarbeitung des ungeheuren Stoffes nach den Grundfäden des historischen Materialismus bringt erst Ordnung in das Chaos der Einzelbeobachtungen.

Das Arbeiterbildungsinstitut will dieses neue Tatsachenmaterial und die aus ihm gewonnenen wichtigen Ergebnisse der Arbeiterklasse zugänglich machen in den Kursen der Genossen Dr. Erles und Engelbert Graf. Dr. Erles wird als Chinaforscher und Völkerkundler die Anfänge der gesamten Geisteskultur nach marxistischer Anschauung darstellen. Er wird nicht nur Schrift und Sprache, sondern auch die Anfänge der Kunst und Religion im Zusammenhang mit den wirtschaftlichen Verhältnissen und der gesellschaftlichen Organisation schildern. Genosse Graf führt in die Entwicklung der Religion ein, wobei vor allem die Geschichte des Christentums eingehend berücksichtigt wird. Diese Religion ist heute als organisierte Kirche und als Weltanschauung wirksam, so daß ein Einblick in die wirtschaftlichen Bedingungen der Wandlungen der christlichen Religion nicht nur von wissenschaftlichem Interesse ist.

Der historische Materialismus lehrt uns, daß alle Erscheinungen des geistigen Lebens sich parallel mit bestimmten ökonomischen Verhältnissen entwickeln und mit dem Absterben dieser Verhältnisse vergehen. Das heißt aber nicht, daß dieses Vergehen ohne Kampf geschieht. Jeder Klassenkampf ist von einem Ideenkampf begleitet. Jede aufstrebende Klasse bringt neue Gedanken, die denen der sinkenden überlegen sind. Diese neuen Gedanken müssen die Angehörigen der jetzt aufsteigenden Arbeiterklasse sich geistig erarbeiten. Sie müssen im Kampf um eine neue wirtschaftliche Kultur die Elemente einer neuen Geisteskultur schaffen. Die Kurse aus dem Gebiete der Geisteskultur sind daher nicht nur eine Quelle privater Belehrung, sondern das Gehörte kann dem Geisteskampf der Arbeiter dienen. O. J.

Kleine Chronik.

Konzert des Arbeiterbildungsinstituts. Das unsere Arbeiterklasse mit Maßvoller Kunst enge Verbindung hat, bewies die diese Anbahn, mit der sie dem modernen Werke lauschte. Mahler gibt das, was sie täglich erleben, ihre Freuden, Leiden und den Uebermut, in der Vertonung mit denjenigen Farben wieder, die ihnen am verständlichsten sind, und so hat sich auch (was man ruhig sagen kann) eine Anhängergemeinde Maßvoller Kunst beim Volke gebildet. Die Aufführung unter Herrmann Scherchen war phänomenal, er hat das Grottrian-Steinweg-Orchester in kurzer Zeit auf eine hohe Stufe gebracht, was manche seiner jüngeren Kollegen nicht in Jahren fertiggebracht hätten. In der S. Sinfonie von Mahler entwickelte Scherchen namentlich im zweiten Satz eine gewaltige Kraft und brachte den Trauermarsch am Schluß mit Zartheit und tiefster Behmut. Zur Scherzo wie im Rondo waren alle Schattierungen aus feinsten herausgearbeitet — nur schade, daß die Trompeter in der Höhe öfters verlagten. Frau Vos-Carlsofzki sang mit ihrem ganz durchgebildeten Sopran die Lieber von Gustav Mahler (mit Orchester) mit künstlerischem Vortrag. Das realistische, lebende Werk von Oskar Fried, Erntelied, für Orchester und Männerchor, brachte Kapellmeister Scherchen mit wunderbarer Stielgerung und höchster Kraft heraus. Die Mithraschen Männerchöre (L. Thomsen, V. West) verdienen großes Lob, daß sie ihre Sache so tapfer gemacht haben. L.

Der Kunstabend des Arbeiterbildungsinstituts (Humor bei den alten Meistern) war ein außerordentlich glückliches Unternehmen. Zu dem vorzüglichen Programm, das die denkbar beste Auswahl aus den humoristischen Werken der alten Musik bot, gesellte sich eine hervorragende Ausführung. Sämtliche Mitwirkenden, das Schachteder-Kammerorchester, das Ehepaar Dr. Rosenthal und Herr Walter Elchner (Gesang) und Herr Günther Kamin, der die Leitung des Abends hatte, boten ihr Bestes und waren mit Leib und Seele bei der Sache. So konnte die Arbeiterklasse den feinen alten Tanzweisen, dem humorvollen Dorfmußikanten-Sergel, Mozarts, den leichtgeschürzten Sängern und den unsterblichen Kaffee-Kantate Bachs mit ungetrübtem Genuß folgen und gewann gerade durch die Leichten und mit Heiterkeit gewürzten Werke einen Zugang zu der Kunst der alten Meister. Auch von diesem pädagogischen Standpunkt aus war der Abend im höchsten Maße gelungen, denn es war hier ein Weg gefunden zum Eintritt in die höheren und schwierigen ernsten Werke dieser Zeit. Wird dieser Weg noch weiter beschritten, so wird es nicht mehr lange dauern, bis die Arbeiterklasse in den Besitz der künstlerischen Güter der alten Kultur gelangt ist, um dann auf diesem Boden ihre neue, eigene Kunst aufbauen zu können. Pz.

Schauspielhaus. Von diesem Sonntagmittag ab finden wieder die Vorstellungen zu Einzelpreisen statt. Und zwar wird diesen Sonntag, wie am kommenden Sonntag, Lumpaci o gagabundus gegeben. Einzelpreis 7.50, 6, 4.50, 2.50 Mk.

Die Morgenbühne wird Ende März mit einer Aufführung eröffnet. Die Rollen sind von Darstellern des Schauspielhauses und Alten Theaters übernommen worden.

Zur Ehrung des Andenkens Krapotkins. Wie aus Moskau gemeldet wird, hat die Volkversammlung des dortigen Sowjets zur Ehrung des Andenkens des dahingeshiedenen Fürsten Krapotkin beschlossen, der Straße, in der Krapotkin geboren wurde, den Namen Krapotkinstraße zu geben, sein Moskauer Wohnhaus als Krapotkin-Museum einzurichten, der Staatsbibliothek den Namen Krapotkins zu geben, sein Sterbehause in Dmitrow seiner Familie zu schenken und eine Gesamtausgabe seiner Werke so rasch als möglich zu veranlassen.

Internationale sozialistische Konferenz.

Wien, 23. Februar.

Am 10 Uhr teilt Genosse Grimm (Schweiz) mit, daß die Mandatsprüfungskommission mit ihren Arbeiten noch nicht fertig sei. Er schlägt daher vor, zuerst den 2. Punkt der Tagesordnung: Der Imperialismus und die soziale Revolution zu verhandeln. Da sich kein Widerspruch ergibt, erhält Genosse Wallhead (Manchester) das Wort. Er führte aus:

Wenn der Imperialismus den arbeitenden Massen Großbritanniens keine Hebung ihrer Lage gebracht hat, so ist klar, daß auch in keinem andern Lande der Imperialismus eine solche Wirkung ausüben kann. Wenn England, das sich am meisten den Rassen unterworfen hat, die Lage nicht verbessern kann, wie kann es dann ein andres Land, das den englischen Imperialismus nachahmt hat.

Genosse Adler hat von den Ursachen des Krieges gesprochen. Er hat daran erinnert, daß hier in Wien die Nachthaber recht eigentlich den Weltkrieg begonnen haben. Aber das war doch nur der Abschluß jener diplomatischen und imperialistischen Intrigen, die dem Kriege Jahrzehnte hindurch vorausgegangen sind. Man müßte, wenn man die Ursache des Krieges erklären will, mit dem Jahre 1881 beginnen, dem Jahre, in dem Großbritannien Ägypten okkupiert hat. Das war der Beginn der Raubzüge einer ganzen Reihe von Großmächten. Frankreich stürzte sich auf Nordafrika und Deutschland folgte nach. In den Jahren von 1881 bis 1906 wurden 4 Millionen indische Quadratmeilen imperialistisch angeeignet, verteilt über alle Kontinente der Erde. Man jagte den Imperialismus den Arbeitern schmackhaft zu machen, indem man sagte, die Ware folge der Nachfrage. Die Erweiterung der Herrschaft bedeutete die Erweiterung des Marktes, Prosperität, Verbesserung der Lage der Arbeiter. Damit wurden die ungeheuren Ausgaben gerechtfertigt, die der Imperialismus verschlang, und in Wirklichkeit ist der Handel vom Jahre 1881 bis 1903 nur von 18 1/2 Millionen Pfund auf 232 Millionen Pfund gestiegen, während in derselben Zeit 1000 Millionen Pfund für militärische Rüstungen ausgegeben wurden, um diese geringfügige Handelssteigerung zu erreichen.

So unbedeutend die Steigerung des Handels war, so gewaltig ist das Wachstum der Kapitalanlage im Ausland. Sie betragen 1894 144 Millionen Pfund, stiegen bis 1898 auf 1800, bis 1908 auf 3050 Millionen Pfund, bis zum Jahre 1914 auf 4099 Millionen Pfund. Es ist also der englischen Kapitalistenklasse ein ungeheurer Reichtum aus ihren Besitzungen jenseits der Seen zugeflossen. Sie benutzten die Presse zur Beherrschung der öffentlichen Meinung und versuchten so, die Arbeiterklasse irrezuführen und dem Imperialismus dienbar zu machen. Ingeheuer Ausgaben wurden für Kriegsrüstungen und zur Festigung der Herrschaft der Bourgeoisie gemacht. Was die Arbeiter dabei erwartete, erweist man daraus, daß der Durchschnittslohn für Arbeiter in England 10 Schilling die Woche beträgt. Aber das ist noch nicht alles, was über den Kapitalismus zu sagen wäre. Er bedeutet die Vertiefung der Kluft zwischen den Klassen und die Entente. Er bedeutet jene ständige Verschärfung der Spannungen zwischen den beiden Gruppen, die zu der Katastrophe geführt hat, in der 12 Millionen Menschen untergingen, in der noch viel dreierlei Massen in Not und Verzweiflung verfallen. Das ist das Ergebnis des Imperialismus seit 1881.

Die Resolution von Innsbruck stellt fest, daß der Weltkrieg das kapitalistische System in seinen Grundlagen erschüttert hat. Es wird niemanden geben, der das bezweifeln möchte. Allen Völkern, die in den Krieg hineingezogen wurden, hat man gesagt, daß sie das Land verteidigen müßten. Die Independent Labour Party hat dies nicht geglaubt, sondern den Arbeitern gesagt, nach dem Kriege würden sie sehen, für welche Zwecke sie mißbraucht worden wären. Heute sieht die englische Arbeiterklasse, daß sie für den Imperialismus mißbraucht worden ist. Die Independent Labour Party hat wenig Freundschaft für Lloyd George. Lloyd George jagte einmal einer Arbeiterdeputation, „nicht ein Zoll Land solle durch den Krieg erobert werden“. Das habe ich geglaubt. Durch den Friedensvertrag fielen an England 4 Millionen Quadratmeilen, was sollte die englische Kapitalistenklasse auch mit einem Zoll eroberten Landes? Die britische Arbeiterklasse hat den Friedensvertrag von Versailles von Anfang an bekämpft. Er kann nicht den Frieden bringen, sondern ist eine Quelle steter neuer Kriegesgefahren. Er ist die Diktatur von Räubern für reine kapitalistische Zwecke. Die Pflicht der Arbeiterklasse aller Länder ist es, den Friedensvertrag zu bekämpfen. Die englischen Sozialisten sagen den Arbeitern, Deutschland habe den Krieg verloren, wir Engländer haben ihn gefunden. In England gibt es gegenwärtig 2 1/2 Millionen Arbeitslose. Sie sehen jetzt, daß der Krieg nicht für sie geführt worden ist.

Die Independent Labour Party ist entschlossen, den Kampf gegen den Imperialismus zu führen, den Kampf gegen den Friedensvertrag fortzusetzen, und nicht zu ruhen, bis er bestritten und Mitteleuropa den Völkern freigegeben ist, um ihr Wirtschaftsleben wieder herzustellen.

Die englische Kapitalistenklasse hat nichts weiter im Sinne, als den Deutschen die letzten paar Schiffe wegzunehmen, aber während man die Deutschen beraubt, sind die englischen Arbeiter arbeitslos, für sie ist nichts zu tun, weil die englische Kapitalistenklasse ihrem Ausbeuterdrang durch den Raub der deutschen Schiffe leichter und billiger fröhnen kann. Man hat den englischen Arbeitern gesagt, es sei ihre Aufgabe, den deutschen Militarismus zu schlagen. Das ist an sich eine gute Sache, aber damit ist den Völkern nicht gedient, wenn an die Stelle des deutschen Militarismus ein anderer tritt. Und wenn es eine böse Sache ist, wenn Europa von der militaristischen Klasse Deutschlands beherrscht wird, so ist es ebenso schlimm, wenn die Beherrschung in Zukunft ausgeübt wird von der militaristischen Herrscherklasse Frankreichs. Und wenn es ein Unglück ist, daß der deutsche Militarismus die Ozeane beherrscht, so ist es ein nicht minder geringes Unglück, wenn die Ozeane von dem englischen und japanischen Militarismus beherrscht werden. Den Arbeitern muß gesagt werden, daß der Imperialismus ihr ständiger Feind ist, daß die Bildung einer gemeinsamen Front notwendig ist zur Niederwerfung des Militarismus und Imperialismus. Wir sind stolz darauf, daß wir bei dieser Arbeit mithelfen können.

Indien ist das Jewel der englischen Krone genannt worden. Was Indien bedeutet, ist heute deutlicher zu sehen als je. Die englischen Kapitalisten legen ungeheure Mehrwertmassen, die sie aus den Arbeitern herausgepreßt haben, in Indien an. Dort aber arbeiten Hindus 64 Stunden pro Woche für einen Lohn von 5 Schilling. Man bringt die Arbeiter in Konkurrenz untereinander, es steht das Arbeitsprodukt der indischen Kulis dem Arbeitsprodukt der englischen Arbeiter gegenüber. Die Kapitalisten aber sind dieselben häßlich und drücken. Dieselben britischen Kapitalisten, denen die Werke in Indien und in England gehören. Der goldene Ring ist nur das Gegenstück zu den Fesseln, die den Arbeitern auferlegt werden. Dieser herabgedrückte als je, gibt es keine andre Rettung als ihre Kräfte zu vereinigen zur Überwindung des Kapitalismus und zur Herbeiführung des Sozialismus. (Bräuderler Beifall.)

Vorherrschender Grimm (Schweiz) schlägt darauf vor, die Verhandlungen auf eine halbe Stunde zu verlagern, dann den Bericht der Mandatsprüfungskommission entgegenzunehmen und darauf die Kommission für die Vorarbeiten für die nächsten zu den zur Debatte stehenden Tagesordnungspunkten einzusehen. Hierauf wird die Sitzung vertagt.

Nach Wiedereröffnung teilt Genosse Friedrich Adler (Wien) mit: Die Mandatsprüfungskommission habe die Delegationen der Länder Deutschland, England, Frankreich, Jugoslawien, Lettland,

Deutsch-Österreich, Rußland, Schweiz, der Deutschen Sozialdemokratischen Partei der Tschecho-Slowakei anerkannt, und schlage vor, im Plenum ohne Diskussion der Zulassung zuzustimmen. Bezüglich der Paole Zion hat die Mandatsprüfungskommission nach eingehender Aussprache beschlossen, auch deren Delegation zuzulassen. Aber das Exekutivkomitee zu beauftragen, die Frage der Zulassung neuerlich zu prüfen und der nächsten Konferenz erneut Bericht darüber zu erstatten. Die Paole Zion hat sich bekanntlich zu einem Weltverband konstituiert. Die Weltberatern in Bulgarien sind durch 3 Gäste vertreten. Es wurde festgestellt, daß diese Partei die zweite Internationale verlassen hat und auf ihrem letzten Parteitag eine Erklärung abgegeben hat, die sich auf dem Boden der Berner Beschlüsse stehe. Die Mandatsprüfungskommission schlägt vor, die 3 Vertreter als Gäste teilnehmen zu lassen und der Partei Gelegenheit zu geben, zu den Beschlüssen der Wiener Konferenz auf dem nächsten Parteitag Stellung zu nehmen. Die anwesenden Vertreter der Partei erklärten, daß sie sich den Willen nicht nehmen lassen werden, an dem Zusammenhänge der Vertreter der ganzen Welt teilzunehmen. Das Ansuchen um Anerkennung der Delegation von Litauen wurde anerkannt. Ein weiteres Ansuchen ging von Ungarn aus. In Ungarn gibt es keine Parteiorganisation, mit der man in Verbindung sein könnte. Nur jene Gruppen, die von Emigranten begründet und sich um die Person des Genossen Kunfi scharen könnten als ungarische Delegation zugelassen werden. Die Mandatsprüfungskommission macht den Vorschlag, mit der definitiven Entscheidung über die Zulassung der Partei in dem einseitigen Österreich-Ungarn, von denen einzelne Sprachgruppen zu Polen, andre zur Tschecho-Slowakei gehören, so lange zu warten, bis diese Parteispalter Gelegenheit haben, sich in Verbindung zu setzen mit Organisationen des Landes, zu dem sie gekommen sind. Die anwesenden Vertreter dieser Gruppen sollen jedoch als Gäste anwesend sein. Weiter hat man Zulassung erachtet die sozialistische Partei Griechenlands, die Partei Argentiniens erklärt, daß sie den Anschluß begrüßen würde, diese Partei habe neuerlich zu den Beschlüssen der Wiener Konferenz Stellung zu nehmen.

Die Mandatsprüfungskommission hat sich erneut mit der Prüfung der Zusammensetzung der einzelnen Delegationen beschäftigt und festgestellt, daß die Parteien, die zugelassen sind, nicht nur aus der zweiten Internationale ausgezogen sind, sondern die Delegierten selbst auf dem Standpunkt stehen, an keiner Veranstaltung der zweiten Internationale teilnehmen zu können. Alle Delegierten stehen auf dem Boden der in dem Aufruf der Berner Konferenz vom 7. Dezember 1920 festgelegten Grundzüge. Aus Amerika ging die Nachricht ein, daß man von einer Delegation habe Abstand nehmen müssen wegen der Räte der zur Verfügung stehenden Zeit. Die Mandatsprüfungskommission schlägt vor, ihren Beschlüssen beizutreten. Da sich kein Widerspruch dagegen erhebt, ist demgemäß beschlossen.

Lebebour weist nunmehr darauf hin, daß jetzt die Kommission zur weiteren Vorbereitung der nächsten zum zweiten Tagesordnungspunkt gewählt werden könne. Er macht den Vorschlag, daß in dieser Kommission alle Länder, die einen Antrag auf mehr als 5 Stimmen bei den Konferenzen haben, zwei Sitze in den Kommissionen haben sollten, den übrigen Organisationen jedoch ein Vertreter zuzuwenden. Selbstverständlich ist Mitglied der Kommission der Referent und die übrigen Mitglieder der Zentralkommission.

Auch dieser Vorschlag wird ohne Widerspruch angenommen. In die Kommission werden gewählt: für die USA D. Zieg und Hilderberg, für die Partei Sozialliste (Frankreich) Longuet und Renaudel für die Independent Labour Party (England) Burton und Hudson, für die sozialdemokratische Arbeiterpartei Deutsch-Österreichs Bauer und Ellenbogen, für die Sozialdemokratische Partei Jugoslawiens Kristjan, für die Sozialdemokratische Arbeiterpartei Lettlands Kalinin, für die Paole Zion Rubaschow, für die Föderation sozialistischer Parteien Rumaniens Boinea, für die Schweiz Ralme und Kobs, für die Deutsche Sozialdemokratische Arbeiterpartei der Tschecho-Slowakei Czernat, für Litauen Schreiber, für Ungarn Konz.

Nach Erledigung einiger Geschäftsordnungsangelegenheiten wird die Sitzung auf Nachmittag vertagt. Nach Wiedereröffnung erhält Friedrich Adler (Wien) das Wort zu seinem Referat über Methoden und Organisation des Klassenkampfes. Wir geben aus seinen Ausführungen folgendes wieder:

Das Problem der Organisation könne nur behandelt werden im Zusammenhang mit der Lage des gesamten Proletariats. Ich will mich nicht auseinanderzusetzen mit jenen Kreisen, die den Krieg mitgemacht haben an der Seite der herrschenden Klassen, sondern mich beschäftigen mit der Gegenpartei, die darin ihren Ausdruck finden, daß ein Teil der Arbeiter auf dem Standpunkt des reinen Pazifismus steht, und der andre sich zu einer Gewalttheorie bekennt. Der reine Pazifismus hat auf der andern Seite eine übertriebene Betonung des Systems der Nichtpolitik gefunden. Die Kommunisten haben wie wir den Krieg während des Krieges bekämpft, während sie jetzt die Auffassung vertreten die Arbeiterklasse habe nur durch das Festhalten des Krieges in den Himmel des Kommunismus kommen können. Wir unterscheiden uns darin, daß sich die Kommunisten damit begnügen, daß sie sagen, wir können die Herrschaft in einem Lande der Niederlage erreichen wie in Rußland, wir dagegen die Auffassung vertreten, die Revolution kann nur siegreich sein, wenn sie uns die Herrschaft über die industriereichsten Länder gibt. Unsere Differenzen sind bestimmt in den Differenzen über die Einschätzung der gegenwärtigen Situation. Wenn jemand vor die Einzeljahre der Überzeugung war, daß heute schon längst die soziale Revolution in der ganzen Welt gesteht haben würde, so haben wir diese Auffassung nicht geteilt, und unsere Postill darauf einrichten müssen, daß wir die Arbeiter nicht in ein noch größeres Elend hineingeben, als es lo bereits geschehen ist. Die Frage über die Methoden des Klassenkampfes steht nicht so primitiv, wie sie in Moskau betrachtet wird. Wir müssen die Internationale ganz anders in den Vordergrund rücken und von ihr ganz anderes erwarten, als es in Moskau geschieht. In Moskau ist die Internationale ja ein Mittel, die Parteien auseinanderzuführen. Hier um handelt es sich darum, die Kräfte zu sammeln, kampffähig zu machen, die internationale Aktion zu verwickeln. Das Problem ist nicht so primitiv, daß es in dem Schwere „Demokratie“ oder „Diktatur“ abgetan werden könnte. Mit dem Wort „Mittelstufen“ allein kann man noch keineswegs die revolutionäre Situation beleuchten. Uns genügt es nicht, uns auf die Phrase zu beschränken: Wir bekennen uns zur Diktatur des Proletariats für uns handelt es sich um das Herausarbeiten der verschiedenen Möglichkeiten, vor denen das Proletariat der verschiedenen Länder stehen kann. Es muß festgemacht werden, daß wir nicht die Arbeiter aller Länder verpflichten wollen auf ein Schlagwort, sondern verpflichten wollen auf eine historische Erkenntnis. Wir müssen ebenso entfernt sein von dem naiven Glauben an die Demokratie als Mittel, wie von dem blinden Glauben an die Diktatur als die einzige Möglichkeit. Es gibt verschiedene Länder, in denen der Bourgeoisie Waffen gegen die Arbeiter in die Hand gespielt worden sind dadurch, daß man sich plötzlich prinzipiell zur Diktatur bekannte und die demokratischen Möglichkeiten nicht ausnutzte. Wir sind der Meinung, daß wir dem Proletariat sagen sollen, ihr müßt alle Möglichkeiten im Auge haben. Ihr müßt euch nicht letteristisch auf das eine oder das andre Schlagwort festlegen. Die Frage „Demokratie oder Diktatur“ ist eine Frage die nicht entschieden werden kann durch ein Prinzip, sondern eine Frage, deren Beantwortung bedingt ist durch die historische Situation, nicht einmal bedingt ist durch den Willen des Proletariats, sondern durch die Verhältnisse, unter denen das Proletariat den Kampf zu führen hat. Wir in Österreich hatten durch zwei Jahre fortwährend die Möglichkeit, die Herrschaft des Proletariats in jeder Form, die wir wünschenswert hielten, zu

etablieren. Wir sind trotz der verlockenden Momente standhaft geblieben. Wir waren uns klar darüber, daß die Möglichkeit der Wackerhaltung nicht gegeben ist durch die Machtverhältnisse eines Landes, sondern durch die Machtverhältnisse der ganzen Welt. Deshalb haben wir ein doppelt starkes Bedürfnis nach einer weitgestreuten internationalen Organisation. Wir haben am eigenen Leibe erfahren, daß wir allein nichts sind, daß die Frage des Sieges des Proletariats eine Weltfrage ist.

Wie ist die Internationale aufzubauen, was haben wir für die Internationale zu leisten? Eine Internationale hat nur dann Wert, wenn die Beschlüsse bindend für die einzelnen Mitglieder sind. Es war ein Hauptmangel der zweiten Internationale, daß es dort anders war. Die Internationale der Zukunft muß eine Internationale sein, in der, wenn etwas beschlossen ist, die einzelnen Mitglieder gezwungen sind, diesem Beschluß ihre tatsächlichen Maßnahmen anzupassen. So wird es möglich, einen weiten internationalen Boden zu schaffen für die internationale Aktion. Je kleiner der Kreis ist, der die Übererlässe zu beschließen hat, desto leichter ist es, den Übererlässe gemäß zu handeln. — Die zweite Internationale hat vor allem darauf gesehen, die Arbeiter aller Länder zu umfassen, den organisatorischen Apparat auszubauen. Die Moskauer Internationale verläßt in das umgekehrte Extrem. Sie legt den größten Wert darauf, die Bedingungen für die internationale Aktionsmöglichkeit weit zu ziehen. Das muß dazu führen, daß die Zahl der in einer solchen Internationale Beteiligten sehr gering ist. In Österreich sind es, wie die Arbeiterratswahlen ergeben haben, nur 6 Prozent, die zu Moskau halten. Sie parieren den Beschluß prompt, aber die Wirkung ist trotzdem rein negativ. Die Schwierigkeiten bestehen darin, daß einesseits eine Internationale möglichst eine große Zahl von Ländern und Mitgliedern umfassen soll, andererseits aber auch die Bedingungen für die internationale Aktion möglichst weit gezogen werden sollen. Heute gibt es keine Internationale, sondern nur internationale Parteiverbände. Diese Lage zwingt uns, zunächst eine Zentralisation der Parteien vorzunehmen, die sich die Bewirkung einer aktionsfähigen Internationale als Ziel gesetzt haben, die aber entfernt sind von dem opportunistischen Reformismus sowohl in der Meinung, man könnte alles nach der Schablone, die von Moskau verfertigt wurde, unter jeder Beugung zu jeder Zeit verwickeln. Wir schlagen Ihnen deshalb vor, eine internationale Arbeitsgemeinschaft sozialistischer Parteien zu konstituieren. Nichts hat den internationalen Zusammenhänge so sehr geschädigt, als daß die einzelnen Parteien nach Moskau bitten gezwungen sind, aufgenommen zu werden. Wir haben das Recht, in der Internationale als Gleichberechtigte unter Gleichberechtigten zu werden, und nicht den Beschlüssen einer Diktatur unterstellt zu werden, sondern wie wollen mitwirken an den Beschlüssen, für die wir unsere ganze Kraft und unser Leben einzusetzen haben. (Lebhafte Beifall.) Wir können wahrnehmen, daß ein ganz konsequenter Kampf gegen Leute geführt wird, an deren moralischer Ehrlichkeit und deren guten Willen, als Revolutionäre zu wirken, nicht gezweifelt werden kann. Daß man sich zu gleicher Zeit aber mit sehr merkwürdigen Leuten an einen Tisch setzt, die sich dienstwillig erweisen, Leute, die sich aber im Kriege zu den Kriegsenthusiasten gestellt haben. Wir können schon sagen, wenn man so oft hier über die Konferenz und die Personen geschöbt hat, so können wir alle wohl dem Vergleiche standhalten mit allen jenen Leuten, die heute in der dritten Internationale an der Spitze stehen. (Lebhafte Beifall.)

Die Parteien, die sich zusammgefunden haben, sollen organisatorisch zusammengefaßt werden und miteinander in Verbindung bleiben und internationale Aktionen nur miteinander unternehmen als geschlossene Einheit. Das Exekutivkomitee in dem sämtliche Länder vertreten sind, wird in einem ganz andern Maßstabe als bisher die internationale Fühlung durch die internationale Aktion in die Wege zu leiten haben. Es wird eine Aufgabe dieser Exekutive sein, sich einen Informalrat zu bilden in geeigneter Form zu schaffen, der die Verbindung herstellt und die Verhandlung ermöglicht. Und es wird die Zeit kommen, wo auch in Moskau man es sich angelegen lassen sein muß, zu überdenken, ob es nicht notwendig ist, in der Frage der Internationale eine andre Stellung einzunehmen. Der Parteiverband, den Moskau darstellt, ist ein Parteiverband der kommunistischen Parteien, der den einzelnen Ländern ein bis in die allerletzten Ausläufer durchgearbeitetes Aktionsprogramm vorlegt, oktroniert, das alle anerkennen haben. Die zweite Internationale ist durch den Abfall der revolutionären Elemente auch zu einer Organisation geworden, in der sich gewissermaßen eine Einheit der Doktrin herausstellt. Hier finden wir eine bornierte reformistische und fatalistisch-demokratische Auffassung. Es ist unflätig, von einer Internationale zu reden, wenn, wie in der zweiten Internationale, der größte Teil der russischen Arbeiterbewegung fehlt, oder wie in der 3. Internationale, der überwiegende Teil des englischen Proletariats nicht vertreten ist. Wir müssen die Zusammenfassung des gesamten Weltproletariats zu erreichen suchen. Beratungen in der Meinung bestehen darüber, auf welche in Wege man zu dieser Organisation kommen muß. Einig sind wir darin, daß es mit der 2. Internationale derzeit überhaupt eine Verhandlung in keiner Weise geben kann, sondern daß, so schwer und traurig die Zeit, die vor uns liegt, ist, erst einmal das große Problem gelöst werden muß, die gegenseitige Auseinandersetzung stattfinden muß zwischen Moskau und uns. Wenn diese Auseinandersetzung zu Ende gekommen sein wird, erst dann kann daran gedacht werden, mit der 2. Internationale zu sprechen. Nicht mit der 2. Internationale als Organisation, sondern mit den Massen des Weltproletariats. Die Massen des englischen Proletariats, die in letzter Instanz für die Entscheidung der Weltrevolution von größter Bedeutung sind, müssen eingeschrieben werden in die internationale Aktion. Das muß uns gelingen. Es bleibe verweisen an dem internationalen Proletariat, wenn es uns nicht gelänge.

Sie haben sicher von der „Spaltung“ der österreichischen Sozialdemokratie gehört. Die Arbeiterratswahlen haben uns die Möglichkeit gegeben, das Spaltungsergebnis zahlenmäßig festzustellen. In Wien zählen die Kommunisten ganze 3000 Mann. Die Spaltungsgesfahr wäre das größte Übel, das die Partei treffen könnte. Wir haben sie überwunden, indem wir mit vollem Bewußtsein an den Ausbau des Systems der Arbeiterräte gingen, weil wir darin eine Möglichkeit für den Erfolg der Arbeiterklasse sahen. So hatten wir die Möglichkeit, die verschiedenen Strömungen innerhalb der Arbeiterklasse miteinander reden zu lassen und durch ein Parlament der Arbeiterklasse das Proletariat schließlich als Ganzes die Entscheidung fällen zu lassen. Wir haben unser Räteystem in aller Ruhe ausbauen können und wir wissen, was die Arbeiterräte bedeuten. Sie sind uns eine Einrichtung, in entscheidenden Situationen Entscheidungen des gesamten Proletariats herbeizuführen und das Proletariat geistig zur Aktion zu führen. Bei uns hat es daher auf dem Parteitag keinen Antrag für die 2. oder 3. Internationale gegeben. Das war darauf zurückzuführen, daß bei uns die Arbeiter aus eigener Erfahrung sich sagten, wir haben die Internationale gleichsam als einen Arbeiterrat zu konstituieren, in dem die einzelnen Mitglieder gleichberechtigt sind. Wir können ein Parteiprogramm der Aktion nicht oktronieren, sondern es muß erarbeitet werden. (Lebhafte Beifall.) Wir wollen eine Internationale, in der wir uns alle gleichsam als Mitarbeitende, Mitwirkende, freiwillig unterordnen werden dem, was wir gemeinsam beschließen haben. Wir müssen ein Gebilde schaffen, in dem wir miteinander heraten. Wer die Schwierigkeiten kennt, vor allem die Schwierigkeiten aus der Verschiedenheit der historischen Entwicklung der einzelnen Länder, der begreift, daß die Internationale uns eine harte, schwere Arbeit sein wird. Wir können die Internationale nur schaffen, wenn wir sie als ein Problem der Geburt auffassen. Wer da glaubt, mit Draufgängerart die Internationale zu schaffen zu können, der wird zwar sehr bald sterben einer Organisation

vor sich gehen, aber nicht die organische Entwicklung einer Internationalen. Unsere Aufgabe ist es aber, eine Internationale zu schaffen, in der es möglich ist, gemeinsame Aktionen zu üben, zum Siege des Proletariats. (Lebhafte Beifälle.)

Kunzeht erfolgte die Wahl der Kommission für die Bearbeitung der Richtlinien für die Methoden und Organisation des Kampfes. Es werden gewählt: Czyprien und Digmann (Deutschland), Schinwell und Allan (England), Westfall und Brade (Frankreich), Gwizic (Jugoslawien), Kalinin (Vestland), Adler und Selg (Österreich), Wälinen (Rumänien), Abrahamowitsch und Schreider (Rusland), Schmidt und Grimm (Schweiz), Gsch (Tschecho-Slowakei), Januschowitsch (Litauen) und Kunfi (Ungarn).

Hierauf werden die Verhandlungen auf Donnerstag 11 Uhr mittags vertagt.

Reichstag.

Frage.

Berlin, 23. Februar.

Abg. Wulle (Dnat.) beklagt sich, daß in Halle a. S. ein Umzug des Deutschholländischen Schul- und Truhbundes verboten wurde, während der Sozialdemokraten Umzüge gestattet wurden. — Ministerialrat von Jacobi erwidert, der Schul- und Truhbund sei erlaubt worden; am 16. Januar mit Rücksicht auf die gespannte Lage von dem Umzug abgesehen. Da er diesem Erlaß nicht entsprach, hat die Polizeiverwaltung im Einvernehmen mit dem Regierungspräsidenten und dem Oberpräsidenten mit Rücksicht auf die große Erregung der Bevölkerung den Umzug verboten. Der Umzug wäre wahrscheinlich mit Gewalt verhindert worden; an einem Wochentage hätte er ohne Bedenken gestattet werden können.

Auf eine Anfrage des Abg. Mumm (Dnat.) über die angeblich widerrechtlichen Massenhaftungen, die am 6. Dezember im Siegerland bei Führern der Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei vorgenommen wurden, teilt ein Regierungsvertreter mit, daß der Regierungspräsident nochmals zur Berichtigung aufgefordert, der Bericht aber noch nicht eingetroffen sei. Die Reichsregierung habe kein Mittel, auf eine Beilegung der Antwort hinzuwirken. (Hört, hört! rechts.)

Auf eine Anfrage des Abg. Erlesenz (Dem.) über die widerrechtliche Verhaftung zweier Beamten der Reichsvermögensverwaltung durch französische Militärgerichte erwidert die Regierung, daß die beiden Beamten pflichtgemäß gehandelt hätten, als sie sich weigerten, für ein französisches Unteroffiziersheim und Unteroffiziersfamilien Räume und Möbel zu beschaffen. Der Rechtsstandpunkt ist dem französischen Gerichtshof gegenüber mit Nachdruck vertreten worden. Die Regierung wird nimmer beim Obersten Rat gegen das ungesetzliche Verfahren Einspruch erheben. Reichsarbeitsministerium.

Die Aussprache wird fortgesetzt.

Abg. Walzahn (Komm.): Das Arbeitsministerium kann in einer sozialistischen Republik immer nur ein geübtes Werkzeug des privaten Profits sein. Man treibt die Arbeiter durch Betriebsentstellungen, Beschlüsse gegen den Achtstundentag und Entzüge der Tarifverträge geradezu in den Notwehrkampf hinein. Man will die Arbeiter zu Gewalttätigkeiten provozieren, um sie dann niederzuschlagen und rechtlos der Ausbeutung zu überlassen. Die Unternehmer müssen gezwungen werden, angesichts des großen Arbeitslosenstands in ihren Betrieben die volle Produktion wieder aufzunehmen. Wir fordern für die Erwerbslosen eine monatliche Beihilfe von 400 Mk. für Ledige und 400 Mk. für Verheiratete. Außerdem verlangen wir eine Verdopplung der Unterstützung und Eingliederung der Erwerbslosen in den Produktionsprozess. Die produktive Erwerbslosenfürsorge ist ausgearbeitet in einem Korruptionsfonds für das profitwillige Unternehmertum. Wo sind die 5 Goldmark geblieben, die nach dem Abkommen von Spa für die Bergarbeiter verwendet werden sollten? Die Bergarbeiter haben für teures Geld nur minderwertige Lebensmittel bekommen; sie haben jetzt das Ueberflüssigste abgenommen und werden sich nicht zum zweitenmal einlassen lassen. Die Kostenbarone aber verdienen das Zwofache monatlich wie im Vorjahre. Der Minister sollte auch auf die Standarden Vorgänge in der Rüstungsindustrie achten. Dort fordert man Wucherpreise und geht gleichzeitig mit den schärfsten Mitteln gegen die Tarifverträge vor. Die Eisenbahner wollen Herr Stinnes auf der Eisenkonferenz im Auftrage der Regierung mit Zurechnungen von Speck und Schmalz zur Mehrarbeit verurteilen. Woher hat Stinnes das Recht, über diese Vorkräge zu verfügen, während für die hungrigen Arbeitslosen ein etwas da ist? Da die Eisenbahnbeamten nicht darauf hereinfallen, ist von der Regierung im Einvernehmen mit dem Unternehmertum die Generalkonferenz gegen den Achtstundentag eröffnet worden. Der erste Schritt war die Neuregelung der Arbeitszeit der Beamten. In den Umkleekabinen werden langjährige Angestellte in Menge entlassen, um Plätze für die Offiziere freizumachen. Das Verhältnismäßig und das Arbeitsmessen der arbeitenden Jugend überhaupt muß geregelt werden, desgleichen muß der eines Kulturstaats unwürdigen Behandlung der Altersrentner abgeholfen werden. Wir verlangen eine radikale Amortisation der gesamten sozialen Fürsorge. Wir werden die Arbeiter, Angestellten und Beamten aufzurufen zur Einheitsfront im Kampfe um die Erhaltung gegen den Kapitalismus.

Abg. Frau Köhler (Soz.): Bei der Schaffung des allgemeinen Arbeiterrechts dürfen die Hausangestellten nicht vergessen werden. Ein Notgesetz ist ein Gebot der Stunde. Wir sehen aus den Berichten der Schlichtungsausschüsse, mit welchem Nachdruck sie oft drängen müssen, daß Tarifverträge durchgeführt werden. Die Hausangestellten unterliegen heute immer noch den Paragrafen des Bürgerlichen Gesetzbuchs. Das Arbeitsministerium muß so schnell als möglich ein Notgesetz vorlegen, damit die Arbeitsbedingungen der Hausangestellten geregelt werden. Der Zentralverband der Hausangestellten Deutschlands hat sich zu ernstlicher Mitarbeit bereit erklärt. (Beifall bei den Soz.)

Abg. Lambach (Dnat. Sp.): Angestellte und Arbeiter müssen wieder ein inneres Verhältnis zu ihrer Arbeit gewinnen und wir müssen daher ihre Kapitalbeteiligung in den dazu geeigneten Unternehmen. Ein Teil der Gewerkschaften, z. B. der Gewerksverein christlicher Bergarbeiter u. a., zieht die Kapitalbeteiligung der Sozialisierung vor, ebenso kommen weisshäutige Arbeitgeber, wie Hugenberg, Stinnes, Bögeler, zur selben Anschauung.

Reichsarbeitsminister Dr. Brauns: Unsere soziale Gesetzgebung ist erst längst in Washington anerkannt worden, allerdings geht es bei den gegenwärtigen Verhältnissen nicht ohne ein gewisses Klavierwerk. Die Verzögerung in der sozialen Gesetzgebung habe ich bereits bei Besprechung der einzelnen Gesetze erklärt. Auf der einen Seite ruft man immer lauter nach Gesetzen und auf der anderen Seite fragt man über die Gesetzgebung in Berlin Die Bestimmungen der Zivilprozessordnung können wir auf keinen Fall auf die Schlichtungsausschüsse anwenden. Bei Streitigkeiten wird man die Zahl der Beisitzer nicht weiter herabsetzen können als auf beiden Seiten zwei. Die große Zahl der Streitigkeiten spricht nicht dafür, daß die Tarifverträge sich nicht eingebürgert haben. Die Streitigkeiten sind auf die Verhältnisse der Demobilisierung zurückzuführen. Für die Beteiligung der Kriegsgeschädigten an der Verwaltung ihrer Angelegenheiten werde ich sorgen. Die Arbeitslosenfürsorge wird teils für zu hoch, teils für zu gering gehalten. Wir haben also wohl die richtige Mittelfindung. Für Arbeitsbeschaffung ist in erster Linie zu sorgen Die Selbstverwaltung der Arbeitslosen kann nicht aufgehoben werden, aber bei den Ausnahmen ist ein Entgegenkommen möglich. Für das Krankenversicherungsgesetz ist das Finanzministerium kompetent Die Arbeiter selbst haben eine Kommission eingeleitet, die im November den fünf-Goldmark-Fonds kontrolliert hat. Aus den Berichten, soweit sie da sind, geht hervor, daß das Arbeitsministerium kein Wortwort trifft. Von den Spektoralen des Herrn Stinnes ist mir nichts bekannt. Mit der Ueberleitung von Frauen in die Hauswirtschaft mit Mitteln der produktiven Erwerbslosenfürsorge tun wir dasselbe wie bei andern Berufen. Dabei wirkt ein paritätischer Ausschuss mit. Im Ministerium wird das end-

gültige Gesetz für die Hausangestellten vorbereitet und nicht ein Notgesetz. Die Angelegenheit der Reichswohlfahrtskasse wird so beschleunigt, daß das Gesetz noch in dieser Tagungsperiode verabschiedet werden kann. Vorentwürfe für das Angestelltenrecht für die Grundzüge des Arbeitsvertragsrechts und die Frage eines Sondergesetzes über den Urlaub werden in den Unterarbeitsämtern im Arbeitsministerium geprüft. Die Entschädigung Herzt betrifft Gewinn- und Kapitalbeteiligung ist außerordentlich unklar. Eine Gewinnbeteiligung auch in der Landwirtschaft ist an sich natürlich durchaus möglich. Dem Antrag von vornherein feindselig entgegenzutreten, liegt keine Veranlassung vor.

Abg. Geißler (D. Sp.): Die Entschädigung Herzt ist tatsächlich zu unklar. Auch diese Unternehmer scheinen die Gewinnbeteiligung ab. In den meisten Betrieben aber ist der Lohn doch nur eine Abschlagszahlung und eine weitere Gewinnbeteiligung der Arbeiter berechtigt. Der Gewinn soll aber nicht den Gewerkschaften zufließen werden, sondern man sollte diese Gewinnanteile in den Betrieben lassen und zur Schaffung von Wohlstandsmitteln zwecks Bewilligung von Zuschüssen zu Altersrenten und Pensionen benutzen. Daneben ist die Frage zur Klärung von Kleinrenten zu lösen.

Abg. Erling (Zentr.): Die Behauptung des Herrn Geißler, die Arbeiter seien dem Spiel ergeben, ist eine unerhörte Verschönerung. Abg. Frau Behm (Dnat. Sp.): Die Wünsche der Heimarbeitnehmer sollen nun endlich erfüllt werden. Die Wiedereinführung der Krankenversicherung der Hausgewerbetreibenden begrüßen wir.

Abg. Frau Ziegler (USP.): Solange die Klassengegensätze in ihrer jetzigen Schärfe bestehen, ist eine Verständigung zwischen dem veredelten Proletariat und dem ausbeuterischen Unternehmertum unmöglich. Schon lange haben wir ein einheitliches Recht für die Hausangestellten gefordert, aber die Regierung hat diese Angelegenheit immer wieder verschleppt. Die Hausangestellten sind am reichlichsten von allen Angestellten, sie werden vielfach immer noch als Menschen zweiter Klasse behandelt. Aus meiner eigenen Jugenderfahrung weiß ich, daß die Hausangestellten noch viel mehr ausgenutzt werden als die Fabrikarbeiterinnen. Ich verlange daher für die Hausangestellten die Abschaffung von Tarifverträgen und die Einführung des Achtstundentags, ferner besonderen Schutz für die Jugendlichen und obligatorischen Fortbildungsunterricht.

Abg. Schimmelpfennig (Dnat.): Der Deutsche Landarbeiterverband weigerte sich, bei Abschließung von Tarifverträgen die Arbeitnehmergruppe des Pommerischen Landbundes als gleichberechtigt anzuerkennen. Wir protestieren dagegen, daß sich der Reichsarbeitsminister diese Stellungnahme zu eigen machte. Die Arbeitnehmergruppe des Landbundes ist eine wirtschaftlich selbständige Organisation, die die wirtschaftliche Vertiefung sucht. Der Reichsarbeitsminister dieser Organisation von 55 000 Köpfen seine Anerkennung, so unterstützt er dadurch die radikalen Verbände, die die Volksernährung dauernd durch Streiks schädigen.

Abg. Karsten (USP.): Aus den Ausführungen der bürgerlichen Redner kann man erkennen, daß sie die Unmöglichkeit sehen, im bisherigen Rahmen des Wirtschaftslebens weiter zu arbeiten, daß sie den kommenden Sieg des Sozialismus erkennen und daß sie diesem die Spitze abbrechen suchen durch Gewinnbeteiligung und ähnliche Mittelchen. Wie der Abg. Geißler den Antrag Herzt begrüßte, indem er die Lieberlichkeit der Arbeiter vorschob, ist ganz unerhört. Ich möchte wissen, wieweit von den 35 000 Mitgliedern der Arbeitnehmergruppe des Landbundes wirkliche Arbeiter sind. Die Vertreter des Landbundes, in der Hauptsache Offiziere, sind nicht sachverständig und geeignet, Tarifverträge abzuschließen. Der Pommerische Landbund ist keine wirtschaftlich selbständige Organisation, sondern er vereint in sich die Schmarotzer des arbeitenden Deutschlands.

Abg. Walzahn (Komm.): Ich stelle fest, daß die von mir erwähnte Konferenz in Essen tatsächlich stattgefunden hat, und zwar am 22. Dezember in der Eisenbahndirektion. Ueber die Vorgänge in den Deutschen Werken in Spandau in bezug auf Arbeiterentlassungen und systematische Stilllegung der Betriebe verlangen wir vom Arbeitsminister Rede und Antwort. Mit den Kleinrenten wird ein schwindelhaftes Manöver getrieben, Herr Geißler, es gehört eine besondere Moral dazu, seine Arbeitsgenossen zu verraten. (Redner erhält einen Ordnungsruf.)

In der Einzelbesprechung antwortet beim Reichsversicherungsamt auf Anfrage des Abg. Hoch (Soz.) Staatssekretär Geiß: Die Einführung des Rentenrechts an Stelle des Altersrentenrechts ist beabsichtigt. Infolge der letzten Erhöhung der Versicherungsrenten liegen noch 30 000 rückständige Anträge vor Sie werden aber jetzt aufgearbeitet. Die Untersuchung wegen der beanstandeten Unregelmäßigkeiten im Versicherungsamt ist im Gange; in der nächsten Woche wird entschieden werden, ob ein Disziplinarverfahren eingeleitet werden soll.

Darauf werden die Anträge und Entschuldigungen des Ausschusses angenommen. Angenommen werden ebenfalls der Antrag aller Parteien auf schleunige Vorlegung des Hausangestelltengesetzes, der unabhängige Antrag auf Vorlegung eines Arbeitsgesetzes für Arbeiter und Angestellte, die sozialdemokratischen Anträge auf Erhöhung der Reichswohlfahrtskasse und auf Wiedereinstellung des entlassenen Bazarpersonal, sowie ein Antrag aller Parteien auf Unabhängigen und Kommunisten auf Gewährung unversämlicher Vorläufe an die Länder zur Förderung des Wohnungsbau. Der Antrag Herzt (Dnat.) auf Vorlegung eines Gesetzes über die Gewinnbeteiligung der Arbeiter und Angestellten wird gegen die beiden Reichsparteien abgelehnt.

Damit schließt die zweite Lesung des Haushalts des Arbeitsministeriums. — Das Gesetz über die Neuberechnung des Jahresarbeitsverdienstes in der Unfallversicherung geht an den nächsten Ausschuss. Der Etat des Reichsversicherungsministeriums und der Eisenbahnen für 1920 und 21 geht an den Hauptausschuss. — Damit ist die Tagesordnung erschöpft.

Vizepräsident Bell schlägt vor, die nächste Sitzung Sonnabend 12 Uhr mit folgender Tagesordnung: Notat abzugeben, zweite Beratung des Haushalts des Reichspräsidenten Dispositionsfonds, Militärgerichts, Rechnungshofs und Finanzministeriums.

Abg. Rosenfeld (USP.) beantragte, als ersten Punkt auf die Tagesordnung den Etat des Reichsministeriums des Innern zu setzen. Wir wollen den Notenwechsel zwischen Reichsregierung und bayerischer Regierung in der Entwaffnungslage kennen lernen und haben einen dementsprechenden Antrag dazu gestellt. Es darf nicht scheitern, daß die bayerische Regierung die Entwaffnung immer wieder hinauschiebt. Wir wollen ferner Auskunft darüber, was an den Nachrichten über den kommenden Rechtsputsch wahr ist. (Lärm und Gelächter bei den Rechten.)

Abg. Adolf Hoffmann (Komm.): Wir schließen uns dem Antrag und den Ausführungen des Redners an. Glauben Sie (nach rechts) nur nicht, dadurch, daß Sie den Etat des Ministeriums des Innern fortwährend von der Tagesordnung abheben, die Entente täuschen zu können. (Lärm rechts.) Wenn Sie ihn wieder abheben, dann machen Sie sich nur verdächtig. Sie haben nicht den Mut zur Wahrheit und wollen das Volk wieder anlügen. (Großer Lärm; der Redner erhält einen Ordnungsruf.) In der nun folgenden Abstimmung über den Antrag Rosenfeld wird dieser gegen die Stimmen der Unabhängigen und Kommunisten abgelehnt.

Abg. Rosenfeld (USP.) erklärt, den Antrag seiner Fraktion auf Aufhebung der Verordnung des Reichspräsidenten beim Etat des Reichspräsidenten vorbringen zu wollen.

Vizepräsident Bell: Da sich kein weiterer Widerspruch erhebt, bleibt es bei der alten Tagesordnung.

Schluß 6 1/2 Uhr.

Der Kasseler „Rote-Armee“-Prozeß

Kassel, 22. Februar.

Im Verlauf der Vernehmung des Angeklagten Schröder kam unter andern Dokumenten auch ein „Befehl zum Harbaken“ zur Sprache, in dem es heißt, daß jede Organisation diesen Befehl

möglichst selbständig und genau ausführen müsse und der genauere militärische Einzelheiten enthält. In einem andern Befehl vom 5. Januar 1921 heißt es: „Die Bezirke müssen die Unterbezirke sofort in Kenntnis setzen, daß alle Waffen, die bisher vergraben waren, bis spätestens Ende Januar ausgegraben und gut gereinigt werden müssen. Ueberhaupt muß bis dahin alles klar gemacht sein.“ Der Angeklagte bemerkt hierzu, daß er lediglich eine Gegenaktion gegen einen Angriff von rechts vorbereiten wollte, über den ihm bestimmte Nachrichten vorgelegen hätten.

Hierauf gelangte eine Reihe weiterer Briefe und Äußerungen zur Verlesung. Der Angeklagte Schröder erklärt hierzu, daß ihm diese Papiere ganz unbekannt seien und es sei unmöglich, daß man sie bei ihm vorgefunden habe. Rechtsanwalt Dr. Wolff: Ich bitte die Polizeibeamten zu laden, die das Material beschlagnahmt und transportiert haben. Wir behaupten, daß ein Teil der Materials nach der Beschlagnahme hineingeschmuggelt worden ist, um die Angeklagten zu belasten. — Staatsanwalt Dr. Mener: Ich habe diese Behauptung vorausgesehen. Ich habe deshalb das Material beschützt, damit nichts durcheinander kommt. — Vorsitzender: aus einem Notizbuch des Angeklagten verlesend; Wessel 1100 Mann Besatzung. Im Falle der Aktion festlegen auf Verteilung, Befehle der Bahnstrecke. Dann folgt die Angabe der Besatzung nach Gemehren, Pistolen und Panzerautos. — Angeklagter: Das Schriftstück bezog sich auf die Befehle Wessels. — Vorsitzender: Mir liegt ein Brief vom 13. 12. 20 vor, in dem es heißt: „Nach der Berliner Besprechung haben wir sofort eine Konferenz einberufen, in der wir uns die Leitung konstituiert haben, in der technische, kaufmännische und militärische Sachkräfte vertreten sind. Wir bitten, mit der Eigenbrödelei aufzuhören. Der Instanzweg muß eingehalten werden, wenn die Organisation schlagkräftig bleiben soll. Die Einziehung eines politischen Kommissars ist dringend notwendig. Wir brauchen für alle Bezirke die Oberbezirke, die bei dieser Aktion mit der Waffe kämpfen, Ausweise, die schon jetzt hergestellt werden müssen, damit wir später eine Kontrolle haben. Anfang oder Mitte Januar erwarten wir den Zusammenstoß. Wir werden gerüstet sein. In dem Schriftstück wird dann Mitteilung über die Erfindung eines revolutionären Arbeiters gemacht. Es handelt sich um eine Erdmine zur Tankabwehr, die nach einem Vermerk des Angeklagten Schröder im Schriftstück sehr einfach konstruiert sei und sich auch für den Straßenkampf eignen würde. Schröder hat dann weiter hinzugesagt, daß es wahrscheinlich nicht nötig sein würde, die Minen in größeren Mengen herzustellen, sie könnten aber den russischen Armeen eventuell empfohlen werden. — Vorsitzender: Das Schriftstück ist mit Alfred und Hans unterzeichnet. Alfred ist Ihr Deckname und Hans der für Jaiker. Was hatte denn der damit zu tun? Es ist doch auffallend, daß auch er mit darunter steht. — Angeklagter: Das hat mit Jaiker nichts zu tun. Ich habe kein Versteck die Anweisung erhalten, so zu unterzeichnen. — Vorsitzender: Was wollten Sie denn mit den Ausweisen? — Angeklagter: Das richtete sich gegen das Kumpferproletariat. — Vorsitzender: Und weshalb wollten Sie die Minen gerade der russischen Armee empfehlen? — Angeklagter: Wir dachten, daß die M. B. J. Verbindung mit Russland haben würde. — Vorsitzender: Was heißt denn die M. B. J.? — Angeklagter: Darüber habe ich mir noch keine Gedanken gemacht. — Vorsitzender: Woher bekam denn die M. B. J. das Geld? — Angeklagter: Das weiß ich nicht. Vielleicht aus dem Propagandafonds der Partei. (Bewegung.) — Vorsitzender: Ihre Genossen haben doch den Sowjetern, Deutsches nicht auf eine Verbindung mit Sowjet-Russland hin? — Angeklagter: Wir fühlen uns mit Russland solidarisch. — Vorsitzender: Hat die M. B. J. nicht ihr Geld aus Russland bekommen? — Angeklagter: Das kann ich nicht behaupten.

Vorsitzender zum Angeklagten Schröder: Bei der Aussage Harbichs war ein Referat von Ihnen erwähnt worden, in dem davon die Rede war, daß die Aktion um 14 Tage verschoben werden müsse. Darin wurde auch der Ausdruck K. O. erwähnt. Was meinen Sie denn K. O.? — Angeklagter Schröder: Das heißt Arbeiter-Organisation. — Vorsitzender: Diesen Ausdruck hören wir ja zum ersten Male.

Nach der Mittagspause kam es zwischen der Verteidigung und dem Gericht zu einer lebhaften Auseinandersetzung über das angebliche Verschwinden von Drogenmaterial, das bei den Angeklagten vorgefunden worden sei. Rechtsanwalt Wolff behauptete, daß beim Oberpräsidium in Münster das bei den Angeklagten beschlagnahmte und für die Drogen belastende Material entweder verschwinden oder abhändeln mit andern Sachen verwechselt worden sei. Im Anschluß hieran teilt Dr. Wolff mit, daß auch bei der Verhaftung des Angeklagten Klinkmüller aus einer Kiste, in der er seine Papiere aufbewahrt, der Aufmarschplan der Orgel gegen Frankreich spurlos verschwunden sei. Wegen dieser Angelegenheit hätten bereits französische Offiziere die Frau des Klinkmüller aufgesucht, um nach dem Aufmarschplan zu forschen. Der Verteidiger äußerte die Vermutung, daß an der letzten Verhandlung in Zukunft auch französische Offiziere als Zuhörer teilnehmen würden. Dann überreichte Dr. Wolff dem Gericht einen angeblich vom Hauptmann Pfeiffer stammenden Originalplan, der diesem aus seiner Aktentasche gefallen sein soll. Der Plan enthalte genau dasselbe Aufmarschmaterial, wie es jetzt zum Gegenstand der Anklage diene, und zwar stamme dieses Material aus dem Monat August 1920. Pfeiffer habe damals im Auftrag des Reichspräsidenten eine sogenannte Bürgerwehrorganisation organisieren sollen, die die Aufgabe hatte, gegen Streik und Unruhen vorzugehen. Auch bezüglich der sogenannten militärischen Verbände der ehemaligen Baltikamer legte Dr. Wolff dem Gericht Material vor, aus dem hervorzugehen soll, daß diese Verbände militärisch organisiert seien und bei Unruhen gegen die Arbeiterbewegung verwendet werden sollten.

Als nächster Angeklagter wurde Johann der Expedient Rabbitsch vernommen. Dieser war beim Ruhr-Echo angeklagt und hatte, wie er angibt, die Aufgabe, den Nachrichtendienst für die Reaktion zu übernehmen. Auch sei es ihm gelungen, Stöbel zu entlarven und unschädlich zu machen. Ende Oktober oder November habe er dann in Essen einer Konferenz beigewohnt, in der eine Abwehrorganisation in militärischem Sinne beschlossen wurde. Zu dieser Konferenz hatten u. a. die Vertreter Dortmunds die nötigen Vorkenntnisse und Richtlinien schon mitgebracht. Er, Rabbitsch, Jaiker und Schröder hätten der Sache aber sehr skeptisch gegenübergestanden, da ihnen die Pläne Dortmunds nicht passten. In einer späteren Konferenz hätten sie dann erklärt, daß sie bei dieser Geschichte nicht mitmachen wollten, und hätten es sich deshalb gefallen lassen müssen, daß die Vertreter Dortmunds sie als Vertreter bezeichnen.

Es werden hierauf weitere Schriftstücke verlesen, die der Rabbitsch beschlagnahmt wurden. Der Angeklagte bleibt aber trotz aller Fragen des Vorsitzenden dabei, daß diese Papiere entweder gar nicht von ihm stammen oder sich nur auf seinen politischen Nachrichtenendienst bezogen. Auf Befragen des Staatsanwaltes, wie es denn mit der Konferenz vom 17. Februar im Ruhr-Echo stünde, erklärt Rabbitsch, daß Klinkmüller, Harbich und Schröder zwar dort gewesen seien, daß aber eine Konferenz nicht stattgefunden habe. Rechtsanwalt Wolff beantragt hierauf, den Angeklagten Rabbitsch aus der Haft zu entlassen, da nach seinen Aussagen und dem bei ihm beschlagnahmten Material keine Verurteilung überhaupt nicht in Frage komme. Der Staatsanwalt widerspricht diesem Antrag, da von einer Entlastung angesichts des beschlagnahmten Materials keine Rede sein könne. Nach einer längeren Auseinandersetzung zwischen dem Angeklagten, den Verteidigern und dem Gerichtshof, in der der Angeklagte immer wieder bei seinem ursprünglichen Aussehen blieb, beschloß das Gericht, dem Antrag der Verteidigung stattzugeben und den Haftbefehl gegen Rabbitsch aufzuheben.

Dann wurde die Verhandlung auf Mittwoch vertagt.

Ämliche Bekanntmachungen.

Freigabe von Kohlenmarken des Hausbrandjahres 1920/21.

- 1. Die Marken D 2-5 der Hauptkohlenkarte, B 3 Kohlenkarte für Untermieter, C 4 Kohlenkarte für Untermieter, D 3 Kohlenkarte für Untermieter, B 3-5 grauen Baukarte, 9 Kohlenkarte für Haushalte ohne Gas, 7 grünen Gewerbetohlenkarte, 7 roten Gewerbetohlenkarte, 6 blauen Gewerbetohlenkarte, 6 weißen Gewerbetohlenkarte, 6 Kohlenkarte Zentralbetreibungen, 6 Kohlenkarte f. Zentralheizungen, 6 Kohlenkarte für Behörden, 6 Kohlenkarte für Behörden

werden zur Belieferung freigegeben. 2. Die Kohlenhändler dürfen Behörden, Zentralbetreibungen und Gewerbetreibende mit Ausnahme der Krankenhäuser, Kliniken, Speiseanstalten, Volkshäuser, Bäder, Kassen, Apotheken sowie Metzger für ihren Bedarf zur Vorkaufstellung mit Befreiung erst dann beliefern, wenn die Belieferung der Haushaltungen mit den freigegebenen Mengen nach Maßgabe der tatsächlichen Eingänge sichergestellt ist. 3. Auf die bisher zur Belieferung freigegebenen Kohlen- und Koksarten darf Grubekohle nicht mehr abgegeben werden. 4. Zuwiderhandlungen gegen die Bekannt-

machung werden auf Grund von § 31 der Bekanntmachung des Reichskommissars für die Kohlenverteilung vom 30. Dezember 1920 mit Gefängnis bis zu einem Jahr und mit Geldstrafe bis zu 10000 Mk. oder mit einer dieser Strafen bestraft. Leipzig, am 25. 2. 21. Der Rat der Stadt Leipzig.

Mittelsmittelverteilung. Marken 14 R der allgemeinen Lebensmittelkarte Reihe R 250 g Lebensmittel (1.-Mk.). Markenabgabe: Verbraucher bis 1. 3., Kleinhandl. an Osmänner bis 2. 3. Bezugseinnahme 3. 3. in der üblichen Weise. Warenentnahme durch die Verbraucher bis 15. 3. Ernährungsamt Leipzig, am 26. Februar 1921.

Markranstädt. Die Ausgabe der neuen Marken erfolgt am Montag, den 28. Februar 1921, im Kartenamt am Wehbadweg, in der Zeit von 8-11 Uhr vormittags und von 1-3 Uhr nachmittags. Markranstädt, am 26. Februar 1921. Der Stadtrat.

Am Sonnabend, den 26. Februar 1921, gelangt gegen Vorweis der laufenden Brotkarte bei den Bäckereien ausländisches Roggenmehl zum Preise von 5.- Mark pro Pfund, mit 1/2 Pfund pro Person, zur Ausgabe. Der Stadtrat.

Städt. Sparkasse, Brandis. Tägliche Verzinsung mit 3 1/2 Prozent. Einlagenhöhe eines Sparkassenbuchs 20000 Mk. Aufbewahrung u. Verwaltung von Wertpapieren. Vermietung von Schlössern. Konto 1 der Girokassa Brandis. Postfachkonto Leipzig Nr. 6731. Geschäftszeit 8-1 und 2-4 Uhr. Fernspr. 35.

Sparkasse Böhlitz-Ehrenberg. Geschäftszeit 8-1 Uhr. Postscheckkonto Nr. 43200.

Sparkasse Gaußsch Gemeindeamt. Geschäftszeit: Montag bis Freitag 8-2 Uhr, Sonnabends 8-1 Uhr. Tägliche Verzinsung mit 3 1/2 Prozent. Postfachkonto Nr. 14601 Leipzig. Girokonto Nr. 85 bei der Girokassa Leipzig, Neumarkt 35.

Städt. Sparkasse Naunhof. Geschäftszeit: Jed. Werk. vorm. 8 bis nachm. 1 Uhr, außerdem Montag bis Freitag nachm. 2-4 Uhr. Einlagenhöhe 30000 Mk. Tägliche Verzinsung. Vermietung von Schlössern, Kontrollmarken. Postfachkonto Leipzig Nr. 1809. Girokonto bei der Girokassa Naunhof u. Leipzig. Fernspr. Nr. 1.

Sparkasse Knauthain-Knautkleeberg. Geschäftslokal: Schule Knauthain, 5 Minuten vom Bahnhof Knauthain, 25 Min. von der Straßenbahn 1. Endstation Großschöder. Geschäftszeit: Täglich vormittags von 9 bis 1 Uhr. Tägliche Verzinsung zu 3 1/2 Prozent. Kontrollmarken. Postfachkonto: Leipzig 20214.

Sparkasse Thekla (Nathaus). Tägliche Verzinsung: 3 1/2 Prozent. Kontrollmarken. Geschäftszeit: Werktags 8-3, Sonnabends 8-2 Uhr.

Debsch-Marckleeberg. Gemeindeamt Debsch Nathaus-Marckleeberg. Postfach Leipzig 14009. Fernspr. 35771. Postfach Leipzig 50357. Fernspr. 35478. Zinsfuß 3 1/2 Prozent. Geschäftszeit 8-1 Uhr. Girokonto: Girokassa Leipzig, Neumarkt 35. Aufbewahrung u. Verwaltung von Wertpapieren. An- und Verkaufvermittlung.

Stahlkammer. Schließfächer. Sparkasse Wahren im Rathaus. Fernspr. 50037. Kassentunden: ununterbrochen v. 8-1/2 Uhr. 2 1/2 Millionen Mark Einlegerguthaben. 3 1/2 Prozent tägliche Verzinsung. Kostenlose Aufbewahrung und Verwaltung von Wertpapieren. Girokonto bei der Girokassa Leipzig, Neumarkt 35. Postfachkonto: Leipzig, Nr. 6702.

U.S.P.D. Gross-Leipzig

Montag, den 28. Februar, abds. 8 Uhr. Mit-Leipzig. Frauenversammlung im Jugendheim, Brautstr. 17. Vorträge über: Die Religion und ihre Geschichte. Zahlreichen Besuch erwartet. Die Vertrauensperson.

Plagwitz-Lindenau-Schleußig. Montag, den 28. Februar, abds. 8 Uhr. Frauen-Diskussionsabend im Gambinus. Umd. Obermannstr. 12. Tagesordnung: 1. Vorträge: Die Forderungen der Entente und ihre Wirkungen auf die Arbeiterklasse. 2. Vorträge: 3. Verschiedenes. Zahlreichen Besuch erwartet. D. V.

Eltern-Versammlung

Alle Genossinnen und Genossen der U. S. P. D. die nach Eltern nach Kinder in die

1., 2., 3., 4. u. 5. Volksschule

schicken, haben die Pflicht, Dienstag, den 1. März, abends 7 1/2 Uhr, in der Versammlung im Volkshaus zu erscheinen.

- Tagesordnung: 1. Die Bedeutung der Elternräte. 2. Bericht der Elternräte. 3. Aufstellung von Kandidaten für die Elternratswahl. Eltern der Neuaufgenommenen sind besonders eingeladen. Die Obleute.

Eltern-Abend.

Dienstag, den 1. März, abends 7 1/2 Uhr, im Caféschlösschen, Plagwitz (Kolonnadenaal) folgenden Versammlung eingeladen.

- Tagesordnung: 1. Vortrag über: Die Notwendigkeit und die Aufgaben der Elternräte. Referent: Herr Arnold, Leipzig. 2. Aufstellung von Kandidaten zu den kommenden Elternratswahlen. 3. Verschiedenes. Genossinnen und Genossen! Im Interesse Eurer Kinder habt Ihr die Pflicht, vollständig die Versammlung zu besuchen. Die Obleute.

D. W. T. G.

Deutsche Wohnungstausch-Genossenschaft m. b. H. Vertreter in 131 Orten vermittelt Wohnungstausch von und nach allen Richtungen und in den Städten durch die Vertreter der deutschen Wählertransport-Gesellschaft, hier in Leipzig durch die Firma G. Schlußing, Molkestraße 76/78. Nähere Gebühren erst nach zustandekommemen Tausch fällig.

Feurichsaal, Schulstr. 1. Öffentliche Vorträge. Sonnabend, 26. 2., abends 7 1/2 Uhr. O. Jensen: Engels als dialektischer Monist. Sonnabend, 5. 3., abends 7 1/2 Uhr. Privatdoz. Dr. Erkes: Der Ursprung d. Religion. Anschließend freie Aussprache. Eintritt Mk. 2.- Deutscher Monatsbund (Mitglied Mk. 1.-) O.-G. Leipzig

Sonntagsgewerbeschule der Polytechn. Gesellschaft

Anmeldungen neuer Schüler und Schülerinnen für das Schuljahr 1921/22 werden allsonntäglich von 8-12 Uhr im Schullokal, Beilngstr. 25, angenommen. Der Besuch dieser Schule befreit die außerhalb Leipzigs wohnenden Fortbildungsschüler von dem Besuche ihrer heimatlichen Fortbildungsschule. Unterrichtsgegenstände sind: Sonntag und Freitag. Unterrichtsfächer sind: Deutsch, Rechnen u. Geometrie, Buchführung, Bürgerkunde, Materialkunde, technisches Freihandzeichnen, Projektions- und Fachzeichnen, Rund- und Flurdrift, Genographie. Schüler, die sich dem Baujahr widmen wollen, finden entsprechende Vorbildung zur Aufnahme in die Bauakademie. Auch bestehen noch besondere Unterrichtskurse für angewandte Mathematik, Maschinenkunde, Zeichnungskunde, Graphik und Elektrotechnik an Wochenabenden von 6-9 Uhr. Das Schulgeld beträgt für wöchentlich achtstündigen Unterricht jährlich 80 Mk. Für vierstündigen Unterricht 50 Mk. für Unterrichtsurie halbjährlich 25 Mk. Aufnahmegebühr 1 Mk. Die Schulleitung.

Arbeiter, propagiert und erlernt die Völkersprache ESPERANTO

Wir eröffnen ab 28. Februar 1921 folgende 11 LEHRKURSE

- Zentrum: Petrischule, Sidonienstraße. Mittwoch. Süd: 7. Volksschule, Bornaische Straße 104. Freitag. Ost: 15. Volksschule, Nonndt, Wismanstraße 23. Montag. 26. Volksschule, Reudnitz, Loreckstraße 5. Freitag. Buchdrucker-Fachschule, Plautostraße 4. Mittwoch. Paunsdorf: Schule. Dienstag. Norden: 38. Volksschule (rote Schule), Go. Breitenfelder Str. Montag. Westen: 44. Volksschule, Lindenau, Denneringstraße 31-33. Mittwoch. 47. Volksschule (Vorbereitungsschule) Plagwitz, Elisabethallee 24. Dienstag. Wahren, Virenschloßchen. Donnerstag, 10. März, abends 7 1/2 Uhr. Markranstädt: Schule. Montag.

Die Kurse finden abends von 7-9 Uhr statt. Der Unterricht wird kostenlos erteilt. Für Lehrmittel und zur Deckung eines Teiles der Unkosten zahlen Erwachsene 6 Mk., Jugendliche und Arbeitslose bezahlen nur das Lehrbuch zum Preise von 1.20 Mk.

Genossen! Propagiert für unsere Sache! Esperanto muß die zweite Sprache jedes intelligenten Arbeiters, die zweite Sprache des modernen Proletariats werden! Ortsgruppe Leipzig des Deutschen Arbeiter-Esperanto-Bundes

Feuerbestattungskasse prolet. Freidenker

(Eingetragener Verein) Leipzig. Öffentliche Versammlungen finden statt in:

- Böhlitz-Ehrenberg, Große Eiche. Dienstag, 1. März, abends 7 1/2 Uhr. Westen, Weichendallen. Donnerstag, 3. März, abends 7 1/2 Uhr. Norden u. Wölkern, Goldene Krone. Montag, 7. März, abends 7 1/2 Uhr. Süd u. Zentrum, Volkshaus. Mittwoch, 9. März, abends 7 1/2 Uhr. Wahren, Virenschloßchen. Donnerstag, 10. März, abends 7 1/2 Uhr. Paunsdorf, Gutspark. Dienstag, 15. März, abends 7 1/2 Uhr. Ditz, Kögler's Festsäle. Mittwoch, 16. März, abends 7 1/2 Uhr.

Tagesordnung in allen Versammlungen: „Die Feuerbestattung und ihre kulturelle Bedeutung“

Aufnahmen finden in diesen Versammlungen statt. Die für Monat März angeordneten Mittelfeier-Versammlungen in oben genannten Bezirken, außer der im Osten, fallen zugunsten der öffentlichen Versammlungen aus. Morgen Sonntag, Punkt 10 Uhr vormittags, findet für alle Parteigenossen und Genossinnen eine

Besichtigung des Krematoriums statt. Treffpunkt am Verwaltungsgebäude des Südfriedhofes. Ausschneiden! Aufbewahren!

Verband der Gemeinde- u. Staatsarbeiter

Ortsverwaltung Leipzig. Volkshaus (Saalgebäude), Geschäftszeit: 8-10 Uhr vormittags, 12-1 Uhr nachmittags, Donnerstags und Freitags 4-6 Uhr nachmittags.

Dienstag, den 1. März, abends 7 1/2 Uhr im „Elysium“, Eifenstraße 72

Versammlung der Vertrauensleute u. Funktionäre. Ohne Mitgliedsbuch oder Karte kein Zutritt. Die Ortsverwaltung.

Am Montag trifft 1 Waggon

Prachtv. frischeste Norw. Vollfettbücklinge zu äußerst billigen Preisen ein. Der Verkauf findet auf dem Elbuthof Magdeburg-Thüringen statt.

Max Krake & Edlich. Vertreter von Wesemann & Block, Geestemünde. Telefon 11989. Tel.-Adresse: Blüdworck Leipzig.

Graphisches Gewerbe!

Montag, den 28. Februar, nachmittags 5 Uhr im großen Saale des Volkshauses

Allgemeine Versammlung.

Tagesordnung: Wirtschaftskrise und Arbeitslosigkeit. Redner: Genosse Dr. Beuthal und ein Vertreter des Arbeitslosenrats. Zahlreichen Besuch erwartet. Das graphische Kartell.

Betriebsräte der städtischen Betriebe!

Dienstag, den 1. März, nachm. 6 Uhr. Versammlung im Elysium, Eifenstraße. Die angedeutete Wichtigkeit der Tagesordnung macht das Erscheinen jeden Betriebsrats zur Pflicht. Der Gesamtbetriebsrat der städtischen Betriebe. K. A. W. e. i. t., Vorsitzender.

Einheitsverband d. Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen Deutschlands

Bezirk Stötteritz-Probstei. Freitag, den 4. März 1921, abends 7 Uhr

Wohltätigkeits-Abend

im Besten unserer Konfirmanten im Etablissement Löwenpark. Dienstag, den 1. März 1921, abends 7 1/2 Uhr

Außerordentl. Versammlung

betreffend Wahlkommision. Erscheinen aller Kameradinnen u. Kameraden erforderlich.

Grosser Saal des Vereinshauses Robstrasse 14.

Mittwoch, den 2. März, abends 8 Uhr

Das freie Erziehungs- und Unterrichtswesen in seinem Verhältnis zu Staat und Wirtschaft.

Freie Aussprache. Karten zu 2 und 1 Mk. an der Abendkasse. Veranstaltet vom Bund für Dreigliederung des sozialen Organismus Ortsgruppe Leipzig.

Ich halte meine Sprechstunden jetzt wie folgt ab: 8-9 und 4-5 1/2 Uhr, Sonnabends nur vormittags, Dienstags und Freitags auch von 12-1 1/2 Uhr. Dr. med. Hans Wagnung, Inselstr. 11.

Familien-Nachrichten

Am Donnerstag, dem 24. Februar, verstarb unser lieber Mitarbeiter, Herr

Wilhelm Frenzel

Der Verstorbene war seit 1902 in der Genossenschaft tätig und hat während dieser Zeit stets das Interesse des Vereines im Auge gehabt. Freue Mitarbeiterinnen sowie sein offener und ehrlicher Charakter sichern ihm ein dauerndes Andenken. L. Plagwitz, den 25. Februar 1921.

Die Gesamterwaltung und das Personal des Konsum-Vereines Leipzig-Plagwitz u. Umg. E. G. m. b. H.

Nach langem schwerem qualvollem, mit großer Geduld ertragenem Leiden verstarb am Mittwoch abds. 11 Uhr. unser innigstgeliebter Sohn und Bruder

Otto Wildt

im blühenden Alter von 17 Jahren. Dies zeigen tiefbetäubt an Familie Wildt nebst Angehörigen. Beerdigung findet Montag, den 28. Febr., nachm. 2 Uhr, auf dem Wühner Friedhof statt.

Nach schwerem Leiden verstarb am 24. Februar im Krankenhaus St. Georg unsere unvergessliche Tochter und Schwester

Irma Ranger

im Alter von 16 Jahren 9 Monaten. Tausa, Kirchstr. In tiefer Trauer. Leonhard Ranger nebst Angehörigen. Beerdigung Sonntag, den 28. Febr., nachm. 3 Uhr vom Trauerhause.

Persil

überträgt alles!
In Friedensqualität
wieder zu haben



Bestes selbsttätiges Wasch- und Bleichmittel!

••• Spart Zeit, Arbeit, Seife und Kohlen. •••

Preis Mk. 4.00 das Paket.

Alleinige Fabrikanten: Henkel & Cie. Düsseldorf.

**Sie kaufen Ihre Zigarren
Zigaretten und Tabake**

In guten Qualitäten u. zu billigen Preisen im
Zigarren-Geschäft Schütze, Zschochersche Str. 16
— im Hause der Sophien-Apothek. —

Sehr günstiges Angebot in wirklich brauchbaren
Herren-Stoffen

in allen Preislagen.
Lagerbesuch lohnend. — Nach auswärtig Musterwahl,
genaue Angaben erbeten.

Felix Rost, Leipzig-N., Ludwigstraße 40.

Mit dem heutigen Tage verlege ich mein Spezial-Geschäft
Eleganter Blusen, Kleider, Röcke
nach **Windmühlenstrasse 40.**

Sämtliche Frühjahrs-Neuheiten sind bereits in großer
Auswahl eingetroffen und bringe dieselben zu besonders
billigen Preisen zum Verkauf.

Meine besondere Spezialität Sport- und Hemdblusen
offen und geschlossen zu tragen, halte ich auch für die
kommende Saison reich sortiert am Lager. Ich bringe
bei unübertroffener Auswahl reinwollene Röcke in
neuesten Formen besonders billig zum Verkauf.

Wilhelm Bender.

Unsere Schuhwaren- Reparatur-Werkstatt

erfreut sich eines lebhaften Zuspruchs!

Den vielen von unsern geehrten Mitgliedern aus allen Stadtteilen
geäußerten Wünschen folgend, eröffnen wir mit dem heutigen Tage

elf weitere Annahmestellen

Unser Prinzip:

Schnellste Bedienung Saubere Arbeit
Bestes Material Billigste Berechnung

sichert uns vollen Erfolg und bitten wir die geehrten Mitglieder in
ihrem eigenen Interesse, diese Einrichtung bei
Bedarf in Anspruch zu nehmen

Annahmestellen

- Zentrale, Plagwitz, Jahnstraße 87
- Plagwitz, Weißenfelser Straße 33
- Plagwitz, Weißenfelser Straße 9
- Plagwitz-Lindenau, Karl-Heine-Str. 46
(Warenhaus)
- Plagwitz, Friedrich-August-Straße 23 ..
- Lindenau, Burgauenstraße 5
- Lindenau, Gutmuthsstraße 30
- Lindenau, Gundorfer Straße 35
- Lindenau, Reuterstraße 23
- Lindenau, Ecke Lützner und Radiusstr.
- Schleußig, Könnertstraße 49
- Schleußig, Schnorrstraße 23
- Kleinzschocher, Windorfer Straße 24 ..
- Kleinzschocher, Wigandstraße 36/38 ..
- Kleinzschocher, Bahnhofstraße 2a ..
- Großzschocher, Hauptstrasse 45
- Leutzsch, Lindenauer Straße 30
- Leutzsch, Barnecker Straße 4
- Böhlitz-Ehrenberg, Leipziger Straße ..
- Knauthain Nr. 71K
- Knautkleeberg Nr. 15a
- Leipzig, Promenadenstraße 32
- Leipzig, Frankfurter Straße 10
- Leipzig, Nürnberger Straße 22
- Leipzig, Zeltzer Straße 32
- Leipzig, Querstraße 29
- Leipzig, Nordstraße 19
- Leipzig, Sebastian-Bach-Straße 18 ..
- Leipzig, Liebigstraße 3
- Leipzig, Eutritzscher Straße 9
- Leipzig, Arndtstraße 25
- Leipzig, Bayersche Straße 58
- Leipzig, Dresdner Straße 24
- Leipzig, Südstraße 56
- Reudnitz, Kohlgartenstraße 14
- Connewitz, Biedermannstraße 42
- Connewitz, Südstraße 109 (Warenhaus)
- Connewitz, Brandstraße 15
- Connewitz, Bornaische Straße 54
- Connewitz, Bornaische Straße 108
- Oetzsch, Siegfriedstraße 8

Konsum-Verein Leipzig-Plagwitz u. Umg.

Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht.

Bill. Bequ. Schuhwaren
Quelle in
Herrenstiefel 135, 125, 95 Mf.
Damenstiefel 145, 115, 85 Mf.
Dam. Schuhe 95, 85, 55 Mf.
Konfirm.-St. 125, 95, 55 Mf.
Kleiderstiefel 125, 95 Mf.
Kinderstiefel 75, 48, 28 Mf.
Lehmann Dresden
Str. 69

Ein Posten
Militärhosen
Arbeitshosen u.
gestreifte Hosen
nur an
Händler u. Hausierer
billig zu verkaufen.
Stümmel
Leipzig, Sumboldtstr. 20, 111

Minlos^{sches} Waschnulvers



Garantiert Lebensqualität, wieder überall er-
hältlich, wo nicht, wende man sich an
L. Minlos & Co., Cöln-Ehrenfeld
oder unsern Vertreter
E. Mühlhaupt, Leipzig, Hohenzollernstr. 2
Fernsprecher 8076.

Parteitag der KPD.

KPD. und Moskauer Diktatoren.

Vom 15. bis 18. Februar tagte in Göttingen der Parteitag der Kommunistischen Arbeiterpartei Deutschlands...

Im Mittelpunkt der Tagung stand die Debatte über den Anschluß der KPD, als „Sympathisierende“ an die 3. Internationale...

Schröder stellt das Referat zu diesem Thema. Er sprach offen aus, daß die 3. Internationale heute nichts anderes darstelle als ein Instrument der russischen Staatsautorität...

Der Korreferent Piemfert, der sein etwa zweistündiges Referat mit reichhaltigem Anlagematerial gegen Moskaus Parole diktatur anstaltete, kennzeichnete zu Beginn seiner Ausführungen die Zustände innerhalb der führerfeindlichen KPD...

Piemfert schien es offenbar nicht mehr darauf anzukommen, dem Parteitag Konzessionen zu machen, denn er ging offen dazu über, die Haltung Otto Rühles in Moskau reiflos zu verteidigen...

Eine Resolution des Korreferenten, die von Mitteldeutschland übernommen wurde, besagt unter anderem: „Getrennt dem Rätegebanten und in Abereinstimmung mit den Beschlüssen, die sie auf ihrem zweiten Kongress gefaßt hat, verurteilt die KPD in aller Form auf die Ehre, dem Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale provisorisch als „Sympathisierendes Mitglied“ anerkannt zu werden...“

Die Resolution wurde gegen zwei Stimmen abgelehnt. Dagegen fand folgende Resolution gegen wenige Stimmen Aufnahme:

„Der Parteitag billigt den Anschluß an die 3. Internationale als sympathisierende Partei unter den beiden bekannten Bedingungen. Er macht es der gesamten Partei wie jedem einzelnen Genossen zur Pflicht, auch innerhalb der 3. Internationale mit aller Schärfe und revolutionären Disziplin den unerlöschlichen Kampf gegen jede Form des illusionistischen Opportunismus und Reformismus weiterzuführen.“

Sollte die 3. Internationale an die KPD, irgendwelche Forderungen stellen, die im Widerspruch mit unserem Programm oder unserer Taktik stehen, so sind dieselben selbstverständlich abzulehnen, selbst auf die Gefahr hin, wieder ausgeschlossen zu werden.“

Aus der Diskussion, die dann einsetzte und einen ganzen Tag ausfüllte, ergab sich übrigens, daß die KPD, bereits drei Richtungen beherbergt: Piemfert (Bürgerlicher der Partei im üblichen Sinne) Schröder (Halbwerner der Partei) und eine dritte Richtung, die sogar die Parteidiktatur als Ziel nicht unbedingt verwirft!

Aus den übrigen Tagesordnungspunkten interessierte noch der Gegensatz, der zwischen Allgemeiner Arbeiterunion und KPD zu bestehen scheint. Während Schröder und Piemfert die AUU als künftige Einheitsorganisation betrachten, ist die Mehrheit diesem Gedanken feindlich. Es fanden sich strenge Kritiker der Betriebsorganisationen.

Ob nun die Genossen um Piemfert darangehen werden, eine neue politische Organisation zu gründen? Moskau pflegt seinen Kritiker nicht Parolen zu geben und Piemfert dürfte das Schicksal der Lausberg, Wolfheim, Rühle bald teilen!

Gerichtssaal.

Ein Student als Dieb. Vom Landgericht Leipzig ist am 6. August v. J. wegen Diebstahls der Student der Zahnheilkunde Franz Stumpf zu 7 Monaten Gefängnis und wegen Beihilfe dazu die Mitangeklagte Gertrud Vogel zu 2 Monaten 1 Woche Gefängnis verurteilt worden. Diefes Urteil ist rechtskräftig geworden. In einer weiteren Reihe von Diebstahlsverbrechen sprach die Strafkammer die Angeklagten frei. Beide waren miteinander verlobt, kamen im Juli 1920 zum Vergnügen nach Leipzig und geblieben hier in Gesellschaft. Während sie in der inneren Stadt spazieren gingen und an Juwelierläden vorbeikamen, sah ihnen der Gebante, sich goldene Ringe zu verschaffen, um durch deren Verwertung zu Geld zu gelangen. Beide Angeklagten gingen nun in verschiedene Goldarbeitergeschäfte in der Peters- und Grimmaischen Straße, auf dem Markt und auf dem Grimmaischen Steinweg. Sie stahlen sich bis zu 100 Ringe und etwa 50 Armbänder vorlegen, verließen aber nach kurzer Zeit die Läden, ohne etwas gekauft zu haben. Nur in dem Geschäft von S. stahlen sie die goldene Ringe durcheinander und der Angeklagte St. nahm vier Ringe gleichzeitig in die Hand. Auch die Armbänder wurden schließlich durcheinandergeworfen, so daß die Ueberfahrt des Geschäftsinhabers sehr erschwert und der Gewahrsam wesentlich beeinträchtigt und gefährdet wurde. Da es den Angeklagten jedoch nicht gelang, sich ein Schmuckstück zuzueignen, so verließen sie den Laden wieder. Die Staatsanwaltschaft leitete gegen das Urteil, soweit

es die Angeklagten freispricht, Revision ein, da sie entgegen der Strafkammer der Ansicht war, daß es sich nicht um straflose Vorbereitungsdelikte, sondern um den Anfang der Ausführung handelt. Das Reichsgericht billigte diese Ansicht, hob den freisprechenden Teil des Urteils auf und verwies die Sache in diesem Anlaufe an das Landgericht zurück.

Das liebe Publikum spielt bei den öffentlichen Gerichtsverhandlungen eine besondere Rolle. Die Schwurgerichtsverhandlungen ziehen gewöhnlich eine zahlreiche Zuhörerschaft an, die bei nichtöffentlichen Sitzungen in die umliegenden Verhandlungssäle des Schöffengerichts abströmt und gewöhnlich dort sich sammelt, wo es etwas Bizarres zu hören gibt. Die Damenwelt ist dabei ziemlich stark vertreten. So wurden neulich, als in einer Schöffengerichtsverhandlung die Leffentlichteit wegen Gefährdung der Stillsicht ausgeschlossen wurde, nicht weniger als 17 Damen „abdrachlos“, die nun sehr entzweit, um das Schönste geprellt zu sein, auf dem Vorplatz den interessanten Fall von allen Seiten beobachteten. Und dabei hatten sie doch nicht die richtige Nase, denn nebenbei wurde etwas ganz besonders Gaffiges verhandelt. Da hätten Sie dabei sein sollen, meine Damen, da wurde von Ehemannshuren, von zehn ledigen Kindern und von Schlafwandlern gesprochen. Da hätten Sie Ihre Nase hineinstecken sollen, da gab's was zu schmecken! Der Urat hätte für die nächsten zehn Kaiserliche ausgerichtet! — Und außerdem hätte mein Freund Emil, der mit seiner Geheimkamera so interessante Zuhörertypen meuchlings zu photographieren pflegt, ein charakteristisches Bild für seine Sammlung mehr bekommen!

Schöffengericht.

Freisprochen von der Anklage, eine Anzahl Armeefernstärker unterzogen zu haben, wurde ein ehemaliger Junker, der Ende 1919 zu einem Kurzus abkommandiert war und ein Fernglas noch nicht abgeteilt hatte. Der ganze Verdacht war so hinfällig, daß selbst der Vertreter der Staatsanwaltschaft dem Gericht anheimstellte, ob es auf eine Beurlaubung zukommen wolle. — Wann wird man denn einmal die großen Epigonen, die gefahrenes Gut waggonweise heimzuführen ließen, beim Kragen nehmen?

Schwurgericht.

Freisprochen wurde in nichtöffentlicher Sitzung von der Anklage des Meineids die Blumenbinderin E. Kretschmer aus Leipzig.

Wochenspielfplan.

Neues Theater. Sonntag, 7 Uhr: Königstinder; Montag, 7 1/2 Uhr: Salome; Dienstag, 7 Uhr: La Traviata; Mittwoch, 3 Uhr: Tiefand (B. B.); 7 Uhr: Wenn ich König wär; Donnerstag, 7 Uhr: Der Trompeter von Säckingen (B. B.); Freitag, 7 Uhr: Oberon (neu einstudiert); Sonnabend, 7 Uhr: Tannhäuser; Sonntag, 7 1/2 Uhr: Tristan und Isolde.

Altes Theater. Sonntag, 7 1/2 Uhr: Alt-Heidelberg (B. B.); 7 1/2 Uhr: Menagerie; Montag, 7 1/2 Uhr: Die fünf Frantfurter (B. B.); Dienstag, 7 1/2 Uhr: Einen Jux will er sich machen (B. B.); Mittwoch, 7 1/2 Uhr: Wahnschaffe; Donnerstag, 7 1/2 Uhr: Rose Bernd; Freitag, 7 1/2 Uhr: Anna Walewska (zum 1. Male); Sonnabend, 7 1/2 Uhr: Wilhelm Tell, 7 1/2 Uhr: Pygmalion; Sonntag, 3 Uhr: Pygmalion (N. B. A.); 7 1/2 Uhr: Menagerie.

Neues Operetten-Theater. Sonntag, 3 Uhr: Liebe im Schnee (B. B.); 7 1/2 Uhr: Der erste Liebesgoldne Zeit; Montag, 7 1/2 Uhr: Der erste Liebesgoldne Zeit; Dienstag, 7 1/2 Uhr: Der letzte Walzer; Mittwoch, 7 1/2 Uhr: Der Graf von Luxemburg; Donnerstag, 7 1/2 Uhr: Die Rose von Stambul; Freitag, 7 1/2 Uhr: Der erste Liebesgoldne Zeit; Sonnabend, 7 1/2 Uhr: Der letzte Walzer; Sonntag, 7 1/2 Uhr: Die Frau im Dornbusch.

Leipziger Schauspielhaus. Sonntag, 11 Uhr: Christian Morgenstern-Fest. Sprechender Gastus Herrmann (Einheitspreise); 3 Uhr: Lumpacivagabundus (Einheitspreise); 7 Uhr: Jan, der Wunderbar; Montag, 7 Uhr: Lumpacivagabundus; Dienstag, 7 Uhr: Jan, der Wunderbar; Mittwoch, 7 Uhr: Jan, der Wunderbar; Donnerstag, 7 Uhr: Lumpacivagabundus; Freitag, 7 Uhr: Jan, der Wunderbar; Sonnabend, 7 Uhr: Uflet von der Pfalz (Erführung, Lustspiel von R. Bredner und Walter Stein); Sonntag, 3 Uhr: Lumpacivagabundus (Einheitspreise); 7 Uhr: Uflet von der Pfalz; Montag, 7 Uhr: Uflet von der Pfalz; Dienstag, 7 Uhr: Lumpacivagabundus.

Kleines Theater. Sonntag, 7 1/2 Uhr: Künstlerische Morgenfeier Bruno Tiersmann, 7 Uhr: Reigen; Montag, 7 Uhr: Reigen; Dienstag, 7 Uhr: Reigen; Mittwoch, 7 1/2 Uhr: Rattchen von Hymwegen; Donnerstag, 7 Uhr: Reigen; Freitag, 7 Uhr: Der Raub der Sabinerinnen (Gastspiel C. W. Büller); Sonnabend, 5 Uhr: Reigen; 7 1/2 Uhr: Der Raub der Sabinerinnen (Gastspiel C. W. Büller); Sonntag, 7 1/2 Uhr: Reigen; 7 1/2 Uhr: Der Raub der Sabinerinnen (Gastspiel C. W. Büller); Montag, 5 Uhr: Reigen; 7 1/2 Uhr: Der Raub der Sabinerinnen (Gastspiel C. W. Büller); Dienstag, 5 Uhr: Reigen; 7 1/2 Uhr: Der Raub der Sabinerinnen (Gastspiel C. W. Büller).

Obstbäume, Trauringe, Hautjucken. Rielenauswahl in all. Form. u. Größ. Pflanzen, Aich., Wein, Beeren, Rosen, hoch u. niedr., Biersäure, z. billige Friedrich, jr. Beder, Gohl, verl. Barlter Str., Bierfeldweg.

ASTHMA, Dr. med. Alberts, Spezialarzt, Berlin SW. 11. Kann gebillt werden. Sprechstunden in Leipzig, Mittelstraße 18a, I. jeden Sonnabend von 9 bis 12 Uhr.

Hohe Zelle u. Wildware, Zünsle, Zillsle, Marder usw. kauft Jamison, Sternwartenstr. 37, Laden 1, L. 11018, Nähe Baur. Bahnh.

Schreibmash. Arbeiten, Kupper, Blei, Messing, Zink, Zelle. Vertriebsabteilungen, Zeugn., Adressl. Fr. Reiss, Kronprinzenstr. 76, III. r. 2. 4408. 1*

Kellner- u. Beamten, Rosen, Manchester, und Maurechsen, Pilot- u. Militärhosen, einzelne Westen verkauft an Händler u. Wiederverkäufer Glauner, Reichsstraße 30/32, Hof r.

Aluminium-Industrie, Obiger Satz mit Dedel Mark 145 steifig Mark 180 sämtl. Alum.-Bedarfsgegenstände. Beste u. m. G. best. billig. Da während der Musterreise (vom 4. - 12. März) mein Laden geräumt werden muß, gewähre ich zur Vereinerung meiner Vorräte 5 Prozent Rabatt. H. Sturtevant, Leipzig, Salzgraben 1a (Laden).

Arbeitsmarkt, Tüchtiger Notenfertigmacher, sofort gesucht, F. M. Seidel, Notendruckeri, Willenberger Str. 23. Tücht. erstkl. Metallschleifer in allen Arbeiten bewandert, sucht Vernickelungs-Werk Plendit, Leubsch, Barneder Straße 18.

Maurerpolier (1. Kraft) für Baustelle Kennwert gesucht. Ausführliche Angebote mit Zeugnisausschnitten unter Chiffre L. 85 an die Geschäftsstelle dieser Zeitung. In meiner Eisengießerei werden Oten noch einige Formerlehrlinge eingestellt. Max Jahn, Stahl- und Eisengießerei Leubsch, Barneder Straße 39/41. Gärtner-Lehrling. Wir suchen vom 1. April einen geschulten fröhlichen Gärtner-Lehrling. Deutsche Patent-Grudeofen-Fabrik Walter Rischel & Co., m. b. H., Liebertswitz.

Ein Photographen-Lehrling wird zu Otern angenommen. K. Pinkau, Leipzig, Tauchaer Str. 9. Autofahrschule i. Berlin, Ostwan. u. Motorrad, Aus. Valtische Straße 72/88. Metallschleifer die in der Bearbeitung von Armaturen perfekt sind, sofort gesucht. Jaeger & Rotho Nachf. Taucha. 25 Hausierer gesucht. Max Kühn, Leipzig, Brandenburgerstraße 2. Haarzon-Arbeiterinnen gesucht Lindenau, Jordanstr. 2.

Schlösserlehrlinge werden noch eingestellt. Leipzig, Eisenbauanstalt 6, m. b. H. Leipzig-Eisritzsch, Zisaortauer Str. 72. Ehel. Keib, Otermädd, sucht Keilbad, Lind., Kattierstr. 5. Jung. Keib, Mäddchen u. zu Hause isolieren kann, für häusl. Arbeit in aut. Kost ges. Stöb, Gohlis, Biektz. 33, II. Jun. Schulmädchen sof. gef. Bieder, Kretschg. Str. 59, III.

ALTHOF

STRÜMPFE

Ein Loch im Strumpf ist ärgerlich, besonders nach einmaligem Tragen! Das **muß** nicht sein und das **wird** nicht sein, wenn Sie die richtigen Qualitäten von **uns** kaufen. Darum raten wir Ihnen: „Wählen Sie sorgfältig!“ Wir wollen Ihnen die Wahl der besten Strümpfe erleichtern und deshalb haben wir **8** Hauptmarken unserer Strümpfe und Socken im ganzen Hause auf „Schaupulten“ ausgestellt.

„Der Strumpf auf dem Schaupult“, das ist das Merkzeichen der Woche! Überall werden Sie auf diese Schaupulte stoßen, in jeder Abteilung, auf jedem Ausstellungstisch, Sie mögen in unserem Hause kaufen, was sie auch immer wollen, Sie werden überall Schaupulte mit Strümpfen sehen. Sie brauchen sich nur die gewünschte Nummer zu merken und Sie werden dann sofort in den großen Lichthof gehen und dort die gewählte Nummer kaufen.

Es ist Ihnen sicherlich bekannt, daß die Preise in Textilwaren erheblich zurückgegangen sind und daß deshalb auch Strümpfe billiger sein müssen wie bisher. Trotzdem wird Ihnen die Preiswürdigkeit dieser Strümpfe und Socken auffallen. Unser großes Strumpfwaren-Einkaufshaus in Chemnitz hat für Millionen Strümpfe gekauft und die nachfolgenden Hauptmarken bilden einen Extrakt aus der neuen großen so sehr verbilligten Strumpfkollektion.

Marke Nr. 1	Damenstrümpfe Baumwolle, Ferse und Spitze verstärkt, schwarz, leder, weiß	6.50
Marke Nr. 2	Damenstrümpfe Baumwolle mit Doppelsohle und Hodferse, schwarz	7.50
Marke Nr. 3	Damenstrümpfe sehr dauerhafte Qualität Mit Doppelsohle und Hodferse, schwarz	9.50
Marke Nr. 4	Damenstrümpfe aus bestem Baumwollgarn in vorzügl. dichter Verarb. Mit Doppelsohle und Hodferse, schwarz u. leder	10.50
Marke Nr. 5	Damenstrümpfe Florl Mit Doppelsohle und Hodferse, schwarz .	13.50
Marke Nr. 6	Damenstrümpfe Seidenflorl Mit Doppelsohle u. Hodferse, schwarz	19.50
Marke Nr. 1	Herrensocken Feine Baumwolle! Mit verstärkter Ferse und Spitze, schwarz und farbig	5.50
Marke Nr. 2	Herrensocken Feine Baumwolle! Mit Doppelsohle und Hodferse, schwarz und farbig	7.50

Montag:

Letzter Tag der „Weißen Woche“!

Weißer Waren zu sehr billigen Preisen.

Gewerkschaftsbewegung.

Der Erfolg der Kommunisten!

Gelbe im Betriebsrat der Firma A. Sad.

Nach dem Kriege sind viele Arbeiter ins freigewerkschaftliche Lager gestoben, die ehemals indifferent oder gar Mitglieder der gelben Werkvereine waren.

Die notwendige Aufgabe der Gewerkschaften bestand darin, die gefühllos drängenden und ziellosen und operierenden Klassenkämpfer zu erziehen.

Die Kommunisten machten sich mit Vorliebe an die Neulinge in der Arbeiterbewegung heran. Sie sahen das nicht, um sie aufzuklären im Sinne des Sozialismus, sondern um sie zu ihren engen Parteizwecken zu mißbrauchen.

Dort, wo früher die freien Gewerkschaften keinen Eingang finden konnten, entstanden dadurch die stärksten Stützpunkte der Kommunisten.

Die Kommunisten haben mit ihrer wilden Agitation „prächtige Erfolge“ erzielt. Die Versprechungen, die sie den Neugewonnenen gemacht haben, konnten sie natürlich nicht erfüllen.

Bei der Firma Sad in Plagwitz und in anderen kommunistischen Hochburgen schließt das gelbe Gewächs üppig in die Höhe. Die Unternehmer lassen sich etwas kosten.

Die gelben Werkvereine erstarren immer mehr. Jetzt sind — traurig, es melden zu müssen — sogar Vertreter des gelben Werkvereins der Firma Sad in den Betriebsrat gewählt worden.

Arbeiter. Genossen, wollt ihr, daß die Krone des Unternehmertums noch ungehemmt auf euren Rücken faßt, als es jetzt schon der Fall ist?

Arbeiter. Genossen, wollt ihr, daß die Krone des Unternehmertums noch ungehemmt auf euren Rücken faßt, als es jetzt schon der Fall ist?

Arbeiter. Genossen, wollt ihr, daß die Krone des Unternehmertums noch ungehemmt auf euren Rücken faßt, als es jetzt schon der Fall ist?

Arbeiter. Genossen, wollt ihr, daß die Krone des Unternehmertums noch ungehemmt auf euren Rücken faßt, als es jetzt schon der Fall ist?

Landgericht gegen Reichsarbeitsminister.

Um die Rechtsverbindlichkeit der Schiedssprüche.

Der Leipziger Anwaltsverein hatte gegen den Bureaubeamtenverein Leipzig den Verband der Rechtsanwalts- und Notariatsangehörigen und den Zentralverband der Angestellten Klage auf Feststellung der Unwirksamkeit eines Schiedsspruchs angestrengt.

Die genannten Angestelltenverbände hatten den Schlichtungsausschuß Leipzig angerufen, der am 24. November 1920 sich für zuständig erklärte und einen Schiedsspruch erließ.

Die Entscheidungsgünde des Landgerichts Leipzig vom 15. Januar 1921 für die Klageabweisung belagen folgendes: Die ordentlichen Gerichte sind nicht gehindert nachzuprüfen, ob ein Schiedsspruch in gesetzmäßiger Weise zustande gekommen und zutreffenderweise vom Demobilisierungskommissar für verbindlich erklärt worden ist.

Das gilt unzweifelhaft von den auf Arbeitsvertrag beruhenden Ansprüchen zwischen einzelnen Arbeitgebern und ihren Arbeitnehmern.

Im vorliegenden Falle handelt es sich aber um einen derartigen Anspruch. Insbesondere vertritt der Kläger selbst den Standpunkt, daß ein Tarifvertrag zwischen den Parteien zur Zeit der Anrufung des Schlichtungsausschusses nicht bestand.

Dieser Weg ist auch weiteres gangbar. Denn wenn, wie auch das erkennende Gericht übereinstimmend mit dem Landgericht Köln annimmt, der Reichsarbeitsminister bei Erlass der Verordnung vom 12. Februar 1920 seine Zuständigkeit überschritten hat,

Das Landgericht Leipzig hat also „angenommen“, daß der Reichsarbeitsminister seine Zuständigkeit überschritten habe, und hat dem tarifrechtlichen Anwaltsverein anheimgegeben, das Verwaltungsgericht anzurufen.

Das Interessante an der ganzen Sache ist aber das Unternehmen des Landgerichts, den Reichsarbeitsminister zur Klagerrücknahme zu verpflichten.

Die Leipziger Richter haben sich ihren Kölner Kollegen angeschlossen, die ebenfalls dem Minister beistimmen, daß er seine Zuständigkeit überschritten habe.

Die Leipziger Richter haben sich ihren Kölner Kollegen angeschlossen, die ebenfalls dem Minister beistimmen, daß er seine Zuständigkeit überschritten habe.

Arbeiter, schült den Achtstundentag!

Der Achtstundentag ist in Gefahr. Mehrfach wird gemeldet, daß in dieser Zeit, wo das Elend der Arbeitslosen zum Himmel schreit, Arbeiter sich bereitfinden, länger als acht Stunden zu arbeiten.

Die Leipziger Arbeiterzeitung hat sich dem angeschlossen und fordert die Arbeiter auf, sich nicht zu lassen, sondern sich für den Achtstundentag einzusetzen.

Arbeiter, laßt euch von den Kapitalisten nicht einsangen. Die einzelne Erzeugnisse der Revolution darf nicht gegen ein Dinstenrecht preisgegeben werden.

Beamte als Musiker.

Uns wird geschrieben: „Eine besondere Erzeugnisse der Revolution ist das öffentliche Musikieren der Beamten.“

Das gewerbliche Musikieren der Beamten ist verboten und mit Recht, denn: „Niemand kann und darf zwei Herren dienen.“

Es ist jedem musikalisch veranlagten Beamten in Leipzig reichlich Gelegenheit gegeben, seine musikalischen Gefühle frei zum Ausdruck zu bringen, jedoch ohne Bezahlung den mittleren Postbeamten beim Orchesterverein Leipzig Post- und Telegraphenbeamten; den unteren Postbeamten beim Musikverein der unteren Postbeamten und den Bahn-, Gerichts- und sonstigen Beamten bieten die verschiedenen Dilettantenvereine freundliche Aufnahme.

Gewerkschaftsartikel.

In der gestrigen Generalversammlung des Kartells fanden die Neuwahlen zum Ausschuss und zu den Kommissionen statt.

Zu der Neuwahl des Vorsitzenden lagen zwei Vorschläge vor, und zwar die Genossen Schilling und Zipsel.

In den Ausschuss wurden gewählt: Klum (Angestellte), Schäfer (Metallarbeiter), Koppe (Walzschmied), Kroneberg (Baugewerbe), Berger (Verkehr und Reinigung), Polak (Holz und Glas), Heinrich (Fabrikarbeiter), Böhm (Bekleidungsindustrie).

Weitere Zunahme der Arbeitslosen.

Trotz aller Gegenmaßnahmen hat die Erwerbslosigkeit im Monat Januar nach Meldung des R. T. B. eine weitere ganz bedeutende Zunahme erfahren.

Der Streik in der Herrenkonfektion geht in der dritten Woche ungehemmt weiter und wird in bester Kampfstimmung geführt.

Gewerkschaftliches aus Südwestafrika.

In Lüderichsburg erscheint ein kleines, in deutscher Sprache gedrucktes Volksblatt, das als Mitteilungsblatt der Arbeitervereine Südwestafrikas wöchentlich erscheint.

Kindererziehungskommission.

Zentralauskunftsstelle für alle Kindererziehungsangelegenheiten. Bezirkssekretariat bei U. S. W. D. Leipzig, Landauer Str. 19/21. I. (Postsekretariat).

- Obmann: Wiedrich, Georg, L. Lindenau, Jochenstraße 1, II. L. Rehbaum, Friedrich, L. Plagwitz, Jahnstraße 55, II. r. Sengel, Sultan, L. Lindenau, Rüchener Straße 59, II. Kühn, Anna, Frau, L. Lindenau, Albertinestraße 27, III. Kleemann, Berta, Frau, L. Lindenau, Calpurnienstraße 26, I. L. Kallus, Anna, Frau, L. Lindenau, Hebelstraße 26b, II. r. Franke, Selma, Frau, L. Lindenau, Birkenstraße 26, I. Dehler, Martha, Frau, L. Lindenau, Sahnemannstraße 14, pt. I. Dehlaas, Emma, Frau, L. Lindenau, Jochenstraße 40, I. Eidel, Anna, Frau, L. Lindenau, Kaiserstraße 73, III. L. Galsdorf, Rosa, Frau, L. Lindenau, Hohmannstraße 13, III. L. Hoff, Martha, Frau, L. Schlemig, Könnertstraße 73, IV. Münnich, Elvira, L. Plagwitz, Jahnstraße 41, III. r. Emil Schwarz, L. Lindenau, Rüchener Straße 129, II. l.

DOYEN KORK

ADLER COMPAGNIE CIGARETTENFABRIK AG.

Licht-UT-Spiele

Nur für Erwachsene! Erstaufführung! Doppelprogramm!

Die Flucht durch Flammen

Schicksalstragödie einer Verführten
Sitten- und Gesellschaftsdrama in 6 Akten.

Ausserdem:
Der größte humoristische Kabarett-Schlager
Der Riesenschmuggel
4 Akte.

Tränen werden gelacht!
Bitte genügend Taschentücher zu reservieren.
Anfang 3 Uhr.

Telef. 3187
Hainstr. 19.
Im Herzen der Stadt.

Richard Körner
Eiffenstr. 54, Ecke Körnerstr.
15 000 Rollen Tapeten
Rolle 1., 2., 3.-Mt.
Echte Wachstuche
in Rollen, Quadratm. 26 Mt.
Gr. Rollen starke traafähige
Obstbäume
1. weg. Blahn. preisw. abzur.
Pölnisch, Rühner Str. 218.

Strumpfwaren und Trikotagen zu staunend billigen Preisen
Lagerbesuch lohnend
Spezialität: **Kammgarn-Strickwolle**
prima Qualitäten, in allen Farben von Mark 80.- per Kilo.

W. Reiss, Leipzig
Telephon 1014, Goldhahnstraße 1

Oswald Rudolph
Gravier-Anstalt
Kautschuk- u. Metall-
Stempel
Tür- u. Firmenschilder
Patschefts und
Schilder
Leipzig, Zollstr. 3, T. 10947

Raucher dank!
Das meiste Mittel, das Rauchen ganz od. teilweise einzustellen, Wirkung vorzüglich, Auskft. umsonst.
Vers. San. Artk. Gg. Englbrecht
München R 16, Kapuzinerstr. 9

Besonders billiges Lebensmittel-Angebot!

Klein-Vorkauf von gutkochenden inländischen Hülsenfrüchten sowie Reis direkt aus dem Waggon ab Bahnlager in Mengen von mindestens 10 Pfund und zwar:

1a inländische Viktoria-Erbisen Pfund 1.70
1a Rangoon-Vollreis Pfund 2.50

Täglich von 8 bis 4 Uhr

Brandenburger Strasse

Speicher VI, Luke 6.

Morgen Sonntag Ball

Verein der Saalhaber im Bezirk der Amtshauptmannschaft Leipzig.
Geschäftsstelle: Gasthof Zweinaundorf — Telephon 7642.

Bräunsdorf Gasthof A. verw. Fritzsche Öffentliche Fernsprechstelle	Lindenthal Deutsches Haus Inhaber: Otto Hünemann
Böhlitz-Ehrenberg Große Eiche O. Richter Tel. 44082	Lützschena Gasthof Inh.: Ernst Lindner Tel. 50812
Cröbern Gasthof Inhaber: O. Liebezeit	Markkleeberg Gasthof Heiterer Blick I. verw. Mocker Tel. 85651
Engelsdorf Gasthof Inh.: Rob. Hesse Telephon 60072	L.-Mockau Neuer Gasthof Inhaber: Karl Müldner
Gasthof Schießgraben bei Böhren Inhaber: R. Mühling Tel. 164, Amt Gaschw.	Oetzsch, Gasthof zur Linde Tel. 85642
Gautzsch Alter Gasthof Inh.: Adolf Klaus Telephon 35571	Paunsdorf Neuer Gasthof Inh.: Friedrich Müller Tel. 60941
Jeden Sonntag von 4 Uhr an Jeden Freitag von 6 Uhr an	Plaußig Gasthof Inh.: Hermann Fiedler Öffentliche Fernsprechstelle
Großdeuben Gasthof zum weißen Roß M. Kilbn Tel. 187, Amt Gaschwitz	Schönau Neuer Gasthof Inhaber: Joh. verw. Geißler
Großmiltitz Gasthof Inh.: R. Deubel Telephon 348 Amt Markranstädt	L.-Schönefeld Gesellschaftshaus Inh.: Otto Haupt Tel. 14889
Großstädteln Feldschloß Franz Winter Öffentliche Fernsprechstelle	Jeden Mittwoch Ball
Großzschocher Gasthof zum Trompeter A. verw. Bempel Tel. 41085	Sommerfeld Alter Gasthof Inh.: H. Böhme Telephon 85 Amt Borsdorf
Hänichen Sächsisches Haus Inh.: Karl Kühn Öffentliche Fernsprechstelle	Stahmeln Gasthof zur grünen Linde Inh.: Otto Baßler Telephon 50385
Kartmannsdorf Gasthof Louis Huel Öffentl. Fernsprechstelle	Wahren Alter Gasthof Inh.: Paul Kielstein Telephon 50870
Knautkleeberg Gasthof zum weißen Roß Inh.: H. Schlippe Tel. 40089	Wahren Birkenschlößchen Inhaber: Otto Lehmlöke Tel. 15948
Lausen Gasthof Inh.: Fr. Bernhardt Telephon 55 Amt Markranstädt	Wahren Terrasse und Obstweinschänke Inh.: Wilhelm Krämer Tel. 51828
Leutzsch Alter Gasthof Inhaber: Emil Schüller Telephon 5875	Zöbiger Damhirsch Inhaber: M. Schulz Teleph. 85202 15 Min. von der Endstation „Sternbahn“
Jeden Dienstag Hausball	Zöbiger Friedenseiche Inhaber: Max Ilge
Leutzsch Schwarzer Jäger Inhaber: Ernst Diecke Telephon 5748	Zuckelhausen Gasthof Inh.: Karl Schulze früh. Sportpl. Leipzig
Liebertwolkwitz Drei Linden Inh.: O. Karst Tel. 1848	Bocklerfest und Kappenball
	Zweinaundorf Gasthof Inh.: B. Petzold Tel. 7642

Sichtspiele & Silberballe

Krystall-Palast
Täglich:
Der Meister-Detektiv

Harry Hill

gegen

Sherlok Holmes

in

Das Detektiv-Duell.

7 Akte! Sensations-Detektiv-Film. 7 Akte!

Außerdem:
Erst der Vater, dann der Sohn
Tolles Lustspiel in 2 Akten.
In der Hauptrolle: **Rudi Oehler.**
Nachm. gr. Kinder- u. Jugendvorstellung.
Auch abends haben Jugendliche über 16 Jahre Zutritt.

Sonntags Anfang 3 Uhr.

Astoria

Windmühlenstr. 31 Fernruf 18195/96

Der Stier von Olvera

Nach dem gleichnamigen Schauspiel von Heinrich Lillienfein
Nachdem: **Die Berliner Range — IV. Teil**
Nur für Erwachsene über 18 Jahre

Universum

Rosspatz 6 (Café Bauer) Fernruf 18195/96

Lotte Neumann

im Lustspiel in 4 Akten: **Die drei Tanten**
Der Cowboy-Milliardär
Amerikanisches Wild-West-Bild in 5 Akten
Nur für Erwachsene über 18 Jahre

Colosseum

Rosspatz 12-13 Fernruf 18195/96

Der schwarze Gast

Detektivbild in 5 Akten
Pola Negri
als: **Mania, das Zigarettenmädchen**
Sonntag Jugendvorstellung

Lindenfels

Karl-Heine-Str. 50 Fernruf 18195/96

Der stumme Zeuge

Sensationsbild in 5 Akten von **Harry Piel**
Hasemanns Töchter Lustspiel in 3 Akten
Sonntag Jugendvorstellung

Wintergarten

Eisenbahnstr. 56 Fernruf 18195/96

Der Mann ohne Nerven

Detektivbild in 4 Akten
Paul Wegener
im Drama in 5 Akten: **Der verlorene Schatten**
Sonntag Jugendvorstellung

Radfahrer! Achtung!

Wir protektieren alte abgetragene Radreifen.
Prima Gummilauffläche.
Reifen werden wie neu. — Ein Versuch überzeugt.
Keine Reifensorge mehr.
Stets Lager in neuen Fahrrad-Decken u. -Schläuchen.

Preuß & Rauer

Vulkanisier-Anstalt
Leipzig-Anger 60485 Zweinaundorf Strasse 11

Billige Korsetts

Weil kein Laden, große Auswahl! Anfertigung auch nach Maß, von meinen oder auch zugegebenen Stoffen.
Heinrichs, Leipzig-Schleußig, Rönneritzstr. 15.

STÖTTERITZ!

Neue Kohlenkarton nimmt zur prompten Lieferung frei Haus und ab Lager gern an **Kohlenhandlung Hermann Schilling, Leipzig-Stötteritz, Ecke Güntz- und Schönbachstr. Tel. 10653 u. Sommerfelder Str. 36.**

Chemische Düngemittel

f. Garten u. Feld empfehlen
Günther, Hellmann & Co.
L.-Platz, Rauchstädter Str. 59
Telephon 41053.
Verkaufsstelle Diten: Cafe Torgauer u. Volksgartenstr.

Zur Anfertigung eleganter Herren-Garderobe nach Maß empfiehlt sich **Paul Präsdorf, Wagnitz Rauchstädter Straße 15, III. r.**
Auch **Wendungen** und **Reparaturen** werden schnellst, u. saub. ausgeführt.

ff. Leder-Ausschnitt

empfiehlt
Lederhandlung Heinrich Berthold
Leipzig, Nikolaistraße 20-26.